



Parlamentssitzung vom 21.08.2023

Protokoll

Schloss Köniz, Rosstal
19:00 – 23:50 Uhr

Vorsitz

Tatjana Rothenbühler (FDP), Parlamentspräsidentin

Parlamentsbüro

Arlette Münger (SP Frauen), 1. Vizepräsidentin
Casimir von Arx (GLP), 2. Vizepräsident
Christine Müller (Grüne), Stimmzählerin
Reto Zbinden (SVP), Stimmzähler

Mitglieder des Parlaments

Franziska Adam (SP Frauen)
Christina Aebischer (Grüne)
Roland Akeret (GLP)
Dominic Amacher (FDP)
Michaela Bajraktar (JUSO)
Beat Biedermann (Die Mitte)
Géraldine Bösch (SP Frauen)
Adrian Burren (SVP)
Corina Burren (parteilos, Sitz der SVP)
Bülent Celik (SP Männer)
Claudia Cepeda Fria (SP Frauen)
Vanda Descombes (SP Frauen)
Heidi Eberhard (FDP)
Lukas Erni (Grüne)
Isabelle Feller (Junge Grüne)
Rahel Gall (SP Frauen)
Kathrin Gilgen (SVP)

Beat Haari (FDP)
Andreas Hauser (GLP)
Daniel Hofer (Grüne)
Fabienne Marti (GLP)
Florian Moser (SVP)
David Müller (Grüne)
Matthias Müller (EVP)
Selin Lopez (FDP)
Sandra Röthlisberger (GLP)
Ronald Sonderegger (FDP)
Isabelle Steiner (SP Frauen)
Simon Stocker (Junge Grüne)
Matthias Stöckli (SP Männer)
Katja Streiff (EVP)
Monika Röthlisberger (Grüne)
Andrea Winzenried (SVP)

Gemeinderat

Tanja Bauer (SP), Gemeindepräsidentin
Hansueli Pestalozzi (Grüne), Vizegemeindepräsident
Thomas Brönnimann (GLP), Gemeinderat
Christian Burren (SVP), Gemeinderat
Hans-Peter Kohler (FDP), Gemeinderat

Fachstelle Parlament

Verena Remund-von Känel

Protokoll

Ursula Wüst

Entschuldigt

Toni Eder (Die Mitte)
Michael Gerber (GLP)

PAR 2023/61

Traktandenliste und Mitteilungen

1. **Traktandenliste und Mitteilungen**
Beschluss
2. **Protokoll der Parlamentssitzung vom 19.6.2023**
Beschluss
3. **Protokoll der Parlamentssitzung vom 26.6.2023**
Beschluss
4. **Geschäftsprüfungskommission, Ersatzwahl für Simon Stocker, Junge Grüne**
Wahl
5. **«Ja zur Bildungsvielfalt – Ja zur Spez-Sek in der Lerbermatt», Initiative**
Beschluss und Botschaft; Direktion Bildung und Soziales
6. **Wabern Morillon Schulraumerweiterung**
Kredit und Botschaft; Direktion Sicherheit und Liegenschaften
7. **Spühli, Zone mit Planungspflicht (ZPP) Nr. 8/6; Änderung der baurechtlichen Grundordnung**
Beschluss und Botschaft
8. **Verschiedenes**
Kenntnisnahme

Diskussion

Parlamentspräsidentin Tatjana Rothenbühler: Ich begrüsse euch alle recht herzlich zu dieser ersten Sitzung nach der Sommerpause. Ich begrüsse auch unsere Gäste ganz herzlich, welche heute so zahlreich erschienen sind. Ich hoffe, ihr hattet alle einen schönen Sommer und schöne Ferien und jene, welche keine Ferien hatten, wenigstens einige schöne Sommertage.

Für die heutige Sitzung entschuldigt haben sich Michael Gerber und Toni Eder. Verspätet eintreffen werden Corina Burren und Adrian Burren. Es sind 36 Parlamentsmitglieder anwesend, das Parlament ist beschlussfähig.

Ich komme zu den Mitteilungen. Es liegen zwei Rücktritte vor. Es sind Daniel Hofer und Beat Haari. Ich lese das Rücktrittsschreiben von Daniel Hofer vor:

"Ich möchte hiermit meinen Rücktritt aus dem Könizer Parlament per Ende August 2023 bekanntgeben. Die Aufgaben in meinem Beruf als Mitglied der Geschäftsleitung der BLS AG, als Verwaltungsratspräsident der BLS Schifffahrt AG und in den Verwaltungsräten der Busland AG und der Lauchernalp-Bergbahnen AG sowie einer Weiterbildung im Executive Coaching Bereich fordern mich sowohl zeitlich wie auch inhaltlich.

Die Familie bildet das Rückgrat meines Lebens. Die Unterstützung und Liebe meiner Familie sind für mich unersetzlich und ich möchte für meine Kinder und meine Familie genügend Zeit haben.

Es fällt mir nicht leicht, diese Entscheidung des Rücktritts zu treffen, aber sie ist aus den erwähnten persönlichen, familiären und beruflichen Gründen für mich unumgänglich. Ich bin von Herzen dankbar für die - leider nur kurze - Zeit, die ich in der Könizer Politik verbracht habe, und für die Chancen, die sich mir geboten haben, mitzuhelfen Veränderungen anzustossen.

Eure Unterstützung und Zusammenarbeit waren von unschätzbarem Wert. Die Erfahrungen und Lektionen, die ich in der Politik gelernt habe, werden mich in meinen zukünftigen Unternehmungen begleiten und mein Verständnis für die Bedürfnisse und Herausforderungen unserer Gesellschaft stärken. Auch wenn ich nun aus der Könizer Politik ausscheide, bleibt mein Engagement für das Wohl unserer Gemeinschaft bestehen. Ich werde weiterhin Gelegenheiten nutzen, meine Fähigkeiten und meine Leidenschaft für das Allgemeinwohl in der Gemeinde Köniz einzusetzen. Schon nur durch die Grossprojekte Tramverlängerung, Doppelspurausbau und Arealentwicklung Liebefeld Mitte werde ich in Kontakt mit Köniz bleiben.

Liebe Fraktion der Grünen/Jungen Grünen Köniz, liebe Kolleg:innen aus dem Parlament, dem Gemeinderat und der Verwaltung, ich habe grössten Respekt vor eurer Arbeit und bin dankbar für euer Engagement für Köniz. Danke für den ausserordentlichen Einsatz, eure persönliche Zeit, euren Austausch und eure Ideen für die Gemeinde, die meine Heimat geworden ist und dies auch bleiben wird. Herzlichen Dank und liebe Grüsse, Daniel Hofer"

Lieber Daniel, wir nehmen dieses Rücktrittschreiben so entgegen. Wir verstehen deine Beweggründe und wir wünschen dir und deiner Familie alles Gute, dass es euch gut geht und dass du all deine Ziele erreichst.

David Müller, Fraktionspräsident Grüne/Junge Grüne: Lieber Daniel, im Rahmen der Fraktion haben wir dich ja bereits verabschiedet und dir als Dank für deinen Einsatz in unserer Fraktion und im Parlament auch schon ein Geschenk oder mehrere Geschenke überreicht.

Es bleibt mir jetzt noch, dir in diesem Rahmen hier für deinen Einsatz für das Parlament und für unsere Gemeinde zu danken: Mit deinen prägnanten und gut strukturierten Voten hast du unseren Parlamentsbetrieb immer wieder bereichert. Als Fraktion haben wir insbesondere bei wirtschaftlichen Themen, bei der Unternehmensführung, bei Governance-Fragen und auch im Zusammenhang mit Ausgliederungsthemen von deinem Know-how profitieren können. Und natürlich konntest du bei Fragen zur Mobilität bzw. zur nachhaltigen Mobilität, immer wieder deine Erfahrung einbringen. Dies in Fraktionsvoten z.B. beim Verkehrsmanagement oder auch wenn es um Haltstellen-Gestaltung ging. Neben diesem Kernthema von dir, hast du dich aber auch immer wieder zu sonstigen Themen geäussert, wie zu raumplanerischen Fragen, zur Wirtschaftsförderung oder zu den Ganztageschulen - ein Beispiel, an welchem man auch gesehen hat, dass dir Kinder und Bildung ein grosses Anliegen sind.

Dass du eher ein Freund von kurzen Voten bist, wird dir wohl im Parlament auch niemand allzu sehr verübelt haben. Dem Parlament wird vielleicht auch das eine oder andere Zitat, welches du immer wieder mal eingeflochten hast, in Erinnerung bleiben. Stichwort "Wurstsalat von Hunden" oder "Astrid Lindgren und Kinder". Schade, dass du uns bereits wieder verlässt, auch wenn wir deine Beweggründe nachvollziehen können. Doch trotzdem hätten wir dich gerne noch etwas länger bei uns in der Fraktion gehabt.

Für die beruflichen Herausforderungen und auch für die Zeit mit deiner Familie wünschen wir dir alles Gute. Vielen Dank.

Parlamentspräsidentin Tatjana Rothenbühler: Dann komme ich zum zweiten Rücktrittschreiben und zwar von Beat Haari:

"Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, ich gebe Ihnen hiermit meinen Rücktritt aus dem Gemeindepament Köniz per Ende August 2023 bekannt.

In den letzten Jahren hat sich die Parlamentsarbeit verändert. Die Anzahl und die Komplexität der zu behandelnden Geschäfte hat zugenommen, und erfordert immer mehr Zeit und Hingabe. Gleichzeitig haben sich meine beruflichen Verpflichtungen nicht verringert, was mich vor die Herausforderung stellt, beiden Verantwortlichkeiten gerecht zu werden. Angesichts dieser Gegebenheiten und nach einer über 12-jährigen Amtszeit, bin ich nach reiflicher Überlegung zum Schluss gekommen, dass es an der Zeit ist, den Weg für frische Ideen und neue Kräfte freizugeben.

Während meiner Amtszeit habe ich viele interessante und bedeutende Debatten miterleben dürfen, die unsere Gemeinde weitergebracht und wichtige Entscheidungen beeinflusst haben. Die Parlamentsarbeit hat nicht nur mein Verständnis für die politischen Prozesse vertieft, sondern auch meinen Horizont erweitert. Ich habe gelernt, wie wichtig es ist, verschiedene Meinungen anzuhören und respektvoll miteinander umzugehen, selbst wenn immer wieder kontroverse Themen zu leidenschaftlichen Debatten Anlass gaben. Diese Atmosphäre hat dazu beigetragen, dass wir konstruktiv zusammenarbeiten konnten, mit dem Ziel das Beste für unsere Bürgerinnen und Bürger zu erreichen.

Auch wenn es hin und wieder aber auch unnötige Auseinandersetzungen gab, die aus meiner Sicht den Fokus von den eigentlichen Zielen abgelenkt haben, überwiegen für mich die positiven Erinnerungen an aufbauende Gespräche, an die gemeinsame Suche nach Lösungen für unsere Gemeinde und an das kollegiale Miteinander.

Ich danke Ihnen allen für die wertvolle Zusammenarbeit. Es war eine Zeit des Lernens, des Wirkens und der Gemeinschaft, die ich nicht missen möchte.

Ich bitte um Kenntnisnahme und wünschen allen alles Gute, Beat Haari"

Lieber Beat, auch deine Argumente verstehe ich sehr gut, du warst sehr lange im Parlament. Ich danke dir ganz herzlich im Namen des Parlaments für dein Engagement in diesen 12 Jahren und ich möchte auch hier dem Fraktionspräsidenten Dominic Amacher das Wort geben.

Dominic Amacher, Fraktionspräsident FDP: Jetzt ist es soweit, du hast dich entschieden, aus dem Parlament zurückzutreten. Einerseits bedauern wir diesen Entscheid natürlich ausserordentlich und lassen dich nur sehr ungern ziehen, auf der anderen Seite haben wir auch vollstes Verständnis, dass du nach 12 Jahren sagst, es ist genug. Und als Dienstältester im Parlament ist das sehr legitim.

Auch wenn heute die Traktandenliste sehr lang ist und dadurch auch am nächsten Montag eine Sitzung die Folge ist, möchte ich dir trotzdem bereits heute für die Arbeit danken und diese würdigen. Du hast mir zwar gesagt, wir sollen kein grosses Tamtam machen, aber da kann ich dir nur bedingt Hand bieten, denn du hast in dieser Könizer Politik so viel geleistet und das verdient den allerhöchsten Respekt. Doch ich versuche, meine Worte in deinem Sinne zu halten und ich muss auch noch neben dir sitzen und das könnte noch etwas gefährlich werden.

Wenn wir ins Jahr 2011 zurückgehen, dann habe ich gesehen, dass damals auch eine Fussball-WM der Frauen stattfand. Damals hatten die Japanerinnen ihren ersten Titel gewonnen, in diesem Jahr sind es die Spanierinnen. Im Jahr 2011 fanden auch Erneuerungswahlen auf der nationalen Ebene statt. Dieses Resultat ist bekannt, das von diesem Jahr noch nicht. Im Jahr 2011 wurde wie heute über die Spez-Sek diskutiert und da fand ich, dass dies doch auch noch schön ist, es gibt einem eine gewisse Sicherheit, wenn man immer über Dasselbe sprechen muss. Im Jahr 2011 hiess der Papst Joseph Ratzinger und du siehst, es hat sich auch etwas verändert, seit du im Parlament bist, denn heute ist jemand anderes Papst, aber ich könnte dir den Namen jetzt nicht sagen.

Aber ganz speziell schauen wir auf Mai 2011 zurück, als du für Peter Burch nachgerückt bist, nachdem du in den Wahlen 2009 mit einem Glanzresultat auf einem aussichtsreichen Ersatzplatz gelandet bist. Vielleicht für euch im Parlament zur Erinnerung, damals sind auch noch drei heutige Gemeinderäte im Parlament gesessen - ich will von diesen Oldies die Namen nicht nennen, aber die SVP, die Grünen und die FDP wissen, wen ich meine. Und es ist ein Kompliment, wenn ich euch anschau, ihr habt euch auch noch gut gehalten. Und der Vollständigkeit halber muss ich auch Ronny erwähnen, welcher auch an diesem Tag ins Parlament gewählt worden ist, also auch du bist ein Urgestein. So viel zu den Vergleichen.

Aber natürlich auch erwähnenswert sind deine Arbeiten: Sie sind spannend. Du hast deine Leistung im Parlament und in den Kommissionen und natürlich in der Fraktion immer mit Herzblut ausgeübt. Deine Voten waren immer klar, nie zu lang und immer anständig. Der Inhalt war immer gut recherchiert und ich habe dir immer gerne zugehört und ich freue mich auch, dass du heute Abend auch nochmals zum Zug kommst.

Im September 2012 wurdest du in die nichtständige Kommission Tramprojekte gewählt und auch in der Spezialkommission OPR hast du später deine Pflöcke eingeschlagen, du hast diese Kommission sogar präsidiert. Diese Ehre haben nur Leute, welche einen guten Leumund haben. Im November 2012 kamst du dann auch in die GPK - du warst damals also an relativ vielen Orten am Drücker - du hast damals die designierende Ratspräsidentin Erica Kobel abgelöst. Und diese GPK-Kommission, welche eine sehr wichtige Kommission ist, hast du 2014 und 2015 souverän präsidiert. Pragmatisch, positiv denkend und konstruktiv, so wie du eben auch bist. In der GPK warst du dann bis 2019 – ihr seht, eine sehr lange Zeit. Diese Highlights zeigen, was du alles geleistet hast. Für deine wichtige und geschätzte Arbeit danken wir dir herzlich und deine messerscharfen Analysen werden wir in der Fraktion vermissen. Ihr könnt euch alle vorstellen, dass Beat uns schon klar gemacht hat, wenn etwas "gaga" ist oder "für die Füchse".

Du bist deiner Linie immer treu geblieben und das zeichnet dich aus. Du hast immer auch die Arbeit der Verwaltung geschätzt, ein Misstrauen passt nicht zu dir. Auch hast du die Verwaltung nicht unnötig beübt. Du hast dir den Respekt für all das erarbeitet.

Und vielleicht noch einige Worte zu den Wahlen: Beat Haari hat drei Erneuerungswahlen bravourös überstanden, meistens ohne Flyer - die liegen vielleicht heute noch bei der FDP im Keller herum - und nicht mit sehr grossem Wahlkampf. Das ist, weil du immer so gut gearbeitet hast, darum konntest du immer solche Glanzresultate verzeichnen und so muss es doch sein.

Jetzt steht ein neuer Abschnitt an, mit deiner Arbeit – du hast es in deinem Rücktrittschreiben erwähnt – als Führungskraft in einem KMU und deinem Engagement als KMU-Präsident von Köniz, wird es dir ganz sicher nicht langweilig. Die Herausforderungen sind sehr hoch und werden immer härter und da braucht es eben Leute wie dich an der Front. Trotzdem hoffen wir, dass du für deine Hobbies wieder mehr Zeit findest. Gemäss Wahlprospekt 2009 waren dies Segeln, Grillieren, Skifahren und Lesen. Ich kann sonst auch noch ein Foto zeigen, wie du damals ausgesehen hast. Vielleicht ist durch die Politik auch das eine oder andere Hobby dazu gekommen, aber ich gehe nicht davon aus, dass es Vorstosslesen ist.

Lieber Beat, vielen Dank für die tollen Jahre und dein Engagement. Im Namen der Partei, der Fraktion, aber sicher auch im Namen des Parlaments, wünsche ich dir alles Gute für die Zukunft und bleibe gesund. Wir haben dir noch ein Geschenk, als Dank und als Würdigung deiner Arbeit. Vielen Dank.

Adrian Burren und Corina Burren sind eingetroffen, es sind 38 Parlamentsmitglieder anwesend.

Parlamentspräsidentin Tatjana Rothenbühler: Ich komme zu den weiteren Mitteilungen: Der Aktenversand fand am 13. Juli 2023 statt. Das Protokoll vom 19. Juni ist seit 11. August 2023 online und das Protokoll vom 26. Juni 2023 ist seit 14. August 2023 online.

Wir kommen zu Traktandum 1, Traktandenliste und Mitteilungen. Gibt es Anträge zur Traktandenliste? Das ist nicht der Fall.

Beschluss

Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

PAR 2023/62

Protokoll der Parlamentssitzung vom 19.6.2023

Genehmigung

Diskussion

Das Wort zum Protokoll wird nicht verlangt.

Beschluss

Das Protokoll der Parlamentssitzung vom 19.6.2023 wird stillschweigend genehmigt.

PAR 2023/63

Protokoll der Parlamentssitzung vom 26.6.2023

Genehmigung

Diskussion

Das Wort zum Protokoll wird nicht verlangt.

Beschluss

Das Protokoll der Parlamentssitzung vom 26.6.2023 wird stillschweigend genehmigt.

PAR 2023/64

Geschäftsprüfungskommission, Ersatzwahl für Simon Stocker, Grüne / Junge Grüne Wahl

Antrag

Tatjana Rothenbühler, Parlamentspräsidentin: Simon Stocker tritt als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission per Ende August 2023 zurück. Die Grüne/Junge Grüne-Fraktion schlägt als Nachfolgerin Monika Röthlisberger vor. Gibt es weitere Wahlvorschläge? Dies ist nicht der Fall.

Da die Nomination nicht bestritten wird, erkläre ich Monika Röthlisberger, Grüne, für die laufende Amtsdauer bis am 31.12.2023 als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission für gewählt. Herzliche Gratulation.

Diskussion

Wird nicht genutzt.

Beschluss

Das Parlament wählt Monika Röthlisberger, Grüne, für die laufende Amtsdauer bis 31.12.2025 als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission.

(Abstimmungsergebnis: stillschweigend)

PAR 2023/65

Initiative «Ja zur Bildungsvielfalt – Ja zur Spez-Sek in der Lerbermatt»

Beschluss und Botschaft; Direktion Bildung und Soziales

1. Ausgangslage

Das Parlament beschloss am 6. Dezember 2021 mit der Änderung des Bildungsreglements, die Spez-Sek-Klassen, die organisatorisch dem Gymnasium Lerbermatt angegliedert sind, nicht mehr zu führen und alle Oberstufenschülerinnen und -schüler an den Oberstufenschulen zu unterrichten, die in ihrem Schulkreis liegen. Das Parlament hob zu diesem Zweck alle Artikel des Bildungsreglements auf, in denen die Spez-Sek-Klassen am Gymnasium Lerbermatt erwähnt werden und formulierte Übergangsbestimmungen. Diese Änderungen treten gemäss Parlamentsbeschluss am 1. August 2024 in Kraft, also auf Beginn des Schuljahres 2024/25. Alle Könizer Schülerinnen und Schüler, die die nötigen Voraussetzungen mitbringen, können weiterhin den Unterricht auf Spez-Sek-Niveau besuchen, da dieser in allen Ortsteilen mit Oberstufenschule angeboten wird (Wabern Morillon, Liebefeld Steinhölzli, Spiegel, Köniz Oberstufenzentrum, Niederscherli Bodengässli, Niederwangen Juch).

Am 18. August 2022 hat ein Komitee die Initiative «Ja zur Bildungsvielfalt – Ja zur Spez. Sek in der Lerbermatt» eingereicht. Die Initiative verlangt, entgegen dem Parlamentsentscheid, eine Verankerung der Spez-Sek-Klassen, die organisatorisch dem Gymnasium Lerbermatt angegliedert sind, in der Gemeindeordnung.

Die Könizer Einwohnerdienste haben am 26. September 2022 bescheinigt, dass insgesamt 2293 gültige Unterschriften eingereicht wurden. Das Amt für Gemeinden und Raumordnung hat am 26. Oktober 2022 bestätigt, dass die vorgeschlagene Änderung der Gemeindeordnung genehmigungsfähig ist. Am 16. November 2022 hat der Gemeinderat festgestellt, dass die Initiative "Ja zur Bildungsvielfalt – Ja zur Spez. Sek in der Lerbermatt" die Gültigkeitsvoraussetzungen gemäss Artikel 11 Gemeindeordnung erfüllt und die Initiative als gültig erklärt.

Damit ist nun die Stimmbevölkerung aufgerufen, über diese Frage abzustimmen. Wenn die Initiative angenommen wird, bleiben die Spez-Sek-Klassen an der Lerbermatt bestehen. Wird sie hingegen abgelehnt, tritt der Entscheid des Parlaments in Kraft und die Spez-Sek-Klassen am Gymnasium Lerbermatt werden nicht mehr weitergeführt. Nach dem Inkrafttreten des Parlamentsbeschlusses werden noch für ein Schuljahr Spez-Sek-Klassen am Gymnasium Köniz-Lerbermatt geführt: Diejenigen Schülerinnen und Schüler, die im Schuljahr 2023/2024 die 7. Klasse am Gymnasium Lerbermatt absolviert haben, dürfen dort das 8. Schuljahr beenden.

2. Die zurückgezogene dringliche Motion V2306

Die dringliche Motion V2306 (GLP, Grüne, Junge Grüne) „Vorbereitung eines Gegenvorschlags zur Spez-Sek-Initiative“ vom 22. Mai 2023 wurde vom Erstunterzeichner zurückgezogen. Der Gemeinderat hatte die Motion zur Ablehnung beantragt, da in seiner Wahrnehmung die Ausgangslage (vgl. Kapitel 1) klar und für die Stimmbürgerinnen einfach und verständlich nachvollziehbar sei.

3. Entwurf Abstimmungsbotschaft

Der Gemeinderat hat an seiner Sitzung vom 24. Mai 2023 einen ersten Entwurf der Botschaft, welcher mit Unterstützung einer externen Fachperson erarbeitet wurde, z.H. der GPK (erste Lesung) verabschiedet. Dabei hat er auch beschlossen, dem Parlament in dieser Frage keine Abstimmungsempfehlung abzugeben. Die GPK hat den Entwurf an der Sitzung vom 12. Juni 2023 in einer ersten Lesung diskutiert und Empfehlungen z.H. des Gemeinderats abgegeben. Die Mehrheit der Empfehlungen der GPK sowie auch Überlegungen aus der Motion V2306 wurden in den vorliegenden überarbeiteten Botschaftsentwurf aufgenommen. Die finale Kompetenz für die Formulierung der Botschaft liegt beim Parlament. Die Sitzung der Redaktionskommission findet eine Woche nach der Parlamentssitzung statt. Die Redaktionskommission beschliesst den Wortlaut definitiv. Sie formuliert auch die in der Parlamentsdebatte geäusserten Pro- und Kontra- Argumente für die entsprechende Seite in der Botschaft.

Gemäss Geschäftsreglement des Parlaments, Art. 46 Abs. 2 dürfen auf maximal einer Seite der Botschaft die Argumente des Initiativkomitees dargelegt werden, sofern dieses entsprechende Vorschläge bis zum Ende der Parlamentssitzung schriftlich bei der Redaktionskommission einreicht. Das Initiativkomitee wurde am 13. Juli 2023, zum Zeitpunkt des Aktenversands an das Parlament, von der Abteilung Bildung, Soziale Einrichtungen und Sport über dieses Recht informiert. Die Redaktionskommission entscheidet über die Formulierung und Darstellung der Argumente des Initiativkomitees endgültig.

4. Neuer Abstimmungstermin

Ursprünglich hatte der Gemeinderat beschlossen, die Initiative dem Stimmvolk zusammen mit anderen kommunalen Vorlagen am 26. November 2023 zur Abstimmung vorzulegen. Da der Kanton einen allfälligen zweiten Wahlgang der Ständeratswahlen nun auf den 19. November 2023 terminierte, verschob der Gemeinderat mit Beschluss vom 31. Mai 2023 den Abstimmungstermin für die kommunalen Vorlagen ebenfalls auf dieses Datum. So kann verhindert werden, dass die Stimmberechtigten von Köniz an zwei aufeinanderfolgenden Wochenenden an die Urne gerufen werden. Dies wäre einerseits mit einem beträchtlichen Mehraufwand und Mehrkosten verbunden. Andererseits bestünde eine hohe Verwechslungsgefahr zwischen dem gleichzeitig zirkulierenden Stimm- und Wahlmaterial.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Den Stimmberechtigten wird die Initiative «Ja zur Bildungsvielfalt – Ja zur Spez. Sek in der Lerbermatt» wie folgt zur Abstimmung unterbreitet:
 - a. Die Stimmberechtigten beschliessen über die Initiative «Ja zur Bildungsvielfalt – Ja zur Spez-Sek in der Lerbermatt». Sie lautet:

«Artikel 3 Bst d der Gemeindeordnung der Gemeinde Köniz vom 16. Mai 2004 wird wie folgt ergänzt:
d) die Bildung, wobei die Mittelschulvorbereitung im 7. und 8. Schuljahr auch in speziellen Sekundarklassen, die organisatorisch dem Gymnasium Lerbermatt angegliedert sind, anzubieten ist»
 - b. Für den Fall der Annahme der Initiative wird die Bestimmung des Zeitpunkts des Inkrafttretens an den Gemeinderat delegiert.
2. Mit x zu y Stimmen bei z Enthaltungen empfiehlt das Parlament den Stimmberechtigten, die Initiative anzunehmen / abzulehnen.
3. Die Botschaft an die Stimmberechtigten und der Wortlaut der Abstimmungsfrage werden genehmigt.

Köniz, 28. Juni 2023

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Entwurf Abstimmungsbotschaft

Diskussion

Parlamentspräsidentin Tatjana Rothenbühler: Wir haben einen Beschluss und eine Botschaft der Direktion Bildung und Soziales. Zu den Sitzungsakten: Wir haben einen Bericht und einen Antrag des Gemeinderates, wir haben eine Abstimmungsbotschaft und wir haben eine Tischvorlage mit Anträgen. Die Motion 2306 "Vorbereitung eines Gegenvorschlags zur Spez-Sek-Initiative" ist an der Parlaments-sitzung vom 22. Mai 2023 zurückgezogen worden.

Folgendes Vorgehen ist vorgesehen: Zuerst hat die GPK-Referentin das Wort, dann folgen die Voten aus den Fraktionen, die Einzelvoten, der Gemeinderat und am Schluss erfolgt die Abstimmung. Es gibt keine Detailberatung, da der Initiativtext die Formulierung der Ergänzungen der Gemeindeordnung vorgibt. Das kann durch dieses Parlament nicht verändert werden.

Mit Mail vom 14. August 2023 an das Parlament habe ich euch darauf hingewiesen, dass Anträge zur Botschaft schriftlich vorliegen müssen. Ich habe zudem über den Abstimmungsvorgang informiert. Die Redaktionskommission wird die Botschaftsseite mit den Pro- und Contra-Argumenten verfassen. Sie hält sich dabei an das Wortprotokoll. Wir haben euch mit Mail vom 14. August gebeten, die Argumente für und gegen die Vorlage in den Fraktionsvoten separat zu erwähnen. Das erleichtert der Redaktionskommission ihre Arbeit.

Die Initiantinnen haben das Recht, in der Botschaft auf einer eigenen Seite ihre Argumente darzulegen. Diese Argumente des Initiativkomitees sind am 14. August 2023 bei der Fachstelle Parlament eingetroffen. Die Redaktionskommission entscheidet über die Formulierung und Darstellung der Argumente.

GPK-Referentin, Franziska Adam: Die GPK hat das Geschäft Spez-Sek in zwei Lesungen geprüft. In der GPK-Sitzung vom 13. Juni 2023 wurde die Abstimmungsbotschaft angeschaut und an der Sitzung vom 14. August 2023 wurde zusätzlich die Parlamentsvorlage geprüft. Die GPK dankt Hans-Peter Kohler und der Verwaltung für die Beantwortung der zahlreichen Fragen.

Am 6. Dezember 2021 hat das Könizer Gemeindeparlament beschlossen, die Spez-Sek-Klassen in der Lerbermatt nicht mehr anzubieten und die Oberstufenschülerinnen- und -schüler nur noch an den Oberstufenschulen zu unterrichten, die in den entsprechenden Schulkreisen Wabern Morillon, Liebefeld Steinhölzli, Spiegel, Köniz OZK, Niederscherli Bodengässli und Niederwangen Juch, liegen. Als Grund für diese Massnahme wurden unter anderem pädagogische und organisatorische Vorteile angegeben, wie bspw. mehr Durchlässigkeit und Stärkung der Oberstufen in den Ortsteilen. Folglich können die Könizer Kinder weiterhin die verschiedenen Niveaus in den Oberstufenschulen besuchen. Der Parlamentsentscheid wäre auf das Schuljahr 2024/2025 in Kraft getreten.

Am 18. August 2022 hat ein Komitee die Initiative "Ja zur Bildungsvielfalt – Ja zur Spez-Sek Lerbermatt" eingereicht. Die Initiative verlangt, entgegen dem Parlamentsentscheid, eine Verankerung der Spez-Sek-Klassen der Lerbermatt in der Gemeindeordnung und damit eine Weiterführung dieser Klassen. Die Bevölkerung kann jetzt am 19. November 2023 über diese Initiative abstimmen.

Noch eine kurze Zusammenfassung des Meccano Übertritt in die Spez-Sek oder in andere Niveaus: Nach der 6. Klasse werden in den drei Fächern Deutsch, Französisch und Mathematik die Kinder in die unterschiedlichen Niveaus eingeteilt und zwar Real-Niveau, Sek-Niveau und Spez-Sek-Niveau. Wer in zwei von diesen drei Fächern ein Spez-Sek-Niveau hat, kann die Spez-Sek Lerbermatt besuchen, welche organisatorisch dem Gymnasium angegliedert ist. Oder aber die Schülerin oder der Schüler besucht in den verschiedenen Oberstufen der Gemeinde das Niveau der Spez-Sek. In den Oberstufen sind die Niveaus durchlässig, in der Lerbermatt sind die Klassen homogen.

Ein weiterer Punkt, welcher in der GPK auch noch diskutiert wurde, war, ob die Schülerinnen und Schüler überhaupt genügend Platz an den Oberstufen haben, wenn die Spez-Sek-Klassen Lerbermatt abgeschafft werden. Dies wurde von der Verwaltung bestätigt.

Wie ist die GPK bei der Prüfung dieses Geschäftes vorgegangen? In der ersten Lesung hat sie die Abstimmungsbotschaft angeschaut und 14 Empfehlungen zu Händen des Gemeinderates gemacht. Der Gemeinderat hat diese Empfehlungen kommentiert und neun davon übernommen. In der zweiten Lesung hat die GPK die abgelehnten Empfehlungen noch einmal angeschaut und entschieden, dass über zwei abgelehnte Empfehlungen im Parlament noch einmal abgestimmt werden soll. Zudem schlägt die GPK vor, die Grafik zu streichen, da diese laut ihr nicht genügend aussagekräftig ist. Diese drei Punkte findet ihr auf der Tischvorlage und zwar unter den Punkten 3, 7 und 10.

Wie sieht der Entscheid der GPK aus?

- Die GPK stellt einstimmig fest, dass die für den Entscheid notwendigen Informationen und Unterlagen vorliegen.
- Die GPK empfiehlt einstimmig dem Parlament, dem Gemeinderatsantrag, Ziffer 1, zuzustimmen.
- Die GPK empfiehlt dem Parlament mit 3:3 Stimmen und Stichentscheid des Präsidenten, den Stimmberechtigten zu beantragen, die Initiative abzulehnen.
- Die GPK beschliesst drei Abänderungsanträge zur Abstimmungsvorlage an das Parlament. Diese findet ihr wie zuvor erwähnt, auf der Tischvorlage.
- Die GPK empfiehlt dem Parlament, der Botschaft mit den beschlossenen Abänderungsanträgen zuzustimmen.

Fraktionssprecherin Grüne/Junge Grüne, Monika Röthlisberger: Wir danken dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Ausarbeitung der Parlamentsunterlagen und für die Botschaft zur Spez-Sek-Initiative. Die Spez-Sek-Klassen an der Lerbermatt haben selbstverständlich schon ihren Platz in Köniz, doch dieser ist einfach nicht mehr an der Lerbermatt, sondern hier im Schloss, im Schulmuseum. Was auf nationaler Ebene der Apfelschuss des Tells und die Unabhängigkeit der Schweiz, ist bei uns in Köniz die Spez-Sek Lerbermatt – ein Mythos. Die Spez-Sek-Klassen an der Lerbermatt sind normale Volksschulklassen für Schülerinnen und Schüler mit Spez-Sek-Niveau. Halt einfach in den Räumlichkeiten eines Gymnasiums, anstatt an einem Oberstufenzentrum. Sie sind in diesem Sinn gar nicht so besonders. Spez-Sek gibt es in Köniz auch an den Oberstufenzentren, sogar auch in homogenen Klassen. Die Lerbermattklassen haben denselben Lehrplan und die Lehrpersonen sind gleich ausgebildet, wie an den anderen Oberstufenschulen. Für einen Übertritt ins Gymnasium gelten an der Lerbermatt genau die gleichen Bedingungen wie an den Oberstufenzentren. Und auch wenn man die Spez-Sek an den Oberstufenzentren besucht, kommt man in Köniz ins Gymnasium, macht die Matura und studiert danach an der Universität weiter.

Bevor ich in der Schulkommission war, dachte ich, dass an den Spez-Sek-Klassen Lerbermatt alle Schüler:innen in allen Fächern leistungsstark seien. Auch das ist ein Mythos. Wie wir zuvor gehört haben, reichen zwei Hauptfächer. Im dritten Fach kann man Sek-Niveau haben oder auch Real-Niveau und man kann trotzdem an die Lerbermatt.

Wenn also eine Schülerin in allen drei Hauptfächern Spez-Sek-Niveau hat, ist sie in der Lerbermatt beispielsweise im Mathematik-Unterricht mit Schüler:innen zusammen, welche in der Mathematik Sek- oder Real-Niveau haben. Wäre diese Schülerin beispielsweise an der Oberstufe Schule Wabern, dann wäre sie in Deutsch, Französisch und Mathematik ausschliesslich mit Schüler:innen, welche auch Spez-Sek-Niveau haben, im gleichen Unterricht.

Die gymnasiale Infrastruktur ist ein weiterer Mythos. Die Räumlichkeiten in der Lerbermatt bieten für 7. Und 8. Klässler:innen keinen pädagogischen Mehrwert, welcher an den Oberstufenschulen nicht auch vorhanden wäre. Es hat auch an den Oberstufenschulen mittlerweile gut sortierte Bibliotheken, Labore und weitere Fachräume - Turnhalle und Sportanlagen selbstverständlich auch. Ihr seht, im Könizer Bildungssystem fehlt es ohne Spez-Sek Lerbermatt an nichts.

Darum empfehlen wir Grünen/Junge Grünen der Bevölkerung, diese Initiative abzulehnen und wollen folgende Contra-Argumente ins Abstimmungsbüchlein schreiben. Pro-Argumente konnten wir keine finden:

- Der Ruf der Spez-Sek Lerbermatt beruht auf Mythen. Tatsächlich gelten an der Lerbermatt derselbe Lehrplan, dieselben Anforderungen an die Lehrpersonen und die gleichen Kriterien für einen Übertritt in das Gymnasium.
- Die Spez-Sek Lerbermatt ist kein Untergymnasium und deren Besuch ist keine Voraussetzung für das Gymnasium.
- Die Spez-Sek-Klassen an der Lerbermatt sind gar nicht leistungshomogen. Aufnahmekriterium ist nur, dass man in zwei Fächern von Deutsch, Französisch und Mathematik leistungsstark ist. Die Leistung in allen anderen Fächern ist unerheblich.
- Auch die Infrastruktur des 39jährigen Lerbermattschulhauses bietet keinen pädagogischen Mehrwert für 7. Und 8. Klässler:innen.
- Auch mit einem "Nein" zur Initiative bleibt der Spez-Sek-Unterricht in Köniz. Es gibt sogar homogene reine Spez-Sek-Klassen, auch ohne diese Spez-Sek Lerbermatt.
- Das durchlässige Spez-Sek-Angebot an den Oberstufenschulen hat sich bewährt. Es ist flexibler und fördert die Schülerinnen und Schüler zielgerichteter gemäss ihren Fähigkeiten.
- Die Spez-Sek Lerbermatt bringt keinen pädagogischen Mehrwert. Spez-Sek-Schüler aus den Oberstufenschulen treten problemlos ins Gymnasium über, schliessen erfolgreich ihre Matur ab und verfolgen ein Studium.
- Köniz ist die einzige Gemeinde im Kanton, welche immer noch ein Spez-Sek-Angebot in den Gebäuden eines Gymnasiums führt. Mit einem "Nein" wird diese Doppelspurigkeit endlich abgebaut. Köniz hat auch dann noch das vielfältigste Bildungsangebot für die Oberstufe, welche man im Kanton Bern haben kann.

Zum Schluss noch eine Frage an den Gemeinderat: Wie hat der Gemeinderat den Interessenkonflikt von Hans-Peter Kohler bei diesem Geschäft einbezogen? Wir fragen dies, denn wir haben festgestellt, dass in der Botschaft Sätze direkt von der Webseite von Hans-Peter Kohler und vom Verein Pro Spez-Sek Lerbermatt zitiert worden sind. Darum würde uns dies interessieren.

Also: Die Spez-Sek-Klassen an der Lerbermatt sind ein Relikt aus alten Zeiten und definitiv jetzt am Ende ihres Lebenszyklus angekommen. Lassen wir sie ins Schulmuseum umziehen.

Fraktionssprecher FDP, Dominic Amacher: Auch wenn ich das Fraktionsvotum halte, will ich meine Interessensbindungen offenlegen: Ich bin Mitglied des Vereins Pro Spez-Sek Lerbermatt und setze mich mit Überzeugung für dieses tolle Angebot an der Lerbermatt ein. Ich hatte eine Tochter, welche an der Spez-Sek Lerbermatt war und welche jetzt im Gymnasium ist und aktuell ist ein Sohn in der Spez-Sek.

"Ja" zur Bildungsvielfalt, "Ja" zur Spez-Sek in der Lerbermatt. Dieser Titel können wir von der FDP mit vollster Überzeugung unterstützen. Es überrascht darum nicht, dass wir die Initiative in allen Punkten vollumfänglich unterstützen. Wir empfehlen den Stimmberechtigten klar, die Initiative anzunehmen. Seit Jahren wird versucht, dass dieses attraktive und beliebte Angebot in der Lerbermatt abgeschafft wird. Bis heute haben wir allerdings keine plausiblen Gründe gehört, welche dieses Vorhaben rechtfertigen würden. Im Gegenteil: Eine Mehrheit des Parlaments will bewusst ein funktionierendes und bewährtes Angebot abschaffen, ohne, dass eine vergleichbare Alternative vorliegt. Der Glaube zu haben, dass den leistungsstarken und leistungswilligen Schülerinnen und Schülern in einem durchlässigen System der gleiche Rahmen angeboten wird, ist einfach falsch. Weder die Infrastruktur, noch das Lernumfeld wird im skizzierten Schulluftschloss der Gegner nur annähernd gleich sein. Es sind schlicht und einfach Fake-News.

Wir haben es zuvor von den Grünen gehört: Ihr könnt nur gegen die Lerbermatt bashen, die wirklich guten Gründe, die fehlen. Dass die Gegner eben auch selber nicht wussten, wo der Mehrwert ihres Vorschlags liegt – wo er wirklich liegt – das zeigt die damalige Rückweisung ihres eigenen Vorstosses in der Parlamentsdebatte im Mai 2021. Wie soll dieses Modell aussehen? Wie sieht dieses Endprodukt aus? Anstatt klare Massnahmen zu präsentieren, schießt man gegen ein funktionierendes und beliebtes System. Dieser Verdacht wird mit den heute eingereichten Abänderungsanträgen nicht entkräftet. Anstatt eigene Inhalte zu liefern, versucht man Fakten der Anderen zu streichen. Und es ist eigentlich noch viel schlimmer: Eine Mehrheit des Parlaments, namentlich die GLP, die Grünen und die SP, wollen bewusst 50% der 7. und 8. Klässler politisch zwingen, an ihrer Wohnortsschule zu bleiben. Sie wollen jegliche Wahlfreiheit streichen und das Bildungsangebot kürzen. Das macht uns sprachlos und das ist heute nicht mehr vorstellbar.

Zum Glück wurde eine Initiative eingereicht, welche die Abschaffung verhindern will. Wenn wir bei diesem Thema nachhaltig Ruhe wollen, ist eine Verankerung in der Gemeindeordnung der einzige Weg. Zu oft und zu lange wurden haltlose Angriffe auf die Lerbermatt getätigt. Oft wurde dabei auch der Volkswille nicht respektiert, den man im Mai 2000 beschlossen hat. Zur Erinnerung: Am 21. Mai 2000 hat das Volk "Ja" zur Spez-Sek gesagt. Seit über 25 Jahren existiert dieses Angebot.

Kommen wir zur Abstimmungsbotschaft: Es geht primär um eine einfache Frage. Wollen wir das Angebot der Lerbermatt noch, oder nicht? Eine Verkomplizierung oder Verwässerung lehnen wir ab. Grundsätzlich sind wir mit der Botschaft mittelmässig zufrieden. Wir erachten, dass beide Lager genügend Platz bekommen haben. Die Abänderungsanträge der GLP, SP und von den Grünen lehnen wir kategorisch ab. Sie zeugen nach unserem Empfinden von Schwäche, sind politisch hochfraglich und hinterlassen einen sehr bitteren Nachgeschmack. Wir kommen später noch mit einem Statement darauf zurück.

Die FDP-Fraktion möchte folgende Pro-Argumente in die Botschaft aufnehmen. Ihr könnt euch vorstellen, dass wir auch keine Contra-Argumente gefunden haben:

- Die Bildungsvielfalt soll in Köniz erhalten bleiben. Die Klassen an der Lerbermatt ermöglichen leistungsstarken und leistungswilligen Jugendlichen aus allen sozialen Schichten den Unterrichtsstoff in einer lernfreundlichen, leistungsorientierten und einheitlichen Lernatmosphäre zu erarbeiten. Die Klassen bestehen immer aus den gleichen Schülerinnen und Schülern, alle Fächer werden auf dem gleichen Niveau unterrichtet und zwar auf Spez-Sek-Niveau.
- Die Spez-Sek-Klassen an der Lerbermatt tragen seit 25 Jahren zur Standortattraktivität der Gemeinde Köniz bei. Dieses bewährte, beliebte und einmalige Angebot darf nicht gestrichen werden. Dank der gymnasialen Infrastruktur werden optimale Rahmenbedingungen angeboten.
- Die Wahlfreiheit beim Übertrittverfahren zur Sekundarschule I wird mit einem "Ja" zur Initiative weiterhin gewährleistet. 50% der Schülerinnen und Schüler profitieren von dieser Wahlfreiheit und wählen bewusst das Angebot an der Lerbermatt aus.
- Das Angebot der Spez-Sek-Klassen an der Lerbermatt ist sehr beliebt. Die konstanten und steigenden Schülerinnen- und Schülerzahlen beweisen, dass die Klassen an der Lerbermatt einem grossen Bedürfnis entsprechen.
- Mit einem "Ja" zur Initiative werden die Schülerinnen und Schüler nicht politisch gezwungen, die Oberstufe an ihrer Wohnortsschule zu besuchen. Wahlfreiheit und Bildungsvielfalt ist eine wichtige Voraussetzung, um allen Schülerinnen und Schülern gerecht zu werden.
- Die Chancengleichheit ist bei den Spez-Sek-Klassen an der Lerbermatt gewährleistet. Das Angebot ist für alle sozialen Schichten zugänglich und bietet auch den Jugendlichen eine Perspektive, welche einen Migrationshintergrund haben. Es wird niemand ausgeschlossen.
- Mit der Annahme der Initiative wird mittelfristig der Druck auf den Schulraum an den Könizer Oberstufenzentren nicht zusätzlich verschärft.

Die FDP-Fraktion stimmt den Punkten 1a, 1b und 2 einstimmig zu. Bei der Botschaft können wir mit den Abänderungsanträgen nicht leben. Wir würden die Botschaft unterstützen, wenn nicht solche Verwässerungsvorschläge vorliegen würden. Wir stellen zum Schluss bei der Ziffer 2 und 3 den Antrag um eine Abstimmung unter Namensaufruf gemäss Art. 66 des Geschäftsreglements des Parlaments. Das ist der erste Antrag und der zweite Antrag ist: Wir beantragen einen Sitzungsunterbruch nach dem Votum des Gemeinderates.

Fraktionssprecherin SVP, Corina Burren: Wir von der SVP-Fraktion sind mehrheitlich für den Erhalt der Spez-Sek-Klassen am Gymnasium Lerbermatt. Wir wollen die Könizer Bildungsvielfalt, welche unter anderem mit den Spez-Sek-Klassen in der Lerbermatt besteht, erhalten.

Ein ähnliches Schulangebot mit homogenen Spez-Sek-Klassen, die organisatorisch einem Gymnasium angegliedert sind, führt nämlich keine andere Gemeinde im Kanton Bern. Es ist somit ein zusätzliches Angebot, das wir unseren Bürger und Bürgerinnen bieten können, ohne dass sie für uns finanziell gesehen eine zusätzliche Belastung wäre. Ausserdem wollen wir den seit 1997 bestehenden Leistungsvertrag zwischen unserer Gemeinde und dem Kanton aufrechterhalten. Für vier von den aktuell sechs an der Lerbermatt geführten Spez-Sek-Klassen, zahlt die Gemeinde Köniz für den Schulraum bloss die Betriebskosten. Beim aktuellen Schulraummangel können wir es uns aus unserer Sicht nicht leisten, diesen verhältnismässig günstigen Schulraum mit sehr guter Infrastruktur aufzugeben.

Der Gemeinderat rechnet mit einer Kosteneinsparung, falls die Spez-Sek-Klassen geschlossen werden würden, diese sei aber nicht gross. Aber: Es müssten mehr als 100 Schülerinnen und Schüler in den Oberstufenzentren integriert werden. Die Unsicherheit bezüglich Schulraum besteht. Durch die Schliessung der Spez-Sek-Klassen kann nicht gespart werden. Wir sind überzeugt, dass ein ähnliches Angebot an den Oberstufenzentren mehr Kosten verursachen würde.

Das Parlament argumentierte vor allem mit pädagogischen Vorteilen, welche die Abschaffung der Spez-Sek-Klassen mit sich bringen würden. Ich bin Lehrperson von Schülerinnen und Schüler im Alter von 9 bis 12 Jahren und am Puls pädagogischer Überlegungen. In der Praxis ist es fragwürdig, ob die Abschaffung wirklich pädagogische Vorteile für alle Schülerinnen und Schüler bringt. Für leistungsschwächere Schülerinnen und Schüler ja, was ist aber mit den leistungsstärkeren Schülerinnen und Schüler? In der Praxis ist es so, dass Schülerinnen und Schüler bezüglich ihrer fachlichen Kompetenzen tendenziell besser auf ihre Rechnung kommen, wenn sie mit Schülerinnen und Schüler mit ähnlichem Leistungsniveau unterrichtet werden.

Ich weiss, dass es Studien gibt, die sagen, leistungsstärkere Schülerinnen und Schüler könnten in völlig heterogenen Klassen genau dieselben fachlichen Kompetenzen erreichen wie jene in leistungshomogenen Klassen. Ich lade aber all diejenigen, welche das glauben, gerne einmal zu mir ins Schulzimmer ein. Ich zeige euch gerne, dass es möglich ist, individuell zu unterrichten und allen Schülerinnen und Schüler für sie passende Aufgaben anzubieten. Aber der damit verbundene Aufwand für die Lehrperson ist beträchtlich. Ich bin mir dessen bewusst, ich mache es gerne. Aber nicht alle Lehrpersonen nehmen diesen Aufwand auf sich. Und dann ist es schlichtweg so, dass je grösser die Schere ist, desto kleiner die Chance, dass alle Schülerinnen und Schüler auf ihre Rechnung kommen.

Für leistungsschwache Schülerinnen und Schüler mit besonderem Förderbedarf gibt es erweiterte Unterstützungsmassnahmen – sogenannte eU-Lektionen - wobei es ähnliche Angebote für die leistungsstärkeren Schülerinnen und Schüler für deren individuelle Förderung nicht gibt. Und genau mit dem Angebot einer separativen Spez-Sek-Klasse können wir einmal den leistungsstärkeren Schülerinnen und Schülern etwas anbieten.

Es gilt zu beachten, dass leistungsstärkere Schülerinnen und Schüler die Wahl haben, niemand muss in die Lerbermatt gehen, wer dies nicht will. Tatsache ist, dass schliesslich im Durchschnitt über die letzten fünf Jahre ungefähr 50% aller Spez-Sek-Schülerinnen oder -Schüler die Spez-Sek-Klasse an der Lerbermatt wählten. Das Interesse an den separativen Klassen in der Lerbermatt scheint somit vorhanden zu sein.

Die Grafik in der Abstimmungsbotschaft auf Seite 6 ist in unseren Augen nicht übersichtlich. Wir finden es schade, dass keine Grafik vorhanden ist für Personen, welche nicht besonders textaffin sind.

Ich möchte noch darauf hinweisen, dass beim Übertrittsentscheid nicht, wie es in der Abstimmungsbotschaft steht, nur die Leistungen in den drei Übertrittsfächern während der 6. Klasse berücksichtigt werden, sondern es werden die Leistungen während der ganzen 5. Klasse und während dem 1. Semester der 6. Klasse berücksichtigt. Wir haben aber keinen Abänderungsantrag gestellt, es gibt genug. Und die nicht ganz korrekte Formulierung auf Seite 4 ist für die Leserschaft in Bezug auf die Abstimmungsbotschaft nicht von Bedeutung.

Sämtliche Abänderungsanträge lehnen wir ab, da der Gemeinderat aus unserer Sicht eine ausgeglichene Abstimmungsbotschaft formuliert hat.

Ich fasse zusammen, weshalb wir von der SVP-Fraktion mehrheitlich für den Erhalt der Spez-Sek-Klassen an der Lerbermatt sind:

- Wir haben dadurch einen verhältnismässig günstigen Schulraum.
- Im Falle einer Abschaffung der Spez-Sek-Klassen an der Lerbermatt, besteht Unsicherheit bzgl. des Schulraums in den Oberstufenzentren.
- Wir sind überzeugt, dass schlussendlich mehr Kosten verursacht würden.
- Mit den Spez-Sek-Klassen kann die Könizer Bildungsvielfalt aufrecht erhalten bleiben.
- Die Spez-Sek-Klassen im 7. und 8. Schuljahr sind ein Angebot für leistungsstärkere Schülerinnen und Schüler, welche, wie die leistungsschwächeren Schülerinnen und Schüler, auch ein Recht auf etwas Besonderes haben.

- Ob leistungsstärkere Schülerinnen und Schüler die Lerbermatt wählen oder nicht, ist ihnen schlussendlich freigestellt. Somit muss also niemand in der Lerbermatt beschult werden, der oder die nicht will.
- Die letzten Jahre haben bestätigt, dass das Interesse an homogenen Spez-Sek-Klassen vorhanden ist.

Fraktionssprecher EVP-GLP-Mitte-Fraktion, Casimir von Arx: Ja, da wären wir wieder einmal. Dieses Mal vermutlich das letzte Mal. Die Argumente gegen und für den Weiterbetrieb der Spez-Sek Lerbermatt, die haben wir schon oft ausgetauscht und die Parlamentsmehrheit kam zum Schluss, dass die Gegenargumente überwiegen. Der eine oder andere findet wohl nicht zu Unrecht, es sei jetzt eigentlich alles gesagt. Und doch ist heute nochmals ein neuer Aspekt dabei: Die Volksinitiative. Dass wir in Köniz im Parlament eine Volksinitiative behandeln, das kommt nicht so häufig vor, insofern ist heute ein besonderer Anlass. An der Positionierung der Parlamentsmitglieder wird dies allerdings wohl nichts mehr ändern.

Wir haben heute zahlreiche Gäste hier, das Initiativkomitee hat meines Wissens auch dazu aufgerufen, heute Abend vorbeizuschauen. Ich nehme an, dass es darum auch Schülerinnen und Schüler aus der Spez-Sek Lerbermatt hier hat. Schön, kommt ihr vorbei, um diesen demokratischen Prozess anzuschauen. Eine Lektion in Mythologie gab es auch bereits – von Dominic Amacher.

Vielleicht fragt ihr euch, warum die Mehrheit des Parlaments eure Schule abschaffen will. Oder ob das Parlament gegen eure Schule ist oder eure Schule schlecht findet. Ich kann euch versichern, das Parlament überlegt es sich sehr gut, bevor es einen solchen Entscheid fällt. Und der Grund dafür ist nicht, dass es die Spez-Sek Lerbermatt einfach schlecht findet oder dass ihr an eine schlechte Schule geht. Es ist aber die Aufgabe des Parlaments in Köniz für eine Bildungslandschaft zu schauen, welche als Ganzes funktioniert. Und um diese Frage zu beantworten, reicht es eben nicht aus, nur auf die Spez-Sek Lerbermatt alleine zu schauen, sondern man muss sich auch fragen, wie die Bildungslandschaft mit den sechs Oberstufenschulen der Gemeinde mit den Gymnasien im Raum Bern, mit den Lehrbetrieben, beeinflusst wird. In der Abwägung der Vor- und Nachteile ist die Mehrheit des Parlaments zum Schluss gekommen, dass die Nachteile überwiegen, wenn man die Spez-Sek Lerbermatt weiterbetreiben würde und dass an den Oberstufenzentren eine gute Alternative besteht, welche ausserdem noch besser wird, wenn man mehr Schülerinnen und Schüler mit Spez-Sek-Niveau an der Schule hat. Aus diesem Grund stützen auch die Schulleiterinnen und Schulleiter von Köniz sowie die Schulkommission das Parlament in seinem Entscheid.

Auch die Mehrheit der EVP-GLP-Mitte-Fraktion sieht dies so und lehnt die Initiative ab. Neben der Abstimmungsempfehlung zur Initiative geht es heute auch noch um die Botschaft. Ich habe festgestellt, dass die Ergänzungen, welche in der Motion "Vorbereitung eines Gegenvorschlags zur Spez-Sek Lerbermatt-Initiative" verlangt worden sind, im Wesentlichen in die Botschaft eingeflossen sind. Vielen Dank dafür, das erspart uns eine Rückweisung der Botschaft, was vermutlich mehr als CHF 9'000 gekostet hätte. Und trotzdem sehen wir bei der Botschaft noch Anpassungsbedarf, doch dazu kommen wir später.

Ich komme jetzt zu den Argumenten für die Abstimmungsbotschaft. Für die Fraktionsmehrheit bringe ich Argumente *gegen* die Initiative ein. Die Argumente *für* die Initiative werden später seitens der Fraktionsminderheit per Einzelvotum eingebracht:

- Die Spez-Sek Lerbermatt entzieht dem Gewerbe und dem KMU gute Lernende und dem dualen Bildungsweg gute Schülerinnen und Schüler, weil sie die Auseinandersetzung mit der Berufslehre nicht ernsthaft fördert.
- 8. Klässler und 8. Klässlerinnen, welche ans Gymnasium wollen, sollen sich mit der Frage auseinandersetzen, welches der Berner Gymnasien das richtige Angebot für sie hat. Die Nähe der Spez-Sek Lerbermatt zum Gymnasium Lerbermatt erschwert diesen Prozess und kommt einem Vorentscheid gleich.
- An den Gymnasien im Raum Bern herrscht Platznot. Die Gymnasiastinnen und Gymnasiasten werden darum quer durch die Stadt in provisorische Schulräume geschickt. Zum Beispiel von der Lerbermatt ins Wankdorf. Die Spez-Sek Lerbermatt besetzt sechs Klassenzimmer und weiteren Schulraum an der Lerbermatt und verschärft damit das Problem.
- Der bestehende und geplante Schulraum in der Gemeinde Köniz soll genutzt werden. Es macht keinen Sinn, sechs Klassen an der Lerbermatt unterzubringen und dem Kanton dafür Geld zu bezahlen.
- Die Initiative will die Spez-Sek Lerbermatt in der Gemeindeordnung festschreiben, obwohl es gar nicht in der Hand der Gemeinde Köniz liegt, ob es eine Spez-Sek Lerbermatt gibt. Der Kanton kann die Spez-Sek Lerbermatt jederzeit auflösen.

- Die Initiative will ein altes Schulsystem, welches eigentlich vor einem Vierteljahrhundert abgeschafft worden ist, zementieren.
- Vor 26 Jahren ist das Untergymnasium abgeschafft und der Spez-Sek-Unterricht gemeindeweit eingeführt worden. Die Zeit ist jetzt reif, diesen Weg fertig zu gehen und die Spez-Sek Lerbermatt abzuschaffen.

Fraktionsprecherin SP/JUSO, Rahel Gall: Wir alle wollen eine gute Bildung für die Gemeinde Köniz, nur sind wir uns nicht ganz einig, wie diese gestaltet sein muss. Wir von der SP/JUSO-Fraktion sind überzeugt, dass ein Verzicht auf die Sonderlösung Lerbermatt für eine gute und chancengerechte Bildung in Köniz sorgt. Das Hauptaugenmerk liegt hier etwa nicht darauf, dass das Angebot in der Lerbermatt schlecht ist - da kann ich das bestätigen, was Casimir von Arx gesagt hat - sondern dass das Angebot die Bildung im dritten Zyklus in unserer Gemeinde massiv schwächt. Wir sind gegen die Sonderlösung Lerbermatt, weil das Modell mit Spez-Sek-Klassen an der Oberstufe gut ist. Die Schulleitenden sind gegen die Initiative und ich habe grosses Vertrauen in die Fachkompetenz der Schulleitenden. Wenn sie zu diesem Schluss kommen, dann ist dies für mich schon ein ganz guter Grund, gegen diese Initiative zu sein.

Die Sonderlösung an der Lerbermatt schwächt das Angebot an den Oberstufenzentren und zwar durch Doppelspurigkeit, durch organisatorische Aufwand und dadurch, dass sie den Oberstufenzentren gute Schüler und Schülerinnen entzieht. Sie schwächt das Bildungsangebot, welches für Chancengleichheit steht. Chancengleichheit, weil das System durchlässig ist, weil es flexibel ist und weil es darum auf die individuellen Bedürfnisse schnell und gut reagieren kann. Zum Beispiel, indem Schülerinnen und Schüler kurzfristig wechseln können, nach oben oder nach unten in einzelnen Fächern.

Die extremen Unterschiede, wie viele Kinder aus den unterschiedlichen Ortsteilen der Gemeinde an die Lerbermatt gehen – nämlich zwischen 5% und 95% - auch diese Unterschiede sprechen nicht gerade dafür, dass das jetzige System, welches wir haben, chancengleich ist.

Apropos Chancengleichheit: Dominic Amacher, du hast gesagt, wir wollen die Schüler und Schülerinnen zwingen, dass sie in ihrem Ortsteil zur Schule gehen müssen. Was ist dann mit der Wahlmöglichkeit der Sek-Schülerinnen und -schüler? Was ist mit der Wahlmöglichkeit der Realschülerinnen und -schüler? Ihr zwingt diese doch auch. Es geht um eine Chancengleichheit – es sollen alle Schülerinnen und Schüler die gleichen Chancen in unserer Gemeinde haben.

Ich bin nicht mit ganz allem einverstanden, was Lars Guggisberg am Freitag an unserem Parlamentsausflug gesagt hat. Aber in einem Punkt muss ich ihm recht geben: Das Gewerbe und die KMU's brauchen gute Lernende. Lernende, welche leistungsorientiert und leidenschaftlich sind. Die Spez-Sek ist eine sehr gute Vorbereitung auf das Gymnasium. Es ist aber keine gute Vorbereitung auf die Lehre und wenn wir unsere Volkswirtschaft anschauen, dann denke ich, dann brauchen wir nicht nur Akademiker und Akademikerinnen, sondern gute Fachkräfte.

Und noch ein kleiner Punkt: Seid ihr sicher, wollen wir wirklich etwas in der Gemeindeordnung verankern, was ins Bildungsreglement gehört? Das ist eine Untergrabung der Funktion unserer Gemeindeordnung und es ist auch eine Untergrabung der Kompetenz des Parlaments, denn das Bildungsreglement liegt in unserer Kompetenz.

Zusammenfassend, sechs Contra-Argumente, welche die SP in die Botschaft einbringen will:

- Die Spez-Sek Lerbermatt steht quer in der Bildungslandschaft. Sie passt nicht in das heutige Oberstufensystem.
- Der Titel der Initiative ist irreführend und beschönigend. Ein "ja" zur Initiative schränkt die Vielfalt und das Funktionieren des Schulmodells an der Oberstufe ein.
- Das heutige Spez-Sek-Angebot in der Gemeinde Köniz ist wegen der Spez-Sek Lerbermatt verzerrt. Das wirkt sich negativ auf die Bildung der Niveaugruppen in den Oberstufenzentren aus. Zum Beispiel, dass nicht an allen Oberstufenzentren Spez-Sek-Niveau Gruppen gebildet werden können.
- Die Stärkung des Spez-Sek-Unterrichts an den Oberstufenschulen verbessert das Bildungsangebot sowohl für Schüler mit Spez-Sek-Niveau, wie auch für Schüler und Schülerinnen, welche nur in einzelnen Fächern das Niveau erreichen.
- Der Wechsel von Schüler und Schülerinnen in die Lerbermatt bringt einen grossen organisatorischen und administrativen Aufwand für die Schulplanung mit sich und das für nur zwei Schuljahre. Mit einem "Nein" zur Initiative könnten diese Ressourcen in der Bildung investiert werden.
- Die Schulleitungen und die Schulkommission lehnen die Initiative aus pädagogischen und organisatorischen Gründen ab.

Unser System an der Oberstufe ist pädagogisch begründet und es garantiert eine gute Bildung für die Könizer Schüler und Schülerinnen. Das System darf nicht durch eine Sonderlösung Lerbermatt untergraben werden. Das System darf nicht durch Doppelspurigkeit geschwächt werden und das System darf nicht erhalten werden, basierend auf fadenscheinigen Argumenten.

Dominic Amacher, FDP: Das musst du mir nochmals erklären, ich weiss, ich habe eine etwas nasse Zündschnur, aber ich habe nicht genau verstanden, was du mir sagen wolltest.

Die Abschaffung der Spez-Sek-Klassen wird eben bekanntlich mit den pädagogischen und organisatorischen Vorteilen begründet. Aber wir wissen heute Abend nicht so genau, was dies genau heisst. Diese Argumente fehlen mir persönlich noch vollkommen und ich kann damit nichts anfangen, was ihr da erzählt.

Wir fassen kurz zusammen: Nicht nur an der Oberstufe herrscht eine grosse Unruhe, sondern generell an den Könizer Volksschulen. Die Herausforderungen sind besonders für die Lehrerschaft – wir haben es zuvor von Corina Burren gehört – auf allen Stufen immens gross und sie nehmen von Jahr zu Jahr zu. Wir haben zudem noch Lehrpersonenmangel und das verschärft die Situation. Das integrative und durchlässige Modell stösst an seine Grenzen. Die Besorgnis der Eltern, aber auch jene der Schülerinnen und Schüler ist gross. Lernrückstände und unzufriedene Leute gehören leider zur Tagesordnung. Und da fragen wir uns, wie ihr es verantworten könnt, in ein solches System den leistungsstarken Schülerinnen und Schüler ein förderliches und ruhiges Umfeld zu garantieren. Wie soll dies zur Verfügung gestellt werden? Das können wir heute nicht, doch die Lerbermatt, die kann das. Diese kann beweisen, dass wir ein funktionierendes System haben. Der pädagogische Mehrwert, da wissen wir nicht so genau, ob dies Wunschenken ist oder einfach, weil man etwas abschaffen will.

Kommen wir zur Planungssicherheit: Damit die Schülerinnen und Schüler eben auch in dieser Stammschule bleiben, braucht es eine Perspektive für diese leistungsstarken Jugendlichen. Die Schulleitungen lehnen die Initiative ab - das dürfen sie auch sicher machen, kein Problem – doch was unternimmt denn die Schulleitung konkret, damit ein ruhiges Lernumfeld gewährleistet werden kann. Da können wir leider nichts heranziehen, das wissen wir nicht. Wir schätzen natürlich den täglichen Einsatz der Schulleitungen, das ist ein harter Job und das darf man nicht unterschätzen. Aber was wird genau gemacht, was haben wir für Gründe, dass diese Schülerinnen und Schüler bleiben? Seit über 25 Jahren hat man es offensichtlich verpasst, adäquate Instrumente zu finden und auf diese Ausgangslage zu reagieren. Statt über die Abwanderungen zu jammern, sind griffige Massnahmen gefragt. Die leistungsstarken Schülerinnen und Schüler fühlen sich offensichtlich nicht vertreten und sehen in der Oberstufe keine Perspektiven, ansonsten würde nicht über die Hälfte an die Lerbermatt gehen.

Man darf aber auch nicht vergessen: Es entsteht auch eine Chance für jene, welche bleiben, weil es eben eine Wahlfreiheit gibt. Diese können hervorkommen und sich zeigen und eben auch diese Leistung abrufen, was vielleicht nicht möglich ist, wenn die Leuchttürme da sind.

Zusammengefasst, der politische Zwang löst das Problem an der Oberstufe nicht. Hört auf zu suggerieren, dass an der Oberstufe gleichwertige gymnasiale Rahmenbedingungen angeboten werden und ein angemessenes Lernumfeld gewährleistet wird.

Und noch ganz kurz, Monika, du hast gesagt wegen Mythos: Beim Übertritt, da muss man in zwei Fächern Spez-Sek-Niveau haben und darf in einem Sek-Niveau haben. In der Lerbermatt werden dann aber alle Fächer auf Spez-Sek-Niveau unterrichtet. Das muss ich klarstellen. Denn ansonsten müsste man ja sagen, dass in Präsentationen der Spez-Sek Lügen verbreiten werden. Es ist wirklich ein Spez-Sek-Niveau, welches dort unterrichtet wird.

Und der zweite Mythos wegen der Infrastruktur: In der Lerbermatt haben wir wirklich optimale Verhältnisse. Wir haben wirklich sehr gut eingerichtete Fachräume, wir haben eine Mediothek, welche wirklich gut ist, wir haben Labore, wir haben Sportanlagen, welche Gymnasialstandard haben und wir haben das Fachlehrersystem. Wollt ihr dann an jedem Oberstufenzentrum genau die gleiche Infrastruktur zur Verfügung stellen? Und habt ihr euch schon einmal Gedanken gemacht, was das dann kosten würde? Hier habe ich den Eindruck, man hat nicht die nötigen Argumente gegen die Lerbermatt.

Matthias Müller, EVP: Vorab zu meiner Interessenbindung und meiner Rolle: Ich bin Mitglied im Verein Pro Spez-Sek Lerbermatt und war auch im Initiativkomitee und ich melde mich jetzt als Einzelvotant. In der EVP-GLP-Mitte-Fraktion bin ich nicht alleine, aber doch in der Minderheit in diesem Thema.

Die Spez-Sek Lerbermatt ist, obwohl es hier im Parlament so aussieht, meiner Meinung nach kein Links-, Rechts- oder Mitte-Thema und schon lange kein finanzielles Thema mehr, sondern ein politisches, ganz sicher aber ein ureigenes Könizer Thema. Gut, gibt es darum eine Volksabstimmung. Zuerst möchte ich meinen Dank an alle aussprechen, welche diese Initiative zustande gebracht haben. Eine Initiative erfolgreich einzubringen ist unter Könizer Rahmenbedingungen eine sehr grosse Leistung. Merci allen Beteiligten und allen Unterschriftsgebenden. Die 2'293 amtlich bestätigten gültigen Unterschriften sind nicht nur ein starkes Zeichen für ein "Ja" zur Bildungsvielfalt, sondern, die Initiantinnen und Initianten haben damit den notwendigen Prozess gestartet, um die Spez-Sek in der Lerbermatt zu erhalten.

Liebe Parlamentarierinnen und Parlamentarier, offen gestanden finde ich es absurd, dass wegen euch der Abbau eines funktionierenden Bildungsangebot droht. Dass eine Mehrheit von unserem Parlament wollte, dass ein offenbar gutes und rege genutztes Angebot geschlossen wird, finde ich störend. Die Könizer Stimmbevölkerung hat das letzte Mal dem Erhalt der Lerbermatt deutlich zugestimmt und es stört mich, dass das Parlament jetzt – es kommt mir vor, wie in seiner "Bubble" gefangen – ein Bildungsangebot abwürgen will. Darum ist es eben gut, gibt es eine Volksabstimmung. Dann haben wir das Thema vom Tisch. Und darum stimmt doch heute "Ja" oder Enthaltet euch wenigstens der Stimme, in der Hoffnung, dass ihr dann wenigstens auf der guten Seite steht.

Für mich persönlich wäre die Spez-Sek in der Lerbermatt nicht mehr so wichtig. Mittlerweile haben alle meine drei Kinder diese Spez-Sek in der Lerbermatt durchlaufen und aus der Perspektive eines Vaters, habe ich das Angebot sehr geschätzt. Rahel Gall, mein Sohn hat nach der Spez-Sek das 1. Gymnasium gemacht und ist dann in eine Lehre übergetreten. Und er hat während der ganzen Lehrzeit von diesen Fähigkeiten profitiert, welche er damals gelernt hat. Dieser Turbo Spez-Sek hat ihn sehr weit gebracht in seiner Lehre.

Ich setze mich darum dafür ein, dass jene, welche dieses funktionierende Angebot nützen wollen, es auch weiterhin nutzen können. Ich finde, der Flyer des Vereins fasst mit den zehn guten Gründen alle Argumente gut zusammen und eine zusätzliche Spende zu tätigen, um diesen Abstimmungskampf zu finanzieren, kann ich sehr empfehlen.

Ich bitte euch, zwei Argumente zu bedenken:

1. Es gibt mir sehr zu denken, dass ein Grossteil der leistungsstarken und leistungswilligen Schüler es attraktiv finden, heute, unter den jetzigen Umständen, in die Lerbermatt zu gehen - es attraktiver finden, als in der Oberstufe vor Ort zu bleiben. "Voting by Feet" nennt man das und notabene, wir haben es auch schon gehört, niemand *muss* an diese Lerbermatt gehen.
2. Es gibt mir ebenfalls sehr zu denken, dass die abgebenden Schulen, das Angebot recht aktiv schlecht machen, vielleicht sogar bekämpfen. Ich kann das aus ihrer Perspektive zwar etwas nachvollziehen, aber ganz sicher nicht gutheissen. Die Spez-Sek ist ganz klar ein Konkurrenzangebot – und zwar ein gutes und darum gehen die Kinder in die Spez-Sek Lerbermatt.

Ich empfinde die Kommunikation der Spez-Sek-Befürworter als klar und eingängig - ich bin aber etwas befangen in diesem Thema, ich gebe es zu. Aber im Gegensatz dazu, finde ich die Botschaft des Parlaments überhaupt nicht gelungen und ich empfinde die unzähligen Anpassungen, welche heute Abend noch diskutiert werden, als Affront, nicht zuletzt auch gegen die GPK, denn die GPK hat diese Botschaft dem Parlament so empfohlen inkl. zwei sinnvollen Ergänzungen, welche ich auch annehmen werde.

Ich empfinde diese Ergänzungen, welche hier im Raum stehen, als partiell sogar unzutreffend, und definitiv als "Overkill". Darum bleibe ich dabei: Es dünkt mich nicht klug, es dünkt mich unklug, ein gut funktionierendes, klar positioniertes, ein erfolgreiches, ein nachgefragtes und attraktives Angebot aufzugeben. Darum unterstütze ich die Initiative "Ja zur Bildungsvielfalt - Ja zur Spez-Sek Lerbermatt" mit ganzem Herzen und hoffe, die Könizer Bevölkerung erneuert ihre Unterstützung ganz deutlich mit einem klaren "Ja".

Beat Biedermann, die Mitte: Bildungsvielfalt ist eines unserer Privilege, welche wir haben. Eine bestehende, einwandfrei funktionierende Ausbildungsorganisation, welche höchst professionell strukturiert und von top motivierten Lehrkräften organisiert und geführt wird - unterstützt durch ein 100% fachkundiges Sekretariat - und welche mit seinem Bildungsangebot im Ausbildungssystem der Agglomeration Bern spitzenmässig integriert und vernetzt ist, soll aufgelöst und das Angebot abgesetzt werden. Und das, obwohl ein in allen Belangen vergleichbares Spez-Sek-Volksschulangebot, nicht an allen Oberstufenstandorten von Köniz auf Beginn des Schuljahres 2024/25 vorhanden ist. An mehreren Oberstufenstandorten fehlt es grundsätzlich an allem - am Schulraum mit den benötigten Infrastrukturen, an Lehrkräften oder an einem Sekretariat zur Unterstützung und zur Betreuung. Und somit

kann nicht in allen Ortsteilen allen Könizer Schülerinnen und Schülern, welche die nötigen Voraussetzungen mitbringen, dasselbe Spez-Sek-Angebot angeboten werden, wie im Gymnasium Lerbermatt. Durch eine Vielzahl von Abänderungsanträgen in der Botschaft wird versucht, eine nach Texten vergleichbare Situation zum Spez-Sek-Angebot am Gymnasium Lerbermatt zu suggerieren. Ein Spez-Sek-Volksschulangebot, voller Kompromisse. Mit diesem ausgewiesenen und bestens bewährten Spez-Sek-Angebot am Gymnasium Lerbermatt besteht für alle Interessierten die Möglichkeit, dank der Bildungsvielfalt der Spez-Sek-Anbieter, auch einen gymnasialen Weg für die Zukunft einzuschlagen. Die Mitte Köniz unterstützt die Initiative "Ja zur Bildungsvielfalt - Ja zur Spez-Sek in der Lerbermatt".

Ronald Sonderegger, FDP: Der politische Zwang, welcher auf uns zukommt, wenn diese Initiative abgelehnt werden würde, würde die Leute zwingen, am Wohnort in die Schule zu gehen und das ist nicht liberal. Zu Händen der GLP: Wo bleibt hier der liberale Aspekt? Ist dieser nur im Namen der Partei enthalten? Die Wahlfreiheit, wo man zur Schule gehen kann, ist liberales Gut. Die Abschaffung der Spez-Sek wird dazu führen, dass Leute, welche es vermögen, in Privatschulen abwandern werden und das - das geht an die SP – ist auch nicht unbedingt sozial. Ihr bestraft ja euer eigenes Klientel. Seit Jahren wird von knappem Schulraum gesprochen, überall hat es zu wenig Platz und zu wenige Schulzimmer und urplötzlich kann man an all diesen Schulen Plätze finden, um neue Klassen zu eröffnen, das erscheint mir etwas fragwürdig. Noch zu diesen Abänderungsanträgen, diese Flut, welche da gekommen ist: Das ist eine absolute Anmassung, ich finde dies eine Frechheit der GPK gegenüber und ich kann dies nicht unterstützen. Etwas Bewährtes abzuschaffen, widerspricht mir im Herzen und darum bin ich klar für diese Spez-Sek.

Reto Zbinden, SVP: Ich gebe zuerst meine Interessensbindung bekannt, ich bin Ersatzmitglied der Bildungskommission des Kantons und ganz neu auch in der Schulkommission des Gymnasiums Lerbermatt. Ich bin da aber noch nicht so befangen, ich habe die erste Schulkommissionssitzung erst am kommenden Montag. Von daher bin ich nicht deswegen hier nach vorne gekommen.

Ich wollte eigentlich gar nicht kommen, aber ihr habt mich mit dieser Flut von Anträgen gegenüber der Botschaft provoziert. Ich finde dies demokratiepolitisch höchst fragwürdig, was hier abläuft und ich hoffe, dass dies nicht zur Normalität wird. Ich gehe darum nochmals darauf ein. Ich glaube die Argumente für das Geschäft sind eingegangen, diese wurden diskutiert, aber das, was hier mit der Botschaft noch gemacht wird, das erachte ich als wirklich schlimm: Warum soll man diese jetzt so verwässern und so intransparent machen? Ich kann es mir nicht anders erklären, als dass hier die Ratsmehrheit Angst vor den eigenen Wählern hat. Ihr habt ja eigentlich eine haushohe Mehrheit und müsstet eigentlich nur eure Wähler überzeugen und ihnen mit diesen Abänderungen nicht versuchen, Sand in die Augen zu streuen. Vielleicht hat man auch einfach kein Vertrauen in die eigene Bildungspolitik und vielleicht ist diese Angst sogar berechtigt. Es gibt durchaus auch Anzeichen, dass auch im linken Lager Zeichen aufkommen, dass diese totale Durchmischung und Integration doch nicht das Gelbe vom Ei ist.

Nicht nur, dass eben sehr viele eurer Wähler die Kinder selber in die Lerbermatt schicken, sondern auch in der Politik. Ich hatte erst letztes das Gespräch mit drei aktiven und ehemaligen Grossrätinnen. Wohlgermerkt, alle drei sind Lehrerinnen oder Schulleiterinnen und alle drei sind SP-Parteimitglieder. Und alle sind der Meinung, dass es für das Bildungsniveau nicht förderlich ist, wenn alle Niveaus durchmischt werden. Zwar kann es sein, dass die Sozialkompetenz dadurch steigt, aber die schulische Kompetenz leidet. Je nachdem, was man höher gewichtet, ist man für mehr oder weniger Durchmischung.

Ich habe hierzu ein Beispiel: Eine deutschsprachige Sek-Lehrerin hat gesagt, dass es früher normal war, dass die neuen Schülerinnen und Schüler, welche zu ihr gekommen sind, sich in der ersten Stunde auf Französisch vorstellen konnten. Heute ist es vielfach so, dass sie nicht einmal mehr den Satz, welcher sie sagt, verstehen. Und die Lehrkraft aus dem Berner Jura hat ihr hier gleich beige-pflichtet, dass es bei ihr in Deutsch dasselbe sei. Man hat also in Köniz ein riesiges Privileg, dass wir aussuchen können, ob wir die schulische Kompetenz, die soziale Kompetenz oder weiteres, wie den Schulweg, gewichten wollen und wo wir zur Schule gehen. Das ist eine einmalige Chance, welche wir hier haben, welche wir uns hier nun vergeben wollen.

Und jetzt versucht man hier mit Abänderungsanträgen in der Botschaft, der Bevölkerung etwas schmackhaft zu machen, über welches sie schon einige Male abgestimmt haben und dies bis jetzt auch immer bestätigt hat.

Ich gehe kurz auf die Anträge ein:

- Der schlimmsten finde ich Antrag 1. Eine frühere Volksabstimmung nicht zu erwähnen, das ist höchst fragwürdig und ich kann nicht nachvollziehen, warum man der Bevölkerung nicht sagen kann, dass sie schon einmal darüber abgestimmt hat. Das wäre eigentlich nichts als Richtig. Darum würde ich dies gerne als Pro-Argument in der Botschaft aufgeführt haben, dass die Bevölkerung schon mehrfach darüber abgestimmt hat, mit Nennung der Abstimmungsdaten und dass sie dabei immer bestätigt hat, dass der Spez-Sek-Unterricht in der Lerbermatt stattfinden soll.
- Dann zum Antrag 3, da möchte ich von der GPK noch wissen, wann genau und was hier beschlossen wurde, was sie hier aufführen möchte. Der andere Antrag der GPK ist von mir aus gesehen unbestritten.
- Antrag 4: Seit wann entscheiden die Gegner einer Initiative, was diese genau fordert. Es ist höchst eigenartig, dass hier die Gegner der Initiative den Initianten Worte in den Mund legen wollen.
- Antrag 6: Es ist nun mal einfach eine Tatsache, dass dies so stattfindet und in Zukunft wegfällt. Und darum auch hier ein Pro-Argument für in die Abstimmungsbroschüre: An der Lerbermatt ist ein direkter Erfahrungsaustausch mit Gymnasiastinnen und Gymnasiasten möglich (Schwerpunktfachwahl).
- Antrag 7: Ich bin erstaunt, dass hier kein Antrag zu dieser Grafik gekommen ist. Das ist nun wirklich etwas, welches Personen, welche nicht so textaffin sind oder nicht gerne lesen und lieber Grafiken oder Bilder anschauen, ein bisschen von der Wahl ausschliesst. Ich finde dies schade und darum hier noch die Frage an den Gemeinderat, ob es noch möglich wäre, der Redaktionskommission hier einen Auftrag zu geben, diese Grafik nur anzupassen und nicht einfach ganz wegzulassen.
- Antrag 8: Auch hier als Pro-Argument: Die Spez-Sek-Klassen an der Lerbermatt sind ausgeglichene Klassen, in welchen konstante und gute Lernerfolge erzielt werden.
- Antrag 14: Pro-Argument: Sämtliche Schülerinnen und Schüler werden in der Lerbermatt in allen Fächern auf Spez-Sek-Niveau unterrichtet.
- Antrag 15: Warum soll man diese Integration hier streichen? Wenn dies ja gar nicht das Ziel sein soll, dann verstehe ich gar nicht, warum man die Spez-Sek Lerbermatt überhaupt abschaffen will. Das ist mir ein Rätsel.
- Antrag 16: Dass man hier die Redaktionskommission beauftragen soll, dies zu untersuchen, erachte ich als sehr anmassend. Es ist so, dass man die gymnasiale Infrastruktur benutzen kann, da reicht ein Telefon oder eine Anfrage bei der Schulleitung. Warum man hier die Redaktionskommission mit so etwas beauftragen will, so etwas habe ich wirklich in diesem Parlament noch nie erlebt. Darum auch hier noch ein Pro-Argument: Die gymnasiale Infrastruktur in der Lerbermatt steht auch den Spez-Sek-Klassen zur Verfügung. Und: Die Spez-Sek Schülerinnen und Schüler können bei einer Ablehnung nicht mehr von der Nähe des Gymnasiums und von der entsprechenden Infrastruktur profitieren (Fachräume, Schulmaterial, Sport).
- Antrag 18: Pro-Argument: Der Unterricht würde bei einer Ablehnung nicht mehr im gymnasialen Umfeld des Gymnasiums Lerbermatt und nicht mehr in undurchlässigen, homogenen Klassen stattfinden. Ein ähnliches Schulangebot mit homogenen Spez-Sek-Klassen, die organisatorisch einem Gymnasium angegliedert sind, führt keine andere Gemeinde im Kanton Bern. Und ja, das ist ein Pro-Argument. Das ist ein Alleinstellungsmerkmal, welches Köniz bieten kann und welches sonst niemand hat. Warum man dies abschaffen will, ist mir wirklich ein Rätsel.
- Antrag 20: "*Generiert möglicherweise hohe Kosten*", verwirrt .." Mich verwirrt nur, dass man dies immer noch als Kosteneinsparmassnahme deklarieren will. Wir haben im nächsten Traktandum ein Schulhausprojekt und wer immer noch behaupten will, eigener Schulraum sei günstiger, als das, was wir hier in der Lerbermatt haben, da kann ich wirklich nur noch den Kopf schütteln.

Schlussendlich hat man wohl wirklich einfach nur Angst vor den eigenen Wählern. Und nein, es ist nicht etwas Spezielles, welches wir dort haben, aber es ist gut und manchmal reicht "gut" auch einfach. Darum: Ich kann nicht verstehen, warum wir als Könizer einen deutlichen Mehrwert für unsere Bevölkerung, welcher verhältnismässig günstig und sehr wertvoll ist, warum man diesen einfach abschaffen will. Wir haben keine Not dafür, wir müssten dies nicht machen.

Rahel Gall, SP-Frauen: Ich will gerne noch etwas zu den Anträgen sagen. Diese wurden jetzt ja ziemlich heftig kritisiert. Zuvor habe ich aber noch eine Bemerkung: Und zwar wird von euch sehr betont, dass diese Schülerinnen und Schüler wählen und entscheiden können, wo sie hingehen wollen. Das stimmt wohl. Aber etwas kann ich mir nicht erklären: Warum wählen 95% der Spez-Sek Schüler:innen des einen Ortsteils, in die Lerbermatt zu gehen und im anderen Ortsteil wählen das nur 5%? Warum gibt es diesen Unterschied? Sind dies einfach Schüler und Schülerinnen, welche anders

wählen? Es könnte sein, dass es hier noch einen anderen Zusammenhang und andere Einflussfaktoren gibt.

Ja, das Thema Lerbermatt ist für unsere Gemeinde ganz wichtig und darum sind wir der Meinung, dass die Wählenden Anspruch auf eine sachgerechte, klare und auf eine objektive Darstellung der Tatsachen im Rahmen der Botschaft haben. Ich danke für die Arbeit zur Ausarbeitung der Botschaft - wir sind aber zum Schluss gekommen, dass mit dieser Botschaft, so wie sie jetzt vorliegt, diese Objektivität nicht gegeben ist. Im Gegenteil, wir empfinden die Botschaft als tendenziös ungenau und teilweise missverständlich formuliert. Und darum haben wir uns gemeinsam mit den Grünen und der GLP entschieden, so viele Anträge zu stellen, weil wir der Meinung sind, dass die Bevölkerung Anspruch auf eine sachgerechte und objektive Darstellung hat. Nicht etwa, weil wir Angst vor unseren Wähler:innen haben oder weil wir verwässern wollen, sondern weil wir den Wählerinnen und Wählern die Möglichkeit geben wollen, gut informiert zu sein, um danach selber ihre Meinung bilden zu können um dann basierend auf ihren Informationen abzustimmen.

Ich will zu vier Anträgen kurz etwas sagen:

- Das erste betrifft den Antrag 8: Der Satz "Die Spez-Sek-Klassen an der Lerbermatt sind somit ausgeglichene Klassen, in welchen konstante und gute Lernerfolge erzielt werden." Dieser Satz muss aus drei Überlegungen gestrichen werden:
 1. Dieser Satz impliziert, dass an den anderen Schulen keine konstanten, keine guten Lernerfolge erzielt werden können. Falls das stimmen würde, dann hätten wir dort ein Problem.
 2. Der Nutzen von homogenen Klassen ist in der Wissenschaft umstritten, das wurde auch so bestätigt. Für starke Schülerinnen und Schüler macht es keinen grossen Leistungsunterschied, ob es heterogene oder homogene Klassen sind, damit sie gute Lernerfolge erreichen. Demgegenüber ist für schwächere Schülerinnen und Schüler ein heterogenes System sehr förderlich.
 3. Dies hat Monika Röthlisberger bereits ausgeführt: Auch in der Lerbermatt können Klassen heterogen sein, denn es gibt zehn Fächer, zwei von diesen zehn Fächern sind promotionsrelevant und die Stärken und Schwächen in den anderen Fächern sind sehr unterschiedlich – auch in der Lerbermatt.
- Eine Bemerkung zur Infrastruktur: Die gymnasiale Infrastruktur kann genutzt werden. Da möchten wir tatsächlich eine Erklärung, wie und wie oft diese Infrastruktur tatsächlich gebraucht wird und inwiefern dies einen pädagogischen Nutzen hat. Und abgesehen davon bleibt unerwähnt, dass auch die Oberstufenzentren infrastrukturelle Vorteile gegenüber der Lerbermatt haben. So hat die Lerbermatt zum Beispiel keine Küche für den WHA-Unterricht.
- Antrag 17: Dort stören uns die Schlagwörter "leistungswillig", "leistungsorientiert" und "begabt" – dies stört uns im Zusammenhang mit der Lerbermatt. Es stört uns nicht, dass diese im Zusammenhang mit der Lerbermatt hier stehen, das stimmt sicherlich, aber sie suggerieren – das ist wieder etwas ähnlich, wie das, was ich zuvor gesagt habe – dass Spez-Sek-Schüler:innen, welche sich für die Oberstufe entscheiden oder Real- und Sekschüler und -schülerinnen, nicht leistungswillig sind, dass sie nicht begabt sind und das ist einfach tendenziös, das sind Unterstellungen. Ich finde, das darf nicht in einer Botschaft stehen, welche wir als Parlament der Bevölkerung weitergeben.
- Bei Antrag 19 sind wir zudem der Meinung, dass dieser Absatz zur gesellschaftlichen Meinung angeschaut werden sollte. Denn gesellschaftliche Meinungen sind für die Botschaft nicht sehr relevant. Wissenschaftliche Erkenntnisse wären sehr gut, diese sollten aufgenommen werden und basierend auf diesen wissenschaftlichen Erkenntnissen können dann die Wählerinnen und Wähler sich eine eigene Meinung bilden.

Wir von der SP/JUSO-Fraktion unterstützen sämtliche Anträge.

Casimir von Arx, GLP: Es sind tatsächlich viele Anträge, das ist ungewöhnlich. Umgekehrt muss man aber auch sagen, dass es uns so vorkam, als ob hier der Korrekturbedarf auch deutlich grösser ist als sonst und dass Fakt und Meinung klarer getrennt werden müssen. Für die Meinung haben wir ja die Pro- und Contra-Seite. Reto Zbinden hat hier ja einige Sachen eingebracht, welche man dort gut reinton kann.

Noch eine Anmerkung, die Bevölkerung hat genau *einmal* über die Spez-Sek abgestimmt.

Vielleicht hilft euch das nicht viel, doch wir hatten zu Beginn noch viel mehr Anträge und haben diese ziemlich zusammengekürzt. Was ich auch noch ergänzen möchte ist, dass ich diesen Affront gegenüber der GPK offen gestanden als einen etwas gesuchten Vorwurf empfinde.

Ich begründe einige weitere Anträge, wir haben diese aufgeteilt:

- Antrag 5: Was machen eigentlich die anderen? Es ist klar, die anderen haben nicht immer Recht, aber wenn inzwischen alle anderen Gemeinde und Städte im Kanton Bern, welche früher ein Untergymnasium oder ein Volksschulangebot im Umfeld eines Gymnasiums hatten, dieses Angebot eingestellt haben, dann spricht dies nun mal Bände. Daran sieht man übrigens auch, dass die Gemeinde Köniz wegen der Abschaffung der Spez-Sek Lerbermatt nicht eine Angebotslücke im Vergleich mit anderen Gemeinden in unserem Kanton bekommt. Aus diesen Gründen handelt es sich um eine wichtige Information, welche in das Kapitel "Das Wichtigste in Kürze" gehört.
- Antrag 12: In diesem Abschnitt auf Seite 11 wird ausgeführt, wie die Oberstufenschulen mehr Spielraum für ihr Spez-Sek-Angebot erhalten, wenn die Spez-Sek Lerbermatt wegfällt. Das ist zum einen wichtig, weil es zeigt, dass eine Ablehnung der Initiative dort zu einer Stärkung des Spez-Sek-Angebots führt und zwar auch für die leistungsstarken Schülerinnen und Schüler. Zum anderen zeigt es, dass wir in unserer Oberstufenbildungslandschaft eine Verzettelung haben und die Ressourcen nicht wirkungsvoll einsetzen, wenn wir neben den Oberstufenschulen auch noch eine separate Schule nur für das Spez-Sek-Niveau betreiben. Was in diesem Abschnitt noch fehlt ist ein Fazit, das wird mit diesem Antrag ergänzt.
- Antrag 14: Das ist ein Thema, welches wir bereits zuvor angesprochen haben. Das Spez-Sek-Niveau wird anhand der Fächer Deutsch, Französisch und Mathematik definiert. In den weiteren Fächern gibt es grundsätzlich kein Spez-Sek-Niveau. Und weitere Fächer gibt es diverse: Englisch, Natur und Technik, Räume, Zeiten, Gesellschaften, Ethik, Religion und Gemeinschaft, Medieninformatik, Arbeitstechnik, bildnerisches Gestalten, technisches Gestalten, Bewegung und Sport, Musik, Band, Wirtschaft, Arbeit, Haushalt. Deutsch, Französisch und Mathematik machen an der Spez-Sek Lerbermatt deutlich weniger als die Hälfte aller Wochenlektionen aus. Und gerade bei motorischen, technischen oder musischen und gestalterischen Fächern ist nicht einzusehen, warum das Unterrichtsniveau an der Spez-Sek Lerbermatt höher sein soll, als an den Oberstufenschulen. Die Behauptung, an der Lerbermatt würden sämtliche Fächer auf Spez-Sek-Niveau unterrichtet, ist somit faktenwidrig oder bestenfalls irreführend.
- Ich komme zum Antrag 18: Es ist korrekt, dass alle Schülerinnen und Schüler an der Spez-Sek Lerbermatt Spez-Sek-Niveau haben. Und dass diese Klassen insofern homogen sind. Es ist auch unbestritten, dass dieser Fakt in der Botschaft erwähnt werden soll. Allerdings wird das Adjektiv "homogen" zur Beschreibung der Spez-Sek-Klassen Lerbermatt eher inflationär verwendet, als ob man diese Homogenität immer wieder betonen müsste. Das scheint uns nicht notwendig. Zudem gibt es auch am OZK homogene Spez-Sek-Klassen. Formulierungen, welche also suggerieren, dass die Homogenität ein Alleinstellungsmerkmal der Spez-Sek Lerbermatt sind, sind daher zu berichtigen. Die Redaktionskommission soll in diesem Sinne nochmals über die Botschaft gehen.
- Antrag 20: Am Ende der Botschaft stehen zwei Absätze zum Thema Schulraum und Finanzen. Wie dort richtig ausgeführt wird, sind die Finanzen nicht der springende Punkt in dieser ganzen Diskussion. Es ist wichtig, dies zu erwähnen, damit die Stimmberechtigten sehen, dass es um eine pädagogische Frage geht. So weit, so gut. Aber so, wie es jetzt hier steht, stiftet diese Erklärung eher Verwirrung. Zuerst heisst es, der Gemeinderat rechne mit Einsparungen, welche aber nicht so gross sind. Dann heisst es, der nötige Schulraum könne in den vorhandenen oder sowieso geplanten Schulinfrastrukturen der Gemeinde zur Verfügung gestellt werden. Und dann steht: "dies generiert möglicherweise höhere Kosten." Ja, was denn jetzt? Welche Kosten hier gemeint sein sollen, erschliesst sich aus dem Text nicht, denn offenbar wird ja sowieso genügend Schulraum gebaut. Zudem ist unklar, ob jetzt der Gemeinderat mit einer kleinen Einsparung oder mit eventuellen Mehrkosten rechnet. Da muss die Redaktionskommission nochmals darüber. Wenn es nur darum geht zu sagen, dass man die Kosten oder die finanziellen Folgen nicht genau abschätzen kann, dann kann man diesen Satz auch einfach streichen, denn im ersten Absatz steht ja bereits, dass sich die finanziellen Folgen nicht abschliessend und präzise beziffern lassen.

Und jetzt noch, weil Aussagen gekommen sind, welche als Pro-Argumente einfließen könnten, noch zwei Contra-Argumente zu diesen:

- In den meisten Fächern gibt es gar kein Spez-Sek-Niveau, nur in Mathematik, Französisch und Deutsch ist dies definiert. Es gibt keinen Grund zur Annahme, dass das Unterrichtsniveau in motorischen, technischen und musischen Fächern an der Spez-Sek Lerbermatt höher ist, als an den Oberstufenschulen.
- Die Befürworter leiten in die Irre, wenn sie behaupten, die Initiative helfe gegen die Probleme im Zusammenhang mit der schulischen Integration. Die Initiative hat nichts mit schulischer Integration zu tun.

Monika Röthlisberger wird auf diesen zweiten Punkt noch genauer eingehen.

David Müller, Grüne: Zu diesem Traktandum hatte ich eigentlich nicht vor, etwas zu sagen, aber ich will jetzt trotzdem noch ein, zwei Sachen richtig stellen.

Ich habe selber in der Lerbermatt die Spez-Sek besucht, ich denke, es ist soweit gut herausgekommen, immerhin kann ich heute Abend an diesem Rednerpult stehen. Ich denke aber, es wäre auch anders wohl gar nicht so schlecht herausgekommen. Wir wissen es nicht, doch um das geht es heute Abend ja auch gar nicht.

Ich will zum Punkt von Dominic Amacher erwidern, dass so viele in die Spez-Sek Lerbermatt gehen würden, weil sie an der Oberstufenschulen keine Perspektiven sehen würden: Das war bei mir definitiv nicht der Grund und, so viel ich weiss, auch bei vielen meiner Mitschüler und Mitschülerinnen nicht. Es geht etwas in Richtung des Punktes von Matthias Müller, "Voting by Feet". Ja, natürlich, die Zahlen zeigen, es wählen viele diesen Weg. Wie wir aber zuvor von Rahel gehört haben, ist dies auch sehr unterschiedlich je nach Herkunft und – auch aus eigener Erfahrung kann ich hier sagen - diese "Feet" haben eine gewisse Gruppendynamik, welche alles andere als bildungspolitisch oder wie auch immer motiviert ist, sondern schlichtweg "wen kenne ich, der dort auch hingehet".

Und auch in diesem Alter: Ich konnte mir doch selber überhaupt nicht vorstellen, wie dies genau ist, wenn ich in der 7. Klasse in diesem Schulhaus oder in einem anderen bin, was hat dies genau für Konsequenzen? Das ist sehr schwer abzuschätzen, dementsprechend kommen umso mehr die gruppendynamischen Themen oder auch die Nähe zum Tragen - letzteres war auch bei mir ein Punkt, welcher damals für die Lerbermatt gesprochen hat. Ich will hier – und da sind wir wieder bei der Mythosbildung –noch etwas entgegen sprechen. Es erzählt sich schön, doch es ist sicherlich die Frage, inwiefern dies auf die Gesamtheit der Schülerinnen und Schüler zutrifft.

Dann noch zum Punkt, welcher verschiedene Male genannt worden ist: An der Spez-Sek Lerbermatt, dort werde immerhin Spez-Sek-Unterricht unterrichtet. Ja, das kann sein, doch das ist ja für gewisse Schülerinnen und Schüler genau das Problem und dies ist in gewissen Fächern eben nicht das Richtige. Und da hat man dann das Problem, wenn man eine Klasse nimmt, in welcher, sagen wir mal in der Mathematik, ein Grossteil bestens auf dieses Spez-Sek-Niveau vorbereitet ist, aber es hat einen gewissen Teil, der dies überhaupt nicht ist, diese profitieren von dieser Situation nicht, sondern werden im Unterricht abgehängt und können eben nicht auf dem Niveau unterrichtet werden, welches für sie sinnvoll wäre. Dementsprechend auch hier: Es ist faktisch falsch, wenn man sagt – das wurde auch als Pro-Argument genannt - allen werde man so am Besten gerecht. Das stimmt einfach nicht.

Parlamentspräsidentin Tatjana Rothenbühler: Bevor Monika Röthlisberger zum Wort kommt, muss ich noch eine Mitteilung an das Publikum machen. Film- und Tonaufnahmen sind nicht erlaubt, wenn man es nicht vorgängig beantragt hat und dem nicht zugestimmt worden ist. Ich bitte das Publikum, nicht irgendwelche Posts zu machen und dies jetzt zu unterlassen.

Monika Röthlisberger, Grüne: Ich komme noch zum Rest der Änderungsanträge und was es mit diesen auf sich hat. Zuvor noch kurz eine Bemerkung zu Reto Zbinden: Durchmischung und Durchlässigkeit ist nicht unbedingt dasselbe. Durchmischung wäre einfach eine wilde Mischung. Durchlässigkeit hat eine gewisse Ordnung, dass man in einer Gruppe ist und dann in eine andere auf- oder absteigen kann, je nach Bedarf.

- Antrag 1: Dieser wurde bereits erwähnt und da bin ich einig, das gehört definitiv zu den Pro-Argumenten und darum wollen wir diese ersten zwei Sätze auch streichen. Es ist für uns so, dass man das Gefühl hat, dass die Spez-Sek Lerbermatt eine Art Untergymnasium sein könnte. Es gibt zwar Gemeinsamkeiten zwischen der Spez-Sek Lerbermatt und dem früheren Untergymnasium, aber auch bedeutende Unterschiede. Und das damalige und heutige Schulsystem in der Oberstufe sind überhaupt nicht mehr deckungsgleich. Darum haben wir das Gefühl, dass dies irreführend ist. Und auch die Volksabstimmung - das ist gut als Pro-Argument, das finden wir vollkommen in Ordnung - aber nicht als zweiter Satz unter "Das Wichtigste in Kürze". Das ist ja nicht ein Hauptargument, warum man jetzt wieder gleich abstimmen soll, wie das letzte Mal. Und damit der dritte Satz wieder verständlich ist, muss man diesen etwas umformulieren, so wie wir dies vorschlagen, da es dann neu wieder der erste Satz wird.
- Antrag 2: Hier hat der Gemeinderat aus seiner Perspektive verständlicherweise passiv formuliert, das sei begründet worden, weil er sich ja natürlich von dieser Begründung distanziert, denn dies ist ja die Begründung des Parlaments. Aber eigentlich ist dies jetzt ja die Botschaft des Parlaments und darum muss man dies jetzt aktiv drehen und die Perspektive einer Mehrheitsposition sprechen lassen.

- Antrag 6: Dieser Satz stammt ziemlich genau von der Webseite des Vereins Pro Spez-Sek Lerbermatt. Das ist hier nicht wirklich zielführend und wir finden, das kann man auch unter Pro-Argumente aufführen. Dort ist dies natürlich in Ordnung. Denn der Austausch mit den Gymnasiasten ist nicht institutionalisiert und ich kann mir nicht vorstellen – und ihr vielleicht auch nicht, wenn ihr 13-, 14jährige zu Hause habt - dass diese in der Pause zu den Grossen gehen und sagen "hey, wie siehst du dies mit den Schwerpunktfächerwahl, könnten wir hier mal darüber sprechen?". Die zukünftigen Gymnasiasten informieren sich an diesen Informationsveranstaltungen, welche alle Gymnasien machen. Und diese Informationsveranstaltungen sind sehr erfolgreich und dort sind tatsächlich auch Gymnasiasten vor Ort, welche über ihre Schwerpunktfächerwahl berichten. Diese Veranstaltungen stehen allen Oberstufenschülern offen, also sowohl jenen von der Spez-Sek Lerbermatt, als auch jenen von den Oberstufenschulen. Von daher ist dies dort sehr gut aufgegleist und muss hier nicht stehen, als ob auf dem Pausenplatz die ganze Zeit über solche Sachen gesprochen werden würde.
- Antrag 9: Bildung zu erhalten, welche den eigenen Fähigkeiten entspricht, das ist eine Chance, das sehen wir natürlich auch so. Aber das ist ja eigentlich genau das Charakteristikum eines durchlässigen Modells und dort bekommt man es ja a priori. Und wenn man dies jetzt hier als Vorteil der Spez-Sek Lerbermatt darstellt, dann könnte man ja meinen, man schießt zuerst jemanden ins Wasser, um ihn danach zu retten und um zu sagen, wie gut man Retten könne. Darum finden wir, dass man dies streichen sollte.
- Antrag 11: Da haben wir das Gefühl, es ist so klarer, wie wir dies geschrieben haben und es besteht vor allem keine Verwechslungsgefahr mit schulischer Integration. Schulische Integration ist hier definitiv nicht das Thema – ich kommt gleich noch darauf – darum wollen wir das Wort "Integration" gestrichen haben.
- Antrag 15: Hier geht es um die schulische Integration. Das wollen wir überall an diesen Stellen gelöscht haben, denn schulische Integration, darunter versteht man, dass Schüler:innen mit besonderem Bildungsbedarf, jetzt, wenn immer möglich in den Regelklassen unterrichtet werden. Die gesetzliche Grundlage ist hier das Behindertengleichstellungsgesetz und das hat nichts, aber auch gar nichts mit unserer Diskussion hier zu tun, ob man Oberstufenschüler mit unterschiedlichem Niveaueinteilungen in durchlässige oder undurchlässige Modellen unterrichtet, da nämlich die Oberstufenzentren und auch die Spez-Sek Lerbermatt beides Regelschulen sind, welche beide, alle Schüler:innen mit besonderem Bildungsbedarf integrieren. Insofern sind auch die Spez-Sek Klassen integrativ und haben ihre Integrationsprojekte. Wir wollen hier einfach nicht Äpfel mit Birnen vermischen und streichen darum alle Stellen mit dem Wort "integrativ".

GPK-Referentin, Franziska Adam: Reto Zbinden hat die drei Punkte der GPK noch erwähnt. Vielleicht erkläre ich diese auch noch kurz.

- Antrag 3: Dieser betrifft ja "Das Wichtigste in Kürze". Bei den ausführlichen Erklärungen steht, dass die Schulkommission und die Schulleitungen für eine Stärkung der Spez-Sek-Angebote an den Oberstufen sind und da war die GPK der Ansicht, das man dies dort nochmals integrieren sollte. So können dies auch jene Leute sehen, welche nur das Wichtigste in Kürze lesen. Es ist also eigentlich wie selbsterklärend.
- Antrag 7: Diesen Punkt haben wir in der GPK lange diskutiert. Es wurde gesagt, man sollte hier eine andere Grafik nehmen. Wir haben dies mit der Verwaltung angeschaut, welche fand, dass diese Grafik eigentlich klar sei. Doch wir von der GPK sind der Meinung, dass diese nicht selbsterklärend ist, weshalb wir beantragen, diese zu streichen.
- Antrag 10: Dies ist im Grunde auch selbsterklärend. Für die Spez-Sek-Klassen beider Modelle gilt derselbe Lehrplan.

Dominic Amacher, FDP: Ich möchte im Namen der FDP auch noch kurz Position beziehen, betreffend der Botschaft. Es wurde jetzt sehr viel diskutiert und auch wir sind der Meinung, dass hier Tatsachen gestrichen werden, welche die Stimmbevölkerung wissen sollte. Für uns ist dies eine Verwässerung der Botschaft und das ist sehr fragwürdig. Man darf nicht gewisse Sachen unterschlagen, weil es einem einfach nicht passt. Das akzeptieren wir nicht.

Wir haben auf der einen Seite auch den zurückgezogenen Vorstoss, welchen man hier auf drei Seiten abbildet, das akzeptieren wir auch, aber auch hier könnte man diskutieren, ob dies überhaupt einen Zusammenhang hat. Man hat diese Plattform nun mal geboten, denn es geht ja darum, dass das Parlament eine ausgewogene Botschaft präsentiert, unabhängig von der persönlichen Meinung. Und da haben wir das Gefühl, das wird hier jetzt alles gedreht. Da macht man eine Botschaft, welche nicht mehr würdig ist und das ist für uns gar kein guter Weg.

Wir überfordern so das politische System. Es kann nicht sein, dass die GPK in zwei Lesungen eine Botschaft begutachtet, Empfehlungen an das Parlament abgibt und dann wird dies alles nochmals überarbeitet. Das geht nicht, das wollen wir nicht, das ist eine Demütigung der GPK, das sehen wir definitiv so, denn so war alles für die Katze, was die GPK gemacht hat.

Natürlich hat auch der Verein eine Seite zur Verfügung erhalten, aber ihr wisst, diese müssen bis heute Abend ihre Argumente einreichen. Und gleichzeitig beauftragt das Parlament die Redaktionskommission, ich schaue jetzt dich als Präsidentin an, Claudia Cepeda. Mir wäre nicht wohl dabei. Denn hier werden Aufträge erteilt, um noch politische Abklärungen zu machen. De facto wissen wir heute im Parlament noch nicht ganz genau, was abschliessend in der Botschaft stehen wird und das geht nicht. Das akzeptieren wir nicht und da finde ich, das nimmt ein Ausmass an, mit welchem wir nicht weiterfahren wollen. Warum man hier der Redaktionskommission quasi die Verantwortung abschieben will, das können wir nicht nachvollziehen.

Und wir wollen hier auch zu Protokoll geben, dass wir diese Abänderungsanträge inhaltlich auf ihre Korrektheit hinterfragen und wir erwarten, dass die Redaktionskommission die zuständige Direktion zur Beratung bezieht inkl. des Direktionsvorstehers. Ich würde empfehlen, dass man dies macht.

Wir werden diese Anträge ganz klar ablehnen und für uns ist dies eine riesige Verwässerung, welche wir nicht unterstützen können.

Claudia Cepeda, SP-Frauen: Als Präsidentin der Redaktionskommission kann ich es nicht unterlassen, jetzt etwas zu sagen: Ich sehe es nicht so, dass wir eine Botschaft verabschieden, bei welcher wir nicht wissen, was drin steht. Es ist eine Delegation an uns, wir sind gewählt, wir setzen uns aus verschiedenen Parteien zusammen. Und zur Information: Bei uns ist immer ein betroffenes Verwaltungsmittglied mit dabei wie auch der zuständige Gemeinderat und ich bin überzeugt, wir werden eine ausgewogene gute Lösung für diese Botschaft finden.

Gemeinderat, Hans-Peter Kohler: Ich denke, ich sollte schon noch etwas zur Spez-Sek sagen, das wäre sonst gar nicht gut, sonst würde mich meine Frau nicht mehr nach Hause lassen.

Jetzt im Ernst: Zuerst etwas Allgemeines, was ich sagen möchte. Im Zentrum steht ja diese Volksbotschaft. Es geht vor allem darum, die Pro- und Contra-Voten zu sammeln, ins Abstimmungsbüchlein zu bringen und die Redaktionskommission baut dies dann ein, so wie die Argumente des Initiativkomitees auch einfließen.

Dem Gemeinderat ist es ein grosses Anliegen, dass man dem Volk eine ausgeglichene Botschaft vorlegt, damit sich die Bürgerinnen und Bürger von Köniz eine Meinung bilden können und da haben die Befürworter und die Gegner das Recht, dass sie ausgeglichen in dieser Botschaft abgebildet werden. Ich wiederhole dies noch einige Male, diese Ausgeglichenheit ist dem Gemeinderat sehr wichtig. Und um dieser Ausgeglichenheit gerecht zu werden, hat man auch zwei Lesungen gemacht – ich wiederhole dies bewusst nochmals – wir hatten es zweimal im Gemeinderat, wir hatten es zweimal in der GPK, man hat sich ziemlich gut gefunden, bis auf einige Sachen, da komme ich noch darauf zu sprechen. Dieser Prozess war gut und man hat auch auf Augenhöhe gesprochen und diskutiert. Zwei Lesungen.

Der Gemeinderat ist klar der Meinung, dass die vorliegende Variante diese Ausgewogenheit aufweist und ging eigentlich davon aus, dass auch das Parlament diese Ausgewogenheit der Botschaft anstrebt. Das ist Usus und ordnungspolitisch korrekt – nicht nur in kommunalen Abstimmungen, das ist auch bei kantonalen und eidgenössischen Abstimmungen so. Leider zeigen jetzt diese Anträge von Links-Grün in eine ganz andere Richtung, ich komme später noch auf einige Punkte zu sprechen.

Noch etwas ergänzend zu den zwei Lesungen in der GPK: In einem Punkt waren wir uns nicht einig, weswegen ich diesen hier noch erwähne. Es ging um die Formulierung wegen der Abwanderung in Privatschulen. Für den Gemeinderat besteht durchaus die Möglichkeit, dass einzelne Kinder bei der Aufhebung der Klassen an der Lerbermatt, in Privatschulen abwandern. Wir erachten das auch jetzt weiterhin als Möglichkeit. Die Spez-Sek-Klassen Lerbermatt bestehen seit einem Vierteljahrhundert, das kann man nicht wegdiskutieren. Seit 25 Jahren funktioniert dies und immerhin die Hälfte der Schülerinnen und Schüler entscheiden sich, dort den weiteren Weg einzuschlagen. Das hat Gründe und wie weit ein rein politischer Entscheid diese Leute einfach so umstimmt, das wissen wir nicht. Das weiss der Gemeinderat auch nicht, aber es ist möglich. Ich habe bereits verschiedene Gespräche mit Eltern geführt, welche sich diese Überlegungen machen, je nachdem, wie diese Abstimmung herauskommt. Deswegen wollten wir dies drin haben. Der Gemeinderat will aus all diesen Gründen eine ausgewogene Botschaft und eine ausgewogene Botschaft ist jene, welche euch in der Form, wie sie der Gemeinderat verabschiedet hat, vorliegt.

Jetzt zu den Anträgen von Links-Grün: Hier ist es auch meine Pflicht als Bildungsvorsteher in Köniz etwas dazu zu sagen und das ist jetzt unabhängig davon, ob ich für oder gegen die Spez-Sek bin. Ja, ich bin für die Spez-Sek - und ich bin nicht der einzige Gemeinderat, welcher für die Spez-Sek ist - aber es kann dann ja auch nicht sein, dass irgendwelche Sachen gesagt werden, geäussert werden oder welche man streichen will, welche nicht den Tatsachen entsprechen. Und das hat alles mit der Ausgeglichenheit der Botschaft zu tun. Das geht einfach nicht. Man will jetzt Formulierungen, zum Teil ohne oder mit schlechten Begründungen aus der Botschaft streichen und dann haben wir genau das Problem, welches der Gemeinderat verhindern wollte: Keine ausgeglichene Botschaft mehr.

Ich verweise bewusst auf Art. 46 des Geschäftsreglements des Parlaments zum Thema Botschaften an die Stimmberechtigten, betreffend Inhalt und Gestaltung, Ziffer 1: "Botschaften sollen den wesentlichen Inhalt einer Vorlage umschreiben und deren Vor- und Nachteile objektiv wiedergeben." Das steht dort und hier müssen wir besorgt sein, ob dies noch so ist. "Objektiv" bedeutet sachlich, unvoreingenommen und unparteiisch. Und da hat man noch zu tun, was man mit dem macht, was hier auf dem Tisch liegt.

Zu den Anträgen muss ich noch etwas sagen: Die wichtigen Fakten zur Geschichte, welche der Gemeinderat in der Botschaft haben wollte, diese einfach rauszunehmen, da ist die Ausgeglichenheit nicht mehr gegeben und es ist doch sehr fraglich, dass man dies dem Stimmvolk einfach vorenthalten will.

Ich gehe übrigens nicht auf alle Anträge ein, sondern ich will einfach zu den meisten Sachen etwas sagen und hoffe, dass diese zehn Minuten ausreichen. Danach möchte ich noch etwas zu den Einzelvoten sagen. Die Präsidentin ist vielleicht so nett, mir noch eine Minute mehr zu geben.

- Antrag 3 GPK: Dass sich die Schulleitungen und die Schulkommission für die Abschaffung ausgesprochen hat, steht bereits auf Seite 11 der Botschaft in der Mitte. Das könnt ihr dort nachlesen. Es ist also nicht unbedingt ein Mehrwert, wenn man dies nochmals macht, aber das könnt ihr dann entscheiden. Doch es ist an einem anderen Ort bereits aufgeführt.
- Antrag 4, wegen der Bildungsvielfalt: Es ist natürlich relevant. Die Initiative will ja diese Vielfalt erhalten inkl. Wahlfreiheit. Da ist ja die Ausgeglichenheit wieder nicht gegeben.
- Antrag 5: Hier stimmt etwas zeitlich nicht. Da steht ja: "Damit stellt Köniz als letzte Gemeinde im Kanton das Volksschulangebot im Umfeld des Gymnasiums ein." Liebe Leute, zuerst kommt die Volksabstimmung und dann sehen wir, ob dem so ist. Die Formulierung stimmt so aus meiner Sicht nicht. Und ich bin persönlich als Bildungsvorsteher nicht unglücklich, dass man ein solches Angebot hat, auch wenn es das letzte im Kanton ist.
- Noch zum Austausch mit den Gymnasiasten, auch das will man streichen: Das ist doch einfach die Realität. Ich kann doch nicht sagen, das sei nicht richtig, man soll das streichen, wenn dies der Realität entspricht. Sprecht mit den Kindern. Und die Spez-Sek Lerbermatt ist ein Teil der Könizer Volksschule, das kann ich nicht zulassen, dass einfach Sachen rausgestrichen werden, welche nun mal einfach stimmen. Das ist die Realität.
- Antrag 7 GPK zur Grafik: Ja, da könnten wir jetzt noch manche Stunde reden, wir haben ja bereits in der GPK darüber gesprochen. Es ist so, für Bildungsinteressierte, welche etwas tiefer in dieses Bildungssystem sehen, ist diese Grafik sicherlich wertvoll. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass alles korrekt abgebildet ist, das hast du ja zuvor auch ähnlich so gesagt. Jetzt könnt ihr über das entscheiden. Die Grafik stimmt aber, man kann alles sehen und wir dachten, das sei ein Mehrwert für die Abstimmenden.
- Antrag 8 betr. ausgeglichenen Klassen: Auch das ist einfach nun mal die Realität. Das kann man dort anschauen. Warum auch hier den Satz streichen?
- Antrag 5: Mit diesem Antrag wird die Ausgeglichenheit der Botschaft weiter angekratzt.
- Antrag 10 GPK, Lehrplan 21: Die GPK möchte es noch ein zweites Mal aufführen. Ich will dazu einfach sagen, auf Seite 5 oben, steht bereits, dass für alle der Lehrplan 21 gilt. Das wollte man also nicht vorenthalten.
- Antrag 12, zur Stärkung: Wie schlussendlich eine neu organisierte Spez-Sek operativ inklusive pädagogischen Inhalten und Konzepten an den Oberstufen nach einer gewissen Zeit aussehen wird, das weiss ich nicht - das weiss auch niemand hier drin. Das muss man zuerst einmal anschauen und dann die Stärkung beurteilen. Wenn ihr schon Sachen streichen wollt, welche in der Realität angeschaut werden kann, dann muss man auch schauen, wie die Stärkung schlussendlich aussieht. Es ist auch nicht ausgeglichen, wenn man einfach sagt, das ist eine Stärkung, aber das ist nicht anders ausformuliert.
- Antrag 14, Streichung der Aussage "An der Spez-Sek Lerbermatt werden sämtliche Schülerinnen und Schüler in allen Fächern auf Spez-Sek-Niveau unterrichtet." Ihr könnt es drehen und wenden wie ihr wollt, es ist einfach so. Es werden alle Fächer auf einem höheren Niveau unterrichtet. Sagt

doch nicht, dass dies nicht stimmt, das ist die Realität. Das kann ich als Bildungsvorsteher nicht akzeptieren, dass man sagt, dies stimme nicht. Es werden alle Fächer auf Spez-Sek-Niveau unterrichtet. Das ist Realität und dies zu streichen, damit macht ihr die Botschaft wieder ungleich.

- Antrag 15, wegen der schulischen Integration, wegen durchlässiger Modelle und integrativer Schulbildung: Der Autor dieser Anträge schreibt ja selber bei Antrag 19, dass dieses jetzige Modell 1, separativ sei - "Separierung nach Leistungsniveau" etc. – wenn dieses Modell also später nicht mehr besteht, dann schlägt es wieder um in Richtung Integration.
- Dann noch zur Redaktionskommission: Da muss man schon schauen, was die Rolle der Redaktionskommission ist. Gymnasiale Infrastrukturen sind dort - das kann man anschauen gehen, das ist eine Tatsache. Ich weiss jetzt nicht, wie sie diese pädagogisch relevanten Unterschiede beurteilen wollen. Die Redaktionskommission müsste ja sämtliche Räume anschauen und danach das irgendwo Validieren.
- Mit Antrag 17 will das Parlament die Redaktionskommission beauftragen, die Aussage in der Botschaft in Bezug auf die Voraussetzungen für den Eintritt in die Spez-Sek Lerbermatt objektiv darzustellen. Was soll dieser Auftrag? Was macht hier die Redaktionskommission? Das ist für mich nicht nachvollziehbar.
- Und Antrag 18 zum Wort "homogen": Es ist auch das eine Tatsache. Es sind jeden Tag in jedem Fach die gleichen Schüler in den gleichen Klassen. Das wird es danach nicht mehr geben. Wenn das einem nicht passt, kann man dies nicht einfach in Frage stellen. Das ist die Realität und das ist das Modell 1 und dies wird es danach nicht mehr geben. Dazu soll man auch stehen und den Bürger dann entscheiden lassen - "Ja" oder "Nein".
- Dann noch zu Antrag 19: Das Parlament beauftragt die Redaktionskommission, "ob und wie stark" durch einen Absatz zu ersetzen, welcher die klaren wissenschaftlichen Erkenntnisse zum Nutzen der Separierung nach Leistungsniveau gemäss Modell 1 darlegt, sofern diese vorliegen. Ansonsten ist der ganze Absatz zu streichen. Soll sich jetzt die Redaktionskommission in die Literatur einlesen? Es gibt wie bei allem positive Studien und negative Studien und die Präsidentin bestimmt dann, wer aussuchen darf, ob man eine positive oder negative Studie nimmt? Das ist einfach grotesk, solche Aufträge.
- Antrag 20: Ja, der Gemeinderat hat hier eine vage Formulierung zu den Kosten und zum Schulraum gewählt. Es sind immerhin über zwei Jahre die Anzahl Schülerinnen und Schüler von sechs Klassen, welche untergebracht werden müssen.

Ich bitte das Parlament im Namen des Gemeinderates, die Botschaft ausgeglichen zu belassen, so wie der Gemeinderat dies vorschlägt und ich bitte euch, diese Abänderungsanträge abzulehnen. Führen wir jetzt doch lieber diese bildungspolitische Diskussion, den Dialog über die Qualität unserer Könizer Schulen und den pädagogischen Modellen zusammen mit der Könizer Bevölkerung. Diese Volksinitiative ermöglicht dies jetzt – und das ist gut, dass dieser Dialog stattfindet.

Die GPK-Sprecherin hat noch wegen dem Schulraum gefragt. Wir haben eine Liste abgegeben - diese haben aber nicht alle erhalten - in welcher die BSS darauf hingewiesen hat, dass es schon zu Engpässen kommen kann. Es gibt zusätzlichen Druck auf den Schulraum, doch vermutlich nicht von Beginn an. Das hatten wir dort ausgeführt - Stichwort OZK und Stichwort Morillon.

Monika Röthlisberger, wegen Interessenskonflikte und irgendwelchen Sätzen von meiner Homepage. Auf dieses Niveau lasse ich mich nicht herunter. Ich darf eine Meinung haben, ob ich für oder gegen die Spez-Sek bin. Auch das wegen des Interessenskonflikts, dazu mache ich keinen weiteren Kommentar.

Casimir von Arx, du hättest mal mit den Schülerinnen und Schülern sprechen sollen, warum diese in die Lerbermatt gehen. Das ist es ja: Niemand spricht über das.

Dann kam noch die Frage, warum dies in die Gemeindeordnung soll. Es wurde vom Initiativkomitee so begründet, dass einzig das Volk über das Weiterbestehen entscheiden soll. Das ist der Grund.

Dies noch zu den Voten. Danke an die Parlamentspräsidentin für die Verlängerung der Redezeit.

Antrag auf Sitzungsunterbruch

Das Parlament stimmt dem Antrag auf Sitzungsunterbruch zu.
(Abstimmungsergebnis: mehr als 10 Personen)

Casimir von Arx, GLP: Zwei Bemerkungen: Die eine, wir sind in der Fraktion nochmals zusammengekommen und haben die Anträge nochmals angeschaut.

Es gibt eine Änderung beim Antrag 5, dieser Satz, welcher dort ergänzt wird, gehört unten an den ersten Absatz unter "Das Wichtigste in Kürze". Er ist auf der Tischvorlage etwas weit unten positioniert. Ganz zuunterst an diesem Absatz wird beschrieben, was passiert, wenn diese Initiative abgelehnt wird und diesen Satz "... damit stellt Köniz als letzte Gemeinde das Angebot ein ..." gehört dort hin. Dies als redaktionelle Anmerkung. Vielen Dank an Hans-Peter Kohler, welcher auf diesen Satz hingewiesen hat.

Um die Wogen etwas zu glätten, werden einzelne Mitglieder bei gewissen Anträgen, welche weniger zentral sind, differenziert abstimmen. Ich will an dieser Stelle aber trotzdem noch darauf hinweisen: Es wurde seitens Gemeinderat jetzt sehr stark die Objektivität dieser uns hier vorliegenden Botschaft betont. Doch wie kann es sein, dass notabene Sätze, welche in einem Blog-Artikel des zuständigen Gemeinderates stehen, in welchem geschildert wird, dass Hans-Peter Kohler einen Interessenskonflikt hat und er dann weiter unten ausführt, warum er für die Spez-Sek Lerbermatt ist – das ist ja grundsätzlich in Ordnung – aber ausgerechnet von einer solchen Webseite kommen dann Sätze in die Botschaft, welche mehr oder weniger in dieser Form auch auf der Webseite des Vereins Pro Spez-Sek Lerbermatt stehen. Das lässt doch etwas an der Objektivität dieser Botschaft zweifeln und ist auch mit ein Grund, warum diese Anträge kommen. Diese Sätze sind in der Menge zwar vielleicht nicht sehr viele, aber das sind die greifbaren, welche man gleich sieht. Es gibt natürlich auch andere Sachen, bei welchen es mehr um die Gewichtung geht oder wie stark man etwas in den Vordergrund stellt.

Die Aussage "Alle Fächer werden auf Spez-Sek-Niveau unterrichtet", wird als Fakt dargestellt – ich komme gerne mal die Spez-Sek Handarbeiten anschauen.

Gemeinderat, Hans-Peter Kohler: Ich kann es nicht stehen lassen: Ihr müsst jetzt nicht auf den Mann spielen, das ist jetzt unterste Schublade. Auf meiner Homepage stehen schon 20 Jahre lang Sachen. Ich habe die Botschaft nicht geschrieben, wir haben jemand Externes angestellt. Es waren verschiedene Personen beteiligt. Ob und welche Sätze von woher eingeflossen sind – wenn jetzt das, das Thema ist - Sätze, welche Wahrheiten aussprechen. Bitte, das ist jetzt aber ein sehr tiefes Niveau.

Beschluss

Beschluss über GR-Antrag Ziffer 1

Den Stimmberechtigten wird die Initiative «Ja zur Bildungsvielfalt – Ja zur Spez. Sek in der Lerbermatt» wie folgt zur Abstimmung unterbreitet:

- a. Die Stimmberechtigten beschliessen über die Initiative «Ja zur Bildungsvielfalt – Ja zur Spez-Sek in der Lerbermatt». Sie lautet:

«Artikel 3 Bst d der Gemeindeordnung der Gemeinde Köniz vom 16. Mai 2004 wird wie folgt ergänzt:

d) die Bildung, wobei die Mittelschulvorbereitung im 7. und 8. Schuljahr auch in speziellen Sekundarklassen, die organisatorisch dem Gymnasium Lerbermatt angegliedert sind, anzubieten ist»

- b. Für den Fall der Annahme der Initiative wird die Bestimmung des Zeitpunkts des Inkrafttretens an den Gemeinderat delegiert.

(Abstimmungsergebnis: einstimmig)

Beschluss über Antrag für Namensaufruf

Das Parlament stimmt dem Antrag für Namensaufruf zu.
(Abstimmungsergebnis: mehr als 10 Personen)

Beschluss über den GR-Antrag Ziffer 2 (Antrag an die Stimmberechtigten)

Mit 23 zu 13 Stimmen bei 2 Enthaltungen empfiehlt das Parlament den Stimmberechtigten, die Initiative abzulehnen.

Ergebnis Abstimmung Namensaufruf:

Für Ablehnung der Initiative:

Franziska Adam, Christina Aebischer, Roland Akeret, Michaela Bajraktar, Géraldine Boesch, Bülent Celik, Claudia Cepeda, Vanda Descombes, Lukas Erni, Isabelle Feller, Rahel Gall, Andreas Hauser, Daniel Hofer, Christine Müller, David Müller, Arlette Mürger, Monika Röthlisberger, Sandra Röthlisberger, Isabelle Steiner, Simon Stocker, Matthias Stöckli, Katja Streiff, Casimir von Arx

Für Annahme der Initiative:

Dominic Amacher, Beat Biedermann, Adrian Burren, Corina Burren, Heidi Eberhard, Katharina Gilgen, Beat Haari, Selin Lopez, Florian Moser, Matthias Müller, Tatjana Rothenbühler, Ronald Sonderegger, Reto Zbinden

Enthaltungen:

Fabienne Marti, Andrea Winzenried

Abstimmungen zur Botschaft, Abänderungsanträge

Beschluss Abänderungsantrag der GLP, Grüne, SP (Seite 3)

Das Parlament stimmt folgendem Abänderungsantrag der GLP, Grüne, SP zu:

~~Seit der Abschaffung der Untergymnasien im Kanton Bern 1997 haben die leistungsstarken Schülerinnen und Schüler von Köniz weiterhin die Möglichkeit, die 7. und die 8. Klasse in einer speziellen Sekundarklasse (Spez-Sek-Klasse) zu absolvieren, die organisatorisch dem Gymnasium Lerbermatt angegliedert ist. Am 21. Mai 2000 hat sich die Könizer Bevölkerung im Rahmen einer Volksabstimmung für den Erhalt der speziellen Sekundarklassen ausgesprochen. Am 5. Dezember 2021 hat das Könizer Gemeindeparlament beschlossen, diese Klassen~~ **das Volksschulangebot in der 7. und 8. Klasse, welches organisatorisch dem Gymnasium Lerbermatt angegliedert ist**, nicht mehr zu führen und alle Oberstufenschülerinnen und -Schüler an den Oberstufenschulen zu unterrichten, die in ihrem Schulkreis liegen.

(Abstimmungsergebnis: 20 dafür, 17 dagegen)

Beschluss Abänderungsantrag der GLP, Grüne, SP (Seite 3)

Das Parlament stimmt folgendem Abänderungsantrag der GLP, Grüne, SP zu:

~~Dies wurde unter anderem mit pädagogischen und organisatorischen Vorteilen begründet. Pädagogische und organisatorische Vorteile gaben hierfür den Ausschlag.~~

(Abstimmungsergebnis: 20 dafür, 14 dagegen)

Beschluss Abänderungsantrag der GPK (Seite 3)

Das Parlament stimmt folgendem Abänderungsantrag der GPK zu:

*Dies wurde unter anderem mit pädagogischen und organisatorischen Vorteilen begründet. **Auch die Schulleitungen der Gemeinde Köniz und die Schulkommission haben sich klar für eine Stärkung des Spez-Sek-Angebots an den Oberstufenschulen und die Schliessung der Klassen an der Lerbermatt ausgesprochen.***

(Abstimmungsergebnis: offensichtliches Mehr)

Beschluss Abänderungsantrag der GLP, Grüne, SP (Seite 3)

Das Parlament stimmt folgendem Abänderungsantrag der **GLP, Grüne, SP** zu:

Die Initiative verlangt, entgegen dem Parlamentsentscheid, eine Verankerung der Spez-Sek-Klassen am Gymnasium Lerbermatt in der Gemeindeordnung und damit die Weiterführung dieser Klassen als Teil ~~des~~ **Könizer Bildungsvielfalt: Bildungsangebots.**

(Abstimmungsergebnis: 21 dafür, 17 dagegen)

Beschluss Abänderungsantrag der GLP, Grüne, SP (Seite 3)

Das Parlament stimmt folgendem Abänderungsantrag der **GLP, Grüne, SP** zu:

[Nach 1. Abschnitt]

Damit stellt Köniz als letzte Gemeinde im Kanton das Volksschulangebot im Umfeld des Gymnasiums ein.

(Abstimmungsergebnis: 25 dafür, 13 dagegen)

Beschluss Abänderungsantrag der GLP, Grüne, SP (Seite 5)

Das Parlament stimmt folgendem Abänderungsantrag der **GLP, Grüne, SP** zu:

~~Es ist auch ein direkter Erfahrungsaustausch mit Gymnasiastinnen und Gymnasiasten möglich (Schwerpunktfachwahl).~~

(Abstimmungsergebnis: 22 dafür, 16 dagegen)

Beschluss Abänderungsantrag der GPK (Seite 6)

Das Parlament stimmt folgendem Abänderungsantrag der **GPK** zu:

Grafik streichen.

(Abstimmungsergebnis: 25 dafür, 10 dagegen)

Beschluss Abänderungsantrag der GLP, Grüne, SP (Seite 7)

Das Parlament stimmt folgendem Abänderungsantrag der **GLP, Grüne, SP** zu:

~~Die Spez-Sek-Klassen an der Lerbermatt sind somit ausgeglichene Klassen, in welchen konstante und gute Lernerfolge erzielt werden.~~

(Abstimmungsergebnis: 24 dafür, 16 dagegen)

Beschluss Abänderungsantrag der GLP, Grüne, SP (Seite 8)

Das Parlament stimmt folgendem Abänderungsantrag der **GLP, Grüne, SP** zu:

~~Er kann jedoch auch eine Chance darstellen, da diese Kinder durch den Wechsel zurück in die Oberstufe wieder eine ihrer ursprünglichen Möglichkeiten und Fähigkeiten entsprechende Bildung erfahren können.~~

(Abstimmungsergebnis: 23 dafür, 13 dagegen)

Beschluss Abänderungsantrag der GPK (Seite 8)

Das Parlament stimmt folgendem Abänderungsantrag der GPK zu:

An allen Schulen der Gemeinde Köniz, die eine Oberstufe führen, wird das Spez-Sek-Niveau in den Fächern Deutsch, Französisch und Mathematik angeboten. Im Oberstufenzentrum Köniz (OZK) werden aufgrund der grossen Zahl an Schülerinnen und Schüler separate, jedoch durchlässige Spez-Sek-Klassen geführt (Modell 3a). In allen anderen Oberstufenschulen sind die Spez-Sek-Schülerinnen und -schüler in gemischte Klassen eingeteilt (Modell 3b). In den Fächern Deutsch, Französisch und Mathematik erhalten alle Schülerinnen und Schüler Unterricht auf ihrem Niveau in leistungshomogenen Gruppen. **Es gilt für die Spez-Sek-Klassen beider Modelle der gleiche Lehrplan wie in der Lerbermatt.**

(Abstimmungsergebnis: 26 dafür, 12 dagegen)

Beschluss Abänderungsantrag der GLP, Grüne, SP (Seite 10)

Das Parlament stimmt folgendem Abänderungsantrag der GLP, Grüne, SP zu:

Auf der einen Seite wird betont, dass die Schule eine wichtige Funktion im Hinblick auf die ~~gesellschaftliche Integration~~ **Sozialisierung der Kinder und Jugendlichen** hat, indem ~~sie die Kinder~~ bereits früh lernen, mit Diversität umzugehen.

(Abstimmungsergebnis: 23 dafür, 14 dagegen)

Beschluss Abänderungsantrag der GLP, Grüne, SP (Seite 11)

Das Parlament stimmt folgendem Abänderungsantrag der GLP, Grüne, SP zu:

Davon profitieren auch die leistungsstarken Schülerinnen und Schüler. **Die Abschaffung der Spez-Sek-Klassen an der Lerbermatt führt zu einer Stärkung des Spez-Sek-Angebots an den Könizer Oberstufenzentren.** Diese Auswirkungen....

(Abstimmungsergebnis: 21 dafür, 16 dagegen)

Beschluss Abänderungsantrag der GLP, Grüne, SP (Seite 12)

Das Parlament stimmt folgendem Abänderungsantrag der GLP, Grüne, SP zu:

Die Aufhebung der Spez-Sek-Klassen am Gymnasium Lerbermatt wird auch finanzielle Folgen haben, denn die betroffenen Schülerinnen und Schüler der 7. und 8. Klassen werden, abhängig von ihrem Wohnort ~~auf die Oberstufenschulen verteilt~~ **eine Oberstufenschule besuchen.**

(Abstimmungsergebnis: 23 dafür, 15 dagegen)

Anträge mit Themen an diversen Stellen der Botschaft

Beschluss Abänderungsanträge der GLP, Grüne, SP (Seiten 3, 5, 7)

Das Parlament stimmt folgenden Abänderungsanträge der GLP, Grüne, SP zu:

Der Unterricht würde jedoch nicht mehr im gymnasialen Umfeld des Gymnasiums Lerbermatt und nicht mehr in undurchlässigen homogenen Klassen stattfinden, ~~in denen sämtliche Schülerinnen und Schüler in allen Fächern auf Spez-Sek-Niveau unterrichtet werden.~~

In diesen Klassen sind ausschliesslich Spez-Sek-Schülerinnen und Schüler, ~~und in allen Fächern wird ausschliesslich auf dem Spez-Sek-Niveau unterrichtet.~~

~~In den Spez-Sek-Klassen an der Lerbermatt werden alle Fächer auf dem Spez-Sek-Niveau unterrichtet.~~

(Abstimmungsergebnis: 24 dafür, 13 dagegen)

Beschluss Abänderungsanträge der GLP, Grüne, SP (Seiten 10, 12)

Das Parlament stimmt folgenden Abänderungsanträge der **GLP, Grüne, SP** zu:

~~Eine Abschaffung wäre damit ein weiterer Schritt in Richtung einer integrativeren Schule.~~

Weil im durchlässigen ~~und integrativen~~ System die Richtungsentscheidungen in der Schullaufbahn früher oder später....

(Abstimmungsergebnis: 24 dafür, 13 dagegen)

Aufträge an Redaktionskommission

Beschluss Aufträge der GLP, Grüne, SP an die Redko (Seiten 5, 12)

Das Parlament stimmt folgenden Aufträgen der **GLP, Grüne, SP an die Redko** zu:

Das Parlament beauftragt die Redaktionskommission, die Aussagen zur Infrastruktur in der Botschaft mit Blick auf die pädagogisch relevanten Unterschiede bei der tatsächlichen Nutzung der sog. gymnasialen Infrastruktur an der Lerbermatt durch die dortigen Spez-Sek-Klassen im Vergleich mit der Nutzung der Infrastruktur an den Oberstufenzentren zu überprüfen und bei Bedarf anzupassen oder zu streichen:

Insbesondere

- Die gymnasiale Infrastruktur steht auch den Spez-Sek-Klassen zur Verfügung. S. 5
- Spez-Sek-Schülerinnen und -Schüler können damit auch nicht mehr vor der Nähe zum Gymnasium und zur entsprechenden Infrastruktur profitieren (Fachräume, Schulmaterial, Sport). S. 12.

(Abstimmungsergebnis: 23 dafür, 14 dagegen)

Beschluss Aufträge der GLP, Grüne, SP an die Redko (Seiten 5, 7)

Das Parlament stimmt folgenden Aufträgen der **GLP, Grüne, SP an die Redko** zu:

Das Parlament beauftragt die Redaktionskommission, die Aussagen in der Botschaft in Bezug auf die Voraussetzungen für den Eintritt in die Spez-Sek Lerbermatt objektiv darzustellen:

Insbesondere

- Der Besuch der Spez-Sek-Klassen an der Lerbermatt steht leistungswilligen und begabten Schülerinnen und Schülern aus allen sozialen Schichten offen und ist Teil der Volksschule (S. 5 und 7)
- Die Spez-Sek-Klassen an der Lerbermatt ermöglichen den leistungsorientierten Jugendlichen eine zweijährige Vorbereitung auf das Gymnasium in einer Leistungshomogeneren Klasse. (S. 7)

(Abstimmungsergebnis: 23 dafür, 14 dagegen)

Beschluss Aufträge der GLP, Grüne, SP an die Redko (Seiten 3,4 und 8)

Das Parlament stimmt folgenden Aufträgen der **GLP, Grüne, SP an die Redko** zu:

Das Parlament beauftragt die Redaktionskommission, das Wort "homogen" in der Botschaft zu streichen, wo es nicht nötig ist oder wo es suggeriert, dass es nur in der Spez-Sek Lerbermatt homogene Spez-Sek-Klassen gebe:

Insbesondere:

- Der Unterricht würde jedoch nicht mehr im gymnasialen Umfeld des Gymnasiums Lerbermatt und nicht mehr in undurchlässigen homogenen Klassen stattfinden (S. 3).

- Wird sie hingegen abgelehnt, tritt der Entscheid des Parlaments in Kraft und die homogenen Spez-Sek-Klassen, die organisatorisch dem Gymnasium Lerbermatt angegliedert sind, werden nicht mehr weitergeführt. (S. 4)
- Ein ähnliches Schulangebot mit homogenen Spez-Sek-Klassen, die organisatorisch einem Gymnasium angegliedert sind, führt keine andere Gemeinde im Kanton Bern. (S. 8)

(Abstimmungsergebnis: 23 dafür, 14 dagegen)

Beschluss Auftrag der GLP, Grüne, SP an die Redko (Seite 10)

Das Parlament stimmt folgendem Auftrag der **GLP, Grüne, SP an die Redko** zu:

Das Parlament beauftragt die Redaktionskommission den Absatz ab "Ob und wie stark...." zu ersetzen durch einen Absatz, der die klaren wissenschaftlichen Erkenntnisse zum Nutzen der Separierung nach Leistungsniveau gemäss Modell 1 darlegt, sofern diese vorliegen. Ansonsten ist der ganze Absatz zu streichen.

(Abstimmungsergebnis: 20 dafür, 15 dagegen)

Beschluss Auftrag der GLP, Grüne, SP an die Redko (Seite 12)

Das Parlament stimmt folgendem Auftrag der **GLP, Grüne, SP an die Redko** zu:

Das Parlament beauftragt die Redaktionskommission, den Satz "Dies generiert möglicherweise höhere Kosten" verständlicher zu Formulieren oder, falls der Sachverhalt zu vage ist, den Satz zu streichen.

(Abstimmungsergebnis: 24 dafür, 14 dagegen)

Beschluss über Antrag für Namensaufruf

Das Parlament stimmt dem Antrag für Namensaufruf zu.

(Abstimmungsergebnis: mehr als 10 Personen)

Beschluss (Schlussabstimmung über Botschaft)

Die Botschaft an die Stimmberechtigten mit den gegenüber dem Entwurf beschlossenen Änderungen und der Wortlaut der Abstimmungsfrage werden genehmigt.

(Abstimmungsergebnis: 24 dafür, 13 dagegen, 1 Enthaltung)

Ergebnis Abstimmung Namensaufruf:

Für Annahme der Botschaft:

Franziska Adam, Christina Aebischer, Roland Akeret, Michaela Bajraktar, Géraldine Boesch, Bülent Celik, Claudia Cepeda, Vanda Descombes, Lukas Erni, Isabelle Feller, Rahel Gall, Andreas Hauser, Daniel Hofer, Fabienne Marti, Christine Müller, David Müller, Arlette Münger, Monika Röthlisberger, Sandra Röthlisberger, Isabelle Steiner, Simon Stocker, Matthias Stöckli, Katja Streiff, Casimir von Arx

Für Ablehnung der Botschaft:

Dominic Amacher, Beat Biedermann, Adrian Burren, Corina Burren, Heidi Eberhard, Katharina Gilgen, Beat Haari, Selin Lopez, Florian Moser, Tatjana Rothenbühler, Ronald Sonderegger, Andrea Winzenried, Reto Zbinden

Enthaltungen:

Matthias Müller

PAR 2023/66

Wabern Morillon Schulraumerweiterung

Kredit und Botschaft; Direktion Sicherheit und Liegenschaften



Abbildung 1: Visualisierung Schulraumerweiterung Morillon

1. Ausgangslage

Wabern erlebt ein hohes Bevölkerungswachstum, das aufgrund der anstehenden Arealentwicklungen und der inneren Verdichtung weiter anhalten wird. Entsprechend wird auch die Zahl der Schülerinnen und Schüler ansteigen. Die Schulen in Wabern gelangen ab 2025 an ihre Kapazitätsgrenzen, der Engpass kann nur für kurze Zeit mit betrieblichen Anpassungen überbrückt werden. Deshalb soll die Schulanlage Morillon erweitert und im Sommer 2026 in Betrieb genommen werden. Geplant sind Unterrichtsräume für eine Primarschule mit 12 Klassen (4 Basisstufenklassen / 8 Schulklassen) sowie Werk- und Tageschulräumlichkeiten. Damit kann die Gemeinde die benötigten Flächen sicherstellen und wieder genügend Schulraum anbieten. Die neuen Klassen- und Spezialräume entsprechen den Anforderungen der Volksschulverordnung (VSV) des Kantons Bern. Um das Angebot des obligatorischen Schulsports sicherzustellen, soll zusammen mit der Schulraumerweiterung eine unterirdische Doppelturnhalle gemäss den geltenden Normen des Bundesamtes für Sport (BASPO) realisiert werden.

Bisherige Kredite

Am 02. Mai 2022 bewilligte das Könizer Parlament einen Kredit in der Höhe von CHF 370'000 (inkl. MWST) für die Durchführung eines einstufigen Projektwettbewerbs im selektiven Verfahren für das Projekt «Wabern Morillon, Schulraumerweiterung». Im Oktober 2022 bestätigte der Gemeinderat die Empfehlung der Jury, das Projekt «Morillon» der Spaceshop Architekten GmbH aus Biel weiterbearbeiten zu lassen. Am 7. November 2022 bewilligte das Parlament für die Projektierung der Schulraumerweiterung Morillon auf Basis des Siegerprojekts einen Kredit in der Höhe von CHF 1,55 Mio. (inkl. MWST). Mit diesem Geschäft beantragt der Gemeinderat dem Parlament, den Ausführungskredit in der Höhe von CHF 36'786'950.- sowie die Botschaft zuhanden der Stimmberechtigten zu verabschieden.

2. Entwicklung der Anzahl Schülerinnen und Schüler (SuS)

In Zusammenarbeit mit der Abteilung Bildung, Soziale Einrichtungen und Sport sowie der Planungsabteilung der Gemeinde Köniz wurden die Prognosen für die Entwicklung der SuS-Zahlen erarbeitet. Die Entwicklung bis 2025 basiert auf den Bevölkerungszahlen und den bald schulpflichtigen Kindern.

Die Entwicklung bis 2030 basiert auf der Annahme des möglichen Bevölkerungszuwachses durch die grossen Arealentwicklungen. Eine weitere Verdichtung im Bestand ist in der Schulanlage Morillon nicht mehr möglich, da das alte Hauptgebäude aus dem Jahr 1944 über kleinere Schulzimmer verfügt, als heute erforderlich sind.

2021	2025	ab 2030
747 SuS	871 SuS	> 1'060 SuS
ca. 38 Schulklassen	ca. 47 Schulklassen	> 52 Schulklassen

Die Schulraumerweiterung in Wabern Morillon ist ein weiterer wichtiger Teil in der Gesamtstrategie für den Schulraum in Wabern, mit Teil-Auswirkungen auf die Bereiche Spiegel, Steinhölzli und Hessgut. So ist zwingend die Erweiterung im Raum Kleinwabern / Nessleren notwendig, damit im Jahr 2030 der Schulraum nicht bereits wieder an seine Kapazitätsgrenzen stösst.

3. Projekt

Grundlage für das vorliegende Vorprojekt ist das überarbeitete Siegerprojekt aus dem einstufigen Projektwettbewerb im selektiven Verfahren vom Herbst 2022. Die Schulraumerweiterung Morillon wird in Anlehnung an die Vorgaben Minergie ECO projektiert. Da aufgrund des Low-Tech-Ansatzes keine Komfortlüftung vorgesehen ist (siehe weiter unten), ist eine Zertifizierung jedoch nicht möglich. Nachfolgend wird auf einzelne zentrale Aspekte der Schulraumerweiterung eingegangen.

3.1 Nutzungsflexibilität

Das Gebäude weist eine hohe Anpassungsfähigkeit auf. Die Räume sind nutzungsneutral und können ganz ohne oder mit nur geringfügigen Massnahmen an zukünftige Bedürfnisse angepasst werden. Basierend auf Modulen von 8 m² Grundfläche, können die Räume der Basisstufen mit wenigen Interventionen in reguläre Klassenzimmer umfunktioniert werden. Auch die Tagesschulräume sind multifunktional und können für den Schulbetrieb genutzt werden.

Im Erweiterungsbau sind die Nutzungen in Clustern gebündelt. Die Schul- und Basisstufenräume befinden sich im Gebäudeflügel entlang des Sprengerwegs, die Räume der Tagesschule und die Werkräume im Flügel an der Kirchstrasse. Die Korridore weisen eine grosszügige Breite auf und können – ergänzend zu den direkt bei den Klassen- und Basisstufenräumen liegenden Gruppenräumen – ebenfalls für freies Arbeiten oder für Gruppenarbeiten genutzt werden.

Die unterirdische Turnhalle ist sowohl vom Innenhof wie auch von der Kirchstrasse her zugänglich. Abends und an den Wochenenden können die Schulnutzungen von der Turnhallenschliessung abgetrennt werden. Die autonome Nutzung der Halle durch Vereine ist damit gewährleistet. Die Turnhalle wird über Fenster auf der Hofseite und über Oblichter mit Tageslicht versorgt. Der Zugang verläuft über eine Galerie auf dem Zwischengeschoss, diese kann als Bereich für Zuschauerinnen und Zuschauer genutzt werden.

Das Projekt lässt eine zukünftige Weiterentwicklung des Areals zu. So kann einerseits das bestehende Turnhallengebäude einem Neubau weichen und andererseits der Gebäudeflügel des Neubaus entlang des Sprengerwegs aufgestockt werden. Durch eine Aufstockung würden höhere Anforderungen an den Brandschutz (Feuerwiderstand für das Tragwerk / Brandschutzmassnahmen Holzfassade) nötig (s. auch 4. Finanzen).

3.2 Materialisierung und Tragkonstruktion

Die Materialisierung des Erweiterungsbaus erlaubt eine langfristige Nutzung und führt zu geringen Unterhaltskosten. Der Neubau wird als systematisch aufgebauter Holzhybridbau ausgeführt.

Die Materialisierung (Holz, Lehmbausteine, Recycling-Beton) entspricht den gesundheitlichen und ökologischen Anforderungen an ein modernes und zeitgemässes Schulhaus.

Das dominierende Element wird Holz als nachhaltiger Baustoff und tragendes Element der Gebäudehülle sein. Der Erweiterungsbau wird charakterisiert durch eingezogene Arkaden, welche gleichzeitig einen natürlichen Witterungsschutz bieten.

Für die Stabilisierung der beiden Gebäudeflügel sorgen ein massiver Kern im Schnittpunkt der Gebäudeflügel und in der äusseren Peripherie angeordnete, durchlaufende Wandscheiben ohne Öffnung. Die Turnhalle wird, da überall erdberührend, in Stahlbeton aus Recyclingmaterial ausgeführt.

Exkurs: Lehmwände

Lehmwände verbessern in vielerlei Hinsicht das Raumklima. Lehm ist in der Lage, Luftfeuchtigkeit schnell aufzunehmen und bei Bedarf wieder abzugeben. So pendelt sich in Räumen mit Lehmwänden die relative Luftfeuchtigkeit zwischen 45% und 55% ein. Die Schleimhäute trocknen nicht aus, die Feinstaubbildung wird reduziert. Weiter enthält Lehm keine bedenklichen Stoffe, die Allergien auslösen könnten. Er kann zudem Fremdstoffe und Gerüche binden. Mit Lehm ausgestattete Räume wirken im Winter wärmend und im Sommer kühlend. Lehm ist ein ausgezeichneter Wärmespeicher, auch hinsichtlich des Schallschutzes weist er gute Eigenschaften auf. Zusammenfassend entsteht in Räumen mit Lehmwänden eine Wohlfühlatmosphäre in Form von guter Atemluft, angenehmer Temperatur und ausgeglichenem Feuchtigkeitshaushalt.

3.3 Nachhaltigkeit (CO₂-Bilanz)

Mit einfacher, aber robuster Bauweise soll der CO₂-Ausstoss beim Bauen und im Betrieb so gering wie möglich gehalten werden. Aufgrund der Materialisierung mit Holz und Recyclingbeton als CO₂-Speicher, der gut gedämmten Gebäudehülle und dem damit einhergehenden geringen Heizwärmebedarf, dem innovativen Low-Tech-Ansatz in der Haustechnik, dem Einsatz von Baumaterialien mit tiefer Grauenergie, der Installation einer Photovoltaik-Anlage auf dem Dach und dem angestrebten Anschluss an den geplanten Wärmeverbund Wabern-Bern weist das Projekt eine negative CO₂-Bilanz aus (-146'239 kg CO₂-eq -> Das Gebäude kann ca. 4 x mehr CO₂ speichern als es bei der Herstellung ausstösst).

3.4 Lüftung

Die Belüftung der Unterrichtsräume erfolgt nicht mit einer Komfortlüftung, sondern über das Prinzip einer Lungen-/Verbundlüftung. Die Zuluft wird an zentraler Stelle in den Korridor gegeben und strömt von dort über Verbundlüfter im unteren Bereich des Raumes in die einzelnen Klassen- und Gruppenräume. Die Verbundlüfter befördern ausserdem die Abluft im oberen Bereich des Raumes zurück in den Korridor. Dort wird die Abluft an zentraler Stelle abgesaugt und zum Monoblock auf dem Dach zurückgeführt. Das gesamte Lüftungskonzept basiert auf einer bauphysikalischen Simulation.

3.5 PV-Anlage

Auf dem extensiv begrünten Dach der Erweiterung wird eine Photovoltaikanlage erstellt. Die Dachfläche von 1'439m² wird optimal ausgenutzt. Gemäss Berechnungen der Fachplaner kann ein Ertrag pro Jahr von kWh 167'580 ausgewiesen werden, was einem Eigenverbrauchsanteil (Autarkiegrad) von rund 90% entspricht.

3.6 Wärmeerzeugung

Ziel ist, die Wärmeerzeugung (Heizung und Warmwasser) mittels Fernwärme des geplanten Wärmeverbunds Wabern-Bern sicherzustellen (Wasser-Wärmepumpe). Falls das Projekt Wärmeverbund Wabern-Bern nicht zustande kommt, müsste im Neubau eine eigene Wärmeerzeugung in Form einer Erdsonden-Wärmepumpe installiert werden. Für die benötigte Leistung von 250kW werden ca. 15 Sonden à 300 m benötigt (s. auch 4. Finanzen).

Die Fensterfläche pro Fassade wurde so optimiert, dass der Heizwärmebedarf des Gebäudes im Bereich einer Minergie-P-Gebäudehülle liegt. Die Beheizung des Gebäudes erfolgt über Heizkörper mit Thermostatventilen. In der Turnhalle kommt eine Bodenheizung zum Einsatz.

3.7 Aussenräume / Erschliessung

Die Erweiterung der Schulanlage Morillon bildet eine klare Gliederung der Aussenräume. Die Haupterschliessung des Schulareals erfolgt von der Seite Kirchstrasse her, dort ist eine von Bäumen gesäumte Kiesfläche als Ankunftsplatz vorgesehen.

Der Zugang zur Tagesschule erfolgt ebenfalls von der Seite Kirchstrasse her und ist im Vergleich zu den Zugängen vom Innenhof her erhöht. Der neue, grosszügige Innenhof ist für alle Altersklassen und -gruppen zugänglich und nutzbar. Grosse Qualität im Innenhof bieten die zwei grossen, bestehenden Bäume, welche heute am Rande des Rasenspielfelds stehen und erhalten werden sollen. Sie werden mit weiteren Bäumen zu einem zusammenhängenden, schattenspendenden Baumdach ergänzt.

Die neu situierten Aussensportanlagen (siehe unten) sollen auch für das Quartier zugänglich sein. Es entstehen verschiedene Wegverbindungen zu den Sportanlagen von der Seite Kirch- und Bondelistrasse her. Ein neuer Weg zwischen der bestehenden Schulanlage und den Aussensportanlagen wird zur attraktiven Vernetzungssachse von der Seftigenstrasse zur Kirchstrasse und weiter bis zum Bahnhof Wabern.

Die Veloabstellplätze und Autoparkplätze werden entlang der Kirchstrasse verortet. Der Hauptanteil der Veloabstellplätze befindet sich neben der Aula am Hauptzugang zur Schule. Die Velos sollen ausserhalb des Innenhofs untergebracht werden.

3.8 Aussensportanlagen / geringfügige Änderung Überbauungsordnung Morillongut

Um Platz für den Erweiterungsbau und den neuen Innenhof zu schaffen, werden die Aussensportanlagen auf die Fläche zwischen bestehender Schulanlage und Bondelistrasse verlegt. Konkret werden ein Rasenspielfeld mit Beleuchtung und Ballfängen sowie ein Allwetterplatz realisiert, zusätzlich ist ein Mehrzweckplatz für diverse Nutzungen geplant. Die Laufbahn mit Weitsprunggrube hinter dem bestehenden Turnhallegebäude bleibt erhalten.

Die ehemalige Hauswartwohnung, welche direkt neben den neuen Sportanlagen liegt, wird zu einer zusätzlichen Garderobenanlage mit Duschen und WCs umgebaut.

Das Areal der Schule Morillon liegt gemäss Nutzungsplan der Gemeinde Köniz in der Zone für öffentliche Nutzung (ZöN) 2/42 "Schulanlage Wabern". Die Parzelle Nr. 9691, auf welcher die Aussensportanlagen zu liegen kommen sollen, liegt im Wirkungsbereich der Überbauungsordnung (UeO) "Morillongut", konkret in der darin festgelegten "Zone für Familiengärten". Die Parzelle Nr. 9691 wird seit je her landwirtschaftlich genutzt. Es darf angenommen werden, dass weiterhin keine Nachfrage nach Familiengärten besteht und die Fläche bis zur ordentlichen Gesamtrevision der veralteten UeO "Morillongut" (Start des qualitätssichernden Verfahrens voraussichtlich 2025) weiterhin brach liegen würde. Für die Realisation von Sport- und Aufenthaltsbereichen besteht ein bau- und planungsrechtlicher Konflikt zwischen der rechtsgültigen UeO und den angedachten Nutzungen auf der Parzelle Nr. 9691. Der Gemeinderat hat am 5. April 2023 die Freigabe der Vorprüfung der Anpassung der UeO "Morillongut" beschlossen (geringfügige Änderung der UeO Morillongut). Mit der Anpassung der Überbauungsordnung soll die baurechtliche Grundlage für die Baubewilligung von Sport- und Aufenthaltsflächen auf der Parzelle Nr. 9691 geschaffen werden. Die Frist der Vorprüfung durch das Amt für Gemeinden und Raumordnung wurde bis Ende Oktober 2023 in Aussicht gestellt (siehe auch Terminprogramm in Beilage).

Das Projekt "Schulraumerweiterung Morillon" ist mit dem Projekt "Seftigenstrasse / Sanierung Morillon-Sandrain abgestimmt.

3.9 Schwammstadt / Biodiversität

Die bestehende, geschützte Platanenreihe entlang der Kirchstrasse wird mit weiteren Hochstämmen ergänzt. Im Innern der Schulanlage sowie entlang der neuen Wegverbindung auf der Parzelle 9691 werden einheimische Gehölze wie Winterlinde, Hainbuche, Eiche oder Erlen gepflanzt. Die Wiesen- und Staudenflächen sollen aus regionalen Saatmischungen entstehen. Einheimische Sträucher wie Holunder oder Tierlibaum, Johannis- und Himbeeren bieten Beeren zum Naschen in den Pausen. Die Randzonen des Pausenhofs werden als Spiel- und Aufenthaltsflächen mit einem hohen Anteil an Biodiversität gestaltet. Diese Bereiche werden zusätzlich als Retentionsflächen für das anfallende Platzwasser genutzt. Ein Wechsel zwischen Trocken- und Feuchtstandorten bietet eine grosse Biodiversität, zwischen Kiesflächen und Staudenbereichen gibt es naturnahe Spielelemente. Hier soll ein Wechsel zwischen Trocken- und Feuchtstandorten entstehen. Diese aufgewerteten Flächen sollen zukünftig auch als vernetzende Trittsteine und zur Steigerung der Biodiversität dienen.

Die Dachflächen werden extensiv begrünt. Mit dem richtigen Substrat / Pflanzenwahl kann die Begrünung zusammen mit Photovoltaikanlagen funktionieren. Partiiell können Flächen auch als Biodiversitätsdächer ausgeschieden werden.

Die ausserhalb der Sportplätze liegenden Wiesenflächen werden mit Schweizer Wildtypen-Saatmischungen angelegt. Diese aufgewerteten Flächen sollen zukünftig auch als vernetzende Trittsteine und zur Steigerung der Biodiversität dienen.

Das Oberflächenwasser aus Wegen und Plätzen wird soweit möglich über die Schulter in die seitlichen Grünflächen entwässert und versickert dort über Oberbodenpassagen.

Das Regenwasser aus den wasserdurchlässigen Sportfeldern versickert im Untergrund. Lediglich bei langen anhaltenden Regenfällen und gesättigten Böden wird ein Teil des Sickerwassers in eine Reinabwasserleitung abgegeben.

4. Finanzen

4.1 Anlagekosten

Herleitung des Ausführungskredits

Um die klassierten Wettbewerbsprojekte vergleichen zu können wurden diese durch ein Büro für Bauökonomie einem Grobkostenvergleich unterzogen. Die Grobkosten (mit einer Kostengenauigkeit von +/- 25%) wurden damals für das Siegerprojekt auf ca. CHF 26'400'00 geschätzt; diese Zahl diente als Grundlage für die Berechnung der Projektierungskosten.

Die Kostenschätzung (+/-15%) der Anlagekosten (Stand Vorprojekt) lautet auf CHF 37'049'510.- (inkl. MwSt. 8.1% / exkl. Bauherrenreserve / exkl. Option Wärmeerzeugung) -> s. Beilage 3.

Die Kostenschätzung enthält keine Bearbeitungsreserve. Die Direktion Sicherheit und Liegenschaften fordert eine Bauherrenreserve von 3% der Baukosten (BKP 1-4) in den Kreditantrag aufzunehmen, und offen auszuweisen.

Kostenschätzung Vorprojekt inkl. MwSt. (8.1%, ab 01.01.2024)

	Projektierungskredit	Ausführungskredit	Differenz
BKP 0 Machbarkeitsstudien / Wettbewerb	470'000.-	470'000.-	0.-
BKP 1 Vorbereitungsarbeiten	200'000.-	1'199'910.-	+ 999'910.-
BKP 2 Gebäude inkl. Honorare	25'430'000.-	30'379'975.-	+4'949'975.-
BKP 3 Betriebseinrichtungen	300'000.-	1'551'235.-	+1'251'235.-
BKP 4 Umgebung	2'500'000.-	2'670'070.-	+170'070.-
BKP 5 Nebenkosten	900'000.-	572'930.-	- 327'070.-
BKP 9 Ausstattung	1'200'000.-	205'390.-	- 994'610.-
Zwischentotal 1	31'000'000.-	37'049'510.-	6'049'510.-
	100%	119.5%	19.5%
Bauherrenreserve 3% v. BKP 1-4		1'037'440.-	
Zwischentotal 2		38'086'950.-	

Option eigene Wärmeerzeugung (inkl. MwSt.):

Kosten für eigene Wärmeerzeugung, falls der Wärmeverbund Wabern-Bern (EWB) nicht realisiert wird.

- Zusätzliche Kosten für eigene Wärmeerzeugung 720'000.-

Anlagekosten total inkl. MwSt. 8.1% **38'806'950.-**

Abzüglich bewilligter Projektierungskredit - 1'550'000.-

Abzüglich bewilligte Kredite Machbarkeit / Wettbewerb -470'000.-

Ausführungskredit inkl. MwSt. 8.1% **36'786'950.-**

Der für die Ausführung benötigte Kredit beträgt CHF 36'786'950.- zuzüglich allfällige Teuerung (Baupreisindex Hochbau, Espace Mittelland, Stand Oktober 2022, 113.3 Punkte); die Kostengenauigkeit der Kostenschätzung (Projektstand Vorprojekt) beträgt +/- 15%.

4.2 Investitionsplan

In der aktuellen Investitionsplanung (IAFP 2023) sind für das Bauvorhaben folgende Mittel für die Jahre 2022 bis 2026 eingestellt.

2021	2022	2023	2024	2025	2026
450'000.-	1'250'000.-	1'800'000.-	8'000'000.-	15'750'000.-	2'000'000.-
SIA Phase 2	SIA Phase 3	SIA Phase 3+4	SIA Phase 4+5	SIA Phase 5	SIA Phase 5

Phasen nach SIA

4.3 Beiträge Dritter

Photovoltaik

Photovoltaikanlagen werden in Form einer Einmalvergütung von max. 30% der Erstellungskosten subventioniert. Zu gegebener Zeit wird von den Planern ein Gesuch für einen Förderbeitrag eingereicht.

Turnhalle / Spiel- und Sportplätze

Der Sportfonds finanziert Sportbauten, die der Öffentlichkeit (Vereinsnutzung) zur Verfügung gestellt werden mit. Ebenso werden öffentlich zugängliche Spielplätze durch den Lotteriefonds unterstützt. Die beiden Gesuche werden ebenfalls nach Ausarbeitung des Bauprojekts beim Kanton eingereicht.

5. Termine

Die Vorprojektphase wurde Ende Mai 2023 abgeschlossen. Im Juni 2023 wurde die Projektphase «Bauprojekt» gestartet, nach Abschluss dieser Phase liegt der Kostenvoranschlag mit einer Genauigkeit +/-10% vor. Nachfolgend die wichtigsten Termine (siehe auch Beilage):

Volksabstimmung zum Ausführungskredit	26. November 2023
Baugesuch Sportplätze (Parzelle 9691)	November 2023
Baugesuch Schulhaus / Turnhalle	Februar 2024
Ausführungsplanung Sportplätze	März – Juli 2024
Ausführungsplanung Schulhaus / Turnhalle	September 2024 – März 2025
Realisierung Sportplätze	August – Dezember 2024
Realisierung Schulhaus / Turnhalle	Februar 2025 – Juli 2026
Bezug / Betrieb Schuljahr 2026/27	August 2026

Im Parlamentsantrag vom 7. November 2022 zum Projektierungskredit war die Inbetriebnahme der erweiterten Schulanlage Morillon per Herbst 2025 in Aussicht gestellt worden. In der Detailplanung wurde klar, dass dieser Termin angesichts der Dauer der einzelnen Planungsphasen nicht realistisch ist. Deshalb wurde die Inbetriebnahme nach Absprache mit der Schulleitung auf Sommer 2026 verschoben. Für das Schuljahr 2025/2026 können schulinterne Lösungen gefunden werden, um die zusätzlichen Schülerinnen und Schüler aufzunehmen.

Verzögerungen aufgrund von Einsprachen im Bewilligungsverfahren oder von unvorhergesehenen Ereignissen während der Bauphase können nicht ausgeschlossen werden. Falls dadurch die Inbetriebnahme per August 2026 nicht möglich wäre, müssten für das Schuljahr 2026/2027 provisorische Lösungen gefunden werden (z.B. Miete für externe Räume).

6. Folgen bei Ablehnung des Geschäftes

Bei Ablehnung werden die räumlichen Kapazitäten im Schulkreis Wabern nicht ausreichen, um die zu erwartenden Schülerinnen und Schüler der Regelschule und der Tagesschule aufnehmen zu können. Diese Situation müsste mit Provisorien und/oder zu mietenden Liegenschaften entschärft werden.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Mit x zu y Stimmen und z Enthaltungen beantragt das Parlament den Stimmberechtigten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Kredit für das Projekt Wabern Morillon Schulraumerweiterung von CHF 36'786'950 (inkl. MwSt. zuzüglich allfälliger Teuerung) zu Lasten Konto 3750.5040.1305, Wabern Morillon Schulraumerweiterung wird bewilligt.

2. Die Botschaft an die Stimmberechtigten und der Wortlaut des Stimmzettels wird genehmigt.

Köniz, 28. Juni 2023
Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Entwurf Abstimmungsbotschaft
- 2) Terminprogramm
- 3) Beilage zu Punkt 4. Finanzen; Begründung / Erläuterung Mehrkosten
- 4) Verkleinerte Projektpläne
- 5) Folgekosten
- 6) Risikoanalyse (Nachversand)

Diskussion

Parlamentspräsidentin Tatjana Rothenbühler: Zu den Sitzungsakten: Wir haben einen Bericht und einen Antrag des Gemeinderates, wir haben eine Abstimmungsbotschaft und einen Antrag auf der Tischvorlage. Die GPK hat verlangt, dass die Parlamentsunterlagen mit einer Risikoanalyse ergänzt werden müssen. Mit Mail haben wir euch darauf hingewiesen, dass dieses Dokument seit 17. August 2023 online ist.

Folgendes Vorgehen ist geplant: Zuerst hat der GPK-Referent das Wort, dann kommen die Voten aus den Fraktionen, dann die Einzelvoten und zum Schluss der Gemeinderat. Mit Mail vom 14. August 2023 an das Parlament, habe ich darauf hingewiesen, dass Anträge zur Botschaft schriftlich vorliegen müssen.

Die Redaktionskommission wird die Botschaftsseite mit den Pro- und Contra-Argumenten verfassen. Sie hält sich dabei an das Wortprotokoll. Wir haben euch mit Mail vom 14. August 2023 gebeten, die Argumente für und gegen die Vorlage in den Fraktionsvoten separat zu erwähnen. Das erleichtert der Redaktionskommission ihre Arbeit.

GPK-Referent Adrian Burren: In Wabern im Morillon soll das Schulhaus erneuert werden. Dazu haben wir im Mai 2022 bereits einen Planungskredit verabschiedet. Der vorliegende Parlamentsantrag beinhaltet jetzt einen Kreditantrag im Betrag von rund CHF 36 Mio. für die Ausführung dieses Siegerprojekts aus diesem Planungskredit.

Das Siegerprojekt "MoriLTon" soll insbesondere für die Schüler einen Mehrwert bringen und zwar durch seine intelligente Anordnung, eine geschickte Nutzung der verschiedenen Ebenen und auch aufgrund der Nutzungsflexibilität. Dabei soll es erweiterbar sein und hat ein sehr gutes Kosten-Nutzen-Verhältnis, auch hinsichtlich des Anspruchs Low-Tech und Langlebigkeit. Die Jury, der Gemeinderat sowie die Verwaltung sind vom vorliegenden Projekt sehr überzeugt.

Das Projekt "MoriLTon" war auch bei uns in der GPK unbestritten und wir haben uns eigentlich vor allem über die "Nebenschauplätze" dieses Projektes unterhalten. Denn in diesen Nebenschauplätzen gibt es einige Knacknüsse, welche man erwähnen muss und welche auch gelöst werden müssen. Ich zähle diese auf:

- Der Umbau dieses Schulhauses muss während des laufenden Schulbetriebs erfolgen. Auf einem begrenzten Areal ist dies eine Herausforderung – zeitlich, wie auch räumlich.
- Nachbarn des Schulareals haben mit einer oder mehreren Einsprachen gedroht. Wenn dieses Projekt diesen Winter öffentlich aufgelegt werden soll, geht man davon aus, dass man dieses Projekt nicht verhindern, aber um Jahre – je nachdem, wie viele Instanzen durchzogen werden – verzögern kann. Die Rahmenbedingungen des gültigen Zonenplans werden jedoch mit diesem Schulhausbau nicht verletzt. Dieser wird auch nicht verändert. Die Gemeindeverwaltung hat mit den potentiellen Einsprechenden intensive Gespräche geführt, doch wie wir vernommen haben, ohne grossen Erfolg.
- Die Landzunge Morillongut, welche nebenan liegt, muss noch umgezont werden. Im Moment ist dies eine Zone für Kleingärten und muss in eine Zone für Sport und Freizeitanlagen umgezont werden. Das hat der Gemeinderat bereits mit einem geringfügigen Verfahren gemacht – also ohne Volksabstimmung – und das Projekt ist im Moment noch beim AGR hängig. Während der öffentlichen Auflage diesen Herbst oder vermutlich eher im Winter, könnten dann ebenfalls Einsprachen gemacht werden, welche ebenfalls zu Verzögerungen führen können.
- Um dieses Schulhaus zu beheizen, wollte sich die Gemeinde eigentlich dem Wärmeverbund Wabern anschliessen. Das wäre die beste und auch kostengünstigste Lösung gewesen. Die Planung dieses Wärmeverbunds ist momentan jedoch blockiert, weil eine Partei ihre Unterschrift nicht erteilt. Es ist unklar ob und auch wann dieser gebaut werden kann.

- Nach Aussage der Verwaltung ist die Inbetriebnahme im besten Fall im Jahr 2029 möglich. Der Gemeinderat muss also parallel zwei Wärmeversorgungsplanungen ausarbeiten.

Durch die vorgenannten Schwierigkeiten, wird der zeitliche Ablauf wie im Antrag beschrieben sehr schwer umsetzbar sein. Der Gemeinderat ist sich diesen Schwierigkeiten bewusst und hat der GPK mündlich die Übergangslösungen erklärt und auch plausibel dargelegt. Mit 4 Stimmen dafür, 1 dagegen und mit 1 Enthaltung hat die GPK dann diese Risikoanalyse eingefordert, welche wir euch vergangenen Donnerstag haben zukommen lassen. Diese Risikoanalyse deckt sich mit der mündlichen Auskunft des Gemeinderates gegenüber der GPK vom vergangenen Montag.

Zum Schluss will ich mich noch den Finanzen widmen: CHF 36.78 Mio. - so viel hat die Gemeinde noch nie in einem einzelnen Projekt für ein Schulhaus ausgegeben. Im Projektierungskredit waren noch Kosten von rund CHF 31 Mio. eingestellt. Durch die Teuerung wird dieses Schulhaus nun CHF 6 Mio. teurer. Im IAFP eingestellt sind, Stand heute, nicht ganz CHF 30 Mio. Der Gemeinderat muss sich noch entscheiden, wie und wo er diese fehlenden Millionen im IAFP einsparen will – und das sind nicht wenige. Und auch die Abschreibungen, wenn dieses Projekt einmal gebaut und aktiviert wird, werden wir dann sicherlich zu spüren bekommen.

Bezahlt wird dieses Schulhaus vermutlich als erstes mit neuen Schulden. Eine kleine Anmerkung, welche ich mir als GPK-Sprecher erlaube: Es wäre schön, wenn man einem solch grossen Projekt, welches beinahe CHF 40 Mio. umfasst, eine Folgekostenrechnung über 25 Jahre anfügen würde. Dies würde diesem Projekt gut anstehen.

Die GPK empfiehlt dem Parlament, letzten Montag noch in Unkenntnis der Risikoanalyse, den Anträgen des Gemeinderates zuzustimmen.

Fraktionssprecher EVP-GLP-Mitte-Fraktion, Beat Biedermann, die Mitte: Die Mitte-Fraktion dankt dem zuständigen Gemeinderat und der Verwaltung für die Ausarbeitung und Zusammenstellung der Unterlagen zum Geschäft Kreditantrag und Botschaft.

Am 2. Mai 2022 haben wir hier im Parlament dem Kredit für den Projektwettbewerb für die Schulhauserweiterung zugestimmt. Im durchgeführten Projektwettbewerb hat nicht das grösste, nicht das teuerste, sondern – nach Auffassung der Jury – das beste Projekt gewonnen. Im November 2022 haben wir hier im Parlament dem Projektierungskredit für das Siegerprojekt zugestimmt und dieses Projekt auf den Weg geschickt. Nach bestem Wissen, Kenntnissen, Kennzahlen und Statistiken sind durch die zuständigen Fachleute die Grundlagen für dieses Projekt berechnet, bestimmt und umgesetzt worden. All diese Ausführungsdetails könnt ihr den Unterlagen entnehmen.

Wie aus der vom Gemeinderat nachgelieferten Risikoanalyse hervorgeht, bestehen doch grosse und gewichtige Risiken aufgrund von Einsparungen und Planungsunsicherheiten mit der Wärmeversorgung. Risiken, welche kosten- und terminrelevant sind. Wir müssen also bereits heute davon ausgehen, dass dieses Projekt kostenmässig teurer wird und die geplanten Termine für den Bezug des Gebäudes und der Anlagen nicht eingehalten werden können.

Aber: Diese Schulhauserweiterung ist zwingend notwendig. Sie hinkt terminlich der benötigten Bereitschaft von Schulräumen um Jahre hinterher. Das zeigen auch die Statistiken und Hochrechnungen klar auf. Es wird also sicherlich Schulraumprovisorien, Containerlösungen, Miete von externen Räumen, notwendig machen. Hier eine kleine Bemerkung: Diese sind eventuell schon durch zusätzliche Spez-Sek-Klassen belegt.

Und es wird auch Anlagenkompromisse mit den Aussensportanlage geben müssen. Es wird sicherlich nicht nach Termin so fertiggestellt werden können.

Aber auch mit all diesen aufgeführten Situationen und den Bedenken zum Projekt, zu den Kosten und der Termine, stimmt die EVP-GLP-Mitte-Fraktion dem Antrag 1, Kreditantrag Schulhauserweiterung und dem Antrag 2, Botschaft des Gemeinderates, einstimmig zu.

Fraktionssprecherin FDP, Heidi Eberhard: Vorab auch von unserer Seite her besten Dank an die Direktion Sicherheit und Liegenschaften für die Aufbereitung der ausführlichen Parlamentsunterlagen und die Nachreichung der von der GPK verlangten Risikoanalyse. Danke auch an Adrian Burren als GPK-Referent für die vorgenommenen Abklärungen und die Informationen, welche wir jetzt gerade erhalten haben.

Die Details zum Geschäft sind in den Parlamentsunterlagen und in der Botschaft für die Stimmberechtigten umfassend beschrieben und somit bekannt. Heute Abend geht es also um einen Ausführungskredit in der Höhe von CHF 36'786'950 – also fast CHF 36.8 Mio.

Mit dem vom Parlament im Mai 2022 bewilligten Kredit, im Betrag von CHF 370'000 – in den Unterlagen sind unter "Finanzen" CHF 470'000 erwähnt – und der Projektierungskredit in der Höhe von CHF 1.55 Mio. geben wir heute grünes Licht für bezifferbare CHF 38.8 Mio. inkl. dieser Bauherrenreserve im Betrag von CHF 1 Mio. und der eventuellen eigenen Wärmeerzeugung im Betrag von CHF 720'000 vorbehaltlich der Teuerung.

Doch diese Schulraumerweiterung im Morillon ist längstens fällig. Es ist unbestritten, dass der Ortsteil Wabern ein extrem hohes Bevölkerungswachstum aufweist. Mit den zugezogenen Familien steigt auch die Zahl der Schülerinnen und Schüler. Deswegen ist dort die Kapazitätsgrenze im Jahr 2025 definitiv erreicht. Es ist daher wichtig und dringend, dass die Schulraumerweiterung für eine Primarschule für 12 Klassen, sowie Werk- und Tagesschulräumlichkeiten jetzt geschaffen werden oder zumindest angegangen werden und zwar subito.

Das Angebot des obligatorischen Schulsports wird mit diesem Projekt sichergestellt. Zusammen mit der Schulraumerweiterung wird eine unterirdische Doppelturnhalle realisiert, welche den Normen des BASPO entspricht. Das alles beinhaltet dieses Siegerprojekt "MoriLTon" der Spaceshop Architekten GmbH. Die Doppelturnhalle wird sowohl vom Innenhof wie auch von der Kirchstrasse her zugänglich sein. Diese Schulraumerweiterung und Doppelturnhalle sind für die Schülerinnen und Schüler wichtig, die Doppelturnhalle ist aber auch wichtig für die Vereine. Am Abend und an den Wochenenden kann die Turnhalle von diesen genutzt werden.

Bedauerlicherweise - wie auch bereits erwähnt - muss dieses Geschäft noch einige Hürden nehmen. Nebst den bereits angedrohten Einsprachen, muss eben auch diese Zonenplanänderung für die Parzelle 9691, auf welcher die Aussensportanlagen geplant sind, zuerst bewilligt werden. Das hat Adrian Burren zuvor auch bereits gesagt und er hat die Vorgehensweise erläutert. Das AGR hat die Frist für die Vorprüfung bis Ende Oktober in Aussicht gestellt. Ebenfalls noch nicht klar ist der Anschluss an den Wärmeverbund Wabern-Bern. Das ewb entscheidet Ende Jahr. Es hat also noch offene Punkte, welche hoffentlich bis Ende Jahr tatsächlich geklärt werden können.

Das ganze Projekt Wabern Morillon Schulraumerweiterung ist sehr sportlich geplant und folglich eng getaktet. Die Inbetriebnahme der erweiterten Schulanlage ist bis August 2026 vorgesehen. Es stehen somit arbeitsintensive Monate an. Verzögerungen aufgrund der bereits genannten Einsprachen im Bewilligungsverfahren und/oder auch während der Bauphase, können nicht ausgeschlossen werden. Jede Verzögerung ist mit Zusatzkosten verbunden, welche heute noch nicht beziffert werden können. Auch da hat Beat Biedermann bereits von diesen Containern gesprochen, welche man dann einsetzen müsste. Diese sind sicherlich auch nicht gratis zu haben, ausser man würde einen Sponsor finden.

Der zu sprechende Kredit für die Schulraumerweiterung Morillon ist hoch, die Risiken einer Verzögerung mit weiterer Kostenfolge sind im Projekt vorhanden. Es "schleckt keine Geiss weg": Der Schulraum wird im August 2026 benötigt. Ein zielstrebiges Vorgehen von allen Seiten ist gefragt, um diesen Plan einzuhalten und die Anlage in Betrieb zu nehmen.

Die FDP. Die Liberalen gibt das "Go". Wir stimmen dem Antrag des Gemeinderates zum Ausführungskredit und zur Botschaft zu Händen der Stimmberechtigten einstimmig zu. Gegenüber dem bereits vorliegenden Antrag der Grünen sind wir relativ skeptisch. Die GPK wäre unseres Erachtens zu spät involviert. Auch hier: Ein zusätzliches Reporting bringt zusätzlichen Mehraufwand für die Verwaltung. Personelle Ressourcen sind jetzt schon knapp. Kurzfristige Entscheide werden von der Exekutive gefällt. Wir werden diesen Antrag daher ablehnen.

Fraktionssprecherin Grüne/Junge Grüne, Christina Aebischer, Grüne: Die Grüne/Junge Grüne-Fraktion hat sich intensiv mit diesem Geschäft auseinandergesetzt. Nicht erst jetzt beim Ausführungskredit, sondern bereits beim Wettbewerbs- und Planungskredit. Wir haben schon immer gesagt, dies ist ein wichtiges Projekt. Die Erweiterung ist unbestritten und wir stehen voll hinter den hohen Nachhaltigkeitsansprüchen, aber die späte Einleitung dieser komplizierten Planung bringt einige Probleme mit sich, wozu wir schon von Beginn an Fragen gestellt haben und wir waren hier ja auch nicht die einzigen.

Die wichtigsten Fragen hat der GPK-Referent und meine Vorredner:innen bereits erwähnt, ich wiederhole diese hier jetzt nicht mehr. Ich will nur sagen, dass wir es bereits damals bedauert haben, dass man mit den Direktanwohnenden nicht von Beginn an den Dialog gesucht hat – Betonung auf "von Anfang an". Und was ich euch versichern kann, was kein Problem in Wabern ist, das sind zusätzliche Spez-Sek-Klassen. Von Wabern gehen nämlich nur etwa 5% der Spez-Sek-Schüler an die Lerbermatt, das können wir also bereits streichen.

Jetzt haben wir diesen Ausführungskredit vor uns, sind bei rund CHF 37 Mio. und haben immer noch einige offene Fragen. Diese haben wir im Vorfeld dem Gemeinderat gestellt – besten Dank für die Antworten der Direktionen DSL und DBS, welche wir via GPK erhalten haben.

Kurz zusammengefasst, finden wir das Projekt gestalterisch immer noch grundsätzlich gelungen, aber wir machen uns echt Sorgen bezüglich der Umsetzung und der Umsetzbarkeit in diesem angepeilten Zeitplan, den Auswirkungen auf den Schulbetrieb, den Kosten und der Folgekosten. Wie ich bis jetzt gehört habe, sind wir uns in Bezug auf wo die Schwierigkeiten sind, einig.

Ich möchte zwei Punkte hervorheben:

- Es ist durchaus möglich und nicht einmal der Worst Case, dass rund um diese Schule während etwa fünf Jahren gebaut wird. Mit dem Sportplatz, dann, wenn man die Einsprachen beilegen konnte, mit dem Neubau - Sandra Röthlisberger hat uns letztes Mal vorgerechnet, dass dies ein Aushub von 1'600 Lastwagen ist - dann mit dieser Fernwärmezentrale, welche dann vielleicht doch unter die Sportplätze kommt – also wieder Rückbau – usw. Dann haben wir noch eine Betriebswendeschleife, welche beginnen soll und wir haben die Sanierung der Seftigenstrasse, welche Umleitungsverkehr über die Bondeli- und Kirchstrasse bringen wird – das ist wahnsinnig intensiv. Und das Ganze noch mit jährlich steigenden Schüler- und Klassenzahlen und Bedarf nach Übergangslösungen. Das ist eine sehr herausfordernde Situation und wir sind der Meinung, es braucht hier weitere Steuerungsmechanismen.
- Der nächste Punkt sind die Kosten oder eben diese Nebenkosten, wir haben es gehört: Was verändert dies in der Investitionsplanung? Welche anderen Projekte müssen zurückgestellt werden? Und dieser Abschreiber von geschätzt CHF 1.5 Mio. in der laufenden Rechnung, wenn das einmal gebaut ist, ist kein Pappenstiel, dessen müssen wir uns bewusst sein. Plus noch die Ausgaben für all diese Übergangslösungen. Auch dort haben wir Antworten von der Abteilung Bildung bekommen, diese Kosten liegen irgendwo zwischen CHF 50'000 und CHF 500'000 pro Jahr.

Es ist schwierig und wir sind der Meinung, man muss weitsichtig planen, gut kommunizieren und es ist ein riesiges Bauprojekt, das haben wir auch gehört. Und natürlich gibt es bei jedem Bauprojekt Einsprachen, Verzögerungen, Anpassungen – doch hier sind wir der Meinung, diese Abhängigkeiten sind so gross, das muss man näher beachten, Stichwort "Risikomanagement".

Wir danken der GPK, dass sie diese Betrachtung verlangt hat und wir danken der Verwaltung, dass sie dies so rasch innerhalb von drei Tagen machen konnte. Jetzt haben wir eine erste Übersicht.

Wir sind allerdings methodisch und inhaltlich nicht ganz zufrieden: Was uns auffällt ist, als Risikoanalyse geht dies eigentlich nicht durch. Es ist nicht komplett und nicht systematisch erstellt. Das mag der Kurzfristigkeit geschuldet sein, aber das bedeutet implizit auch, dass man dies nicht regelmässig macht. Es ist unklar, wer sie erstellt hat – das ist sehr wichtig – und es fehlen verschiedene Aspekte. Ich will zwei nennen: Einerseits kommen die Risiken für den Schulbetrieb gar nicht erst vor und andererseits haben wir interne und externe personalbezogene Risiken. Wir haben in der Verwaltung unbesetzte, interimistisch besetzte Stellen, wir haben Rotationen, wir haben Abgänge und wir haben im Baugewerbe allgemein Fachkräftemangel. Wir können nicht so tun, als wäre dies nicht die Realität und versuchen jetzt, auf Tempo Teufel dieses Projekt ohne weitere Begleitmassnahmen durchzubringen. Darum unser Antrag: Wir wollen gerne, dass die GPK dieses Projekt prioritär behandelt. Es ist uns bewusst, dass die GPK eigentlich nur retroaktiv beurteilen kann, es ist uns auch bewusst, dass die Sicherstellung des Managements und der Qualitätssicherung in der Verantwortung des Gemeinderates liegt, doch wir haben keinen Einfluss, wie der Gemeinderat dies traktandiert und wie er dies behandelt. Hingegen haben wir zwei parlamentarische Kommissionen und der einen, der GPK, wollen wir hier mit einem recht offen formulierten Antrag den Auftrag geben, hier prioritär einen Fokus zu legen. Überlegt es euch doch bitte nochmals, ob dies nicht ein geeignetes Mittel ist, mit welchem wir ein bisschen helfen können, damit dieses Projekt gut kommt. Denn wir wollen, dass dieses Projekt gut kommt.

Abschliessend zusammengefasst werden die Grünen/Junge Grünen diesen Kreditantrag unterstützen.

Unsere Pro Argumente sind:

- Der Schulraumbedarf und der Turnhallenbedarf ist klar ausgewiesen,
- es ist eine überzeugende gestalterische Ergänzung des bestehenden Gebäudes,
- es hat hohe Standards an Ökologie und Nachhaltigkeit und es erlaubt nach Bedarf weitere Ausbauten.

Als Contra-Argumente sehen wir:

- Die grossen Herausforderungen in diesem Projekt und die vielen Abhängigkeiten, welche sehr schwierig zu managen sind,

- dass der Kreditrahmen nicht alle Kosten abbildet, Stichwort Übergangslösungen und Verzögerungen,
- und dass der Terminplan zu sportlich ist.

Fraktionssprecherin SP/JUSO, Claudia Cepeda, SP Frauen: Manchmal müssen wir im Parlament aufpassen, vor lauter Bäumen den Wald nicht aus den Augen zu verlieren. Oder übersetzt auf das Morillon; vergessen wir vor lauter Mauern, Sportplätzen, Risikomanagement und Einwohner:innen-Einsprachen, nicht das Wesentliche: Schüler:innen aus Wabern brauchen ab 2025 dringend Schulraum und Platz für Tagesschulen. Und zwar solche, welche den Anforderungen der Volksschulverordnung entsprechen, sprich Räume, in welchen sich Schüler:innen wohl fühlen und gut lernen können. Die einzelnen Bäume zu pflanzen, ist grundsätzlich die Sache der Verwaltung. Wir als Parlament betrachten dann den Wald, in unserer Aufgabe als strategisches Kontrollinstrument. Das Parlament übt gemäss Gemeindeordnung die Aufsicht über den Gemeinderat und die Oberaufsicht über die Gemeindeverwaltung aus. Wenn wir jetzt als Parlament beginnen, über Äste und Blattläuse zu diskutieren, dann sind wir definitiv nicht mehr im Bereich unserer Aufgaben.

Wir haben es vom GPK-Referenten gehört, es gibt in diesem Projekt Nebenschauplätze, aber wenn wir jetzt auf diesen herumreiten, dann richten wir das Licht absolut auf das falsche Thema.

Die Verwaltung hat mit diesem Projekt eine grosse Herausforderung und macht eine gute Arbeit. Es ist ein Misstrauensvotum gegenüber der Verwaltung, welche dieses Geschäft stemmt, wenn wir jetzt nur über die Nebenschauplätze sprechen. Man kann durchaus die Kommunikation und das Vorgehen des zuständigen Gemeinderates beanstanden, da haben wir grosses Verständnis. Es ist gemäss diversen Rückmeldungen einiges nicht gut gelaufen und es gibt noch ungeklärte Punkte. Aber man muss dieses Vorgehen vom eigentlichen Projekthalt ganz klar abgrenzen. Und wir entscheiden heute über den Projekthalt. Von daher, lasst uns den Wald betrachten, es ist ein gutes Projekt.

Hier sind unsere Pro-Argumente für die Botschaft:

- Es bietet den Kindern aus Wabern den dringend benötigte Schulraum und Platz für Tagesschulen.
- Dank der Modulbauten können die Räume z.B. für Tagesschule oder als Klassenzimmer vielseitig genutzt werden. Sie sind flexibel und erweiterbar und das gibt die nötige Flexibilität, auch wenn sich die Anforderungen zukünftig wandeln sollten.
- Dank der Modulbauten ist es ebenfalls erweiterbar.
- Das Projekt bietet dringend benötigte Sportplätze für Vereine.
- Die Energiebilanz des Projekts ist vorbildlich. Mehrere Anforderungen aus dem Parlament wurden dort auch noch aufgenommen. Es entsteht ein Low-Tech-Gebäude, welches als energieeffizient, ressourcenschonend und als wirtschaftlich gilt.

Aus unserer Sicht wäre es absolut unverständlich, einem so wichtigen Projekt Steine in den Weg zu legen. Mit Einsprachen ist bei so grossen Projekten immer zu rechnen, Risiken können nie ganz ausgeschlossen werden und dass es während der Bauphase zwischendurch nicht angenehm für alle Beteiligten wird, ist leider nicht gänzlich zu vermeiden. Das neue Schulhaus wird zu Lasten des Pausenraums geplant und deswegen muss man in der Umbauphase unbedingt zusätzlichen Pausenraum schaffen, das ist für die Schülerinnen und Schüler sehr wichtig und auch für das ganze Quartier.

Wir müssen auch dafür Sorge tragen, dass die Übergangsphase mit Provisorien möglichst kurz ist und das machen wir am besten, wenn wir die Verwaltung ihren Job machen lassen und das Projekt gegen innen und auch gegen aussen wohlwollend unterstützen und positiv darüber kommunizieren. Mit spitzfindiger Kritik und Projektbashing werden wir nämlich am Schluss selber auf der Risikoliste landen und das kann nicht das Ziel unseres Parlaments sein.

Die SP/JUSO-Fraktion folgt daher dem Antrag des Gemeinderates und stimmt diesem Geschäft zu. Und ich will auch gleich noch etwas zum Antrag der Grünen sagen: Wie bereits erwähnt, haben wir grosses Verständnis dafür, dass gewisse Prozesse und Kommunikation kritisiert werden. Die GPK hat beim Gemeinderatsgeschäft eine wichtige Aufgabe und um diese zu erfüllen, muss sie mit den notwendigen Informationen ausgestattet werden und zwar rechtzeitig. Ihre Aufgabe ist es, Fragen zu stellen und Informationen zu hinterfragen. Diesen Aufgaben muss seitens Gemeinderat konstruktiv und mit dem nötigen Respekt begegnet werden, das ist uns ein grosses Anliegen. Wir sind teilweise aber auch nicht sicher, ob der eingereichte Antrag der Grünen hierfür der richtige Weg ist. Die Involvierung der GPK bei Bauprojekten ist im GPK-Reglement geregelt und soll auch ohne Zusatzanträge Gültigkeit haben und funktionieren. Ansonsten müssten wir das im Prinzip bei jedem Projekt machen, wenn wir in die bereits vorhandenen Prozesse kein Vertrauen hätten. Unsere Fraktion hat hier keine einheitliche Haltung dazu und daher geben wir zu diesem Antrag Stimmfreigabe.

Fraktionssprecher SVP, Florian Moser: Vielen Dank der Direktion Sicherheit und Liegenschaft für die Zusammenstellung dieses komplexen Schulhausprojekts. Es ist ausführlich alles ins Detail aufgeführt. Wir finden es einen sehr guten Kreditantrag. Vielen Dank für die gute Planung und das Zusammenspiel von DBS und DSL.

Das Projekt Schulhaus Morillon gefällt. In diesem Fall haben Besteller und Ersteller harmoniert. Das ist eine sehr gute Sache so sollte es funktionieren. Man hat aus der Debakel-Planung beim Schulhaus Ried gelernt und offensichtlich die entsprechenden Lehren gezogen. Im vorliegenden Kreditantrag und der Botschaft wurde ein Schulhausprojekt auf die Beine gestellt, welches zwar etwas kostet, aber viel bietet. Man kann sagen, wir erhalten viel fürs Geld.

Ausserdem ist es offensichtlich das wir Schulraum brauchen. Sämtliche Schulhäuser der Gemeinde Köniz sind mit Schulraum mehr oder weniger am Anschlag. Die Frage ist aber, warum brauchen wir dauernd so viel Schulraum? Die Volksschulverordnung des Kantons Bern VSV hat eine etwas fragwürdige Auffassung für Schulraum – diese müsste unbedingt angepasst und meiner Meinung nach, gesenkt werden. Hier sind wir aber auf kommunaler Stufe unschuldig und einflusslos. In dieser Sache hat der Grosse Rat die Arbeit noch nicht gemacht. Hinzu kommt natürlich auch noch der Faktor Bevölkerungswachstum. Wir sind sehr attraktiv für Familien und von daher kommen diese Familien auch und wir haben je länger je mehr Schüler.

Beim Schulhaus Gebäude Morillon gibt es nichts auszusetzen. Für die CHF 38.8 Mio. erhalten wir, wie schon erwähnt, relativ viel Schulraum für das Geld. Die Eigenschaften, die der SVP Fraktion passen, sind:

- Die Nutzungsflexibilität, die Anpassungsfähigkeit und die Aufstockungsfähigkeit. Es ist ein Modularbau, es ist etappierbar. Das sind alles sehr wichtige Punkte, um sich den Gegebenheiten und Bedürfnissen anzupassen. Auch gibt es mit den Jahren Bedarfsänderungen und da müssen wir mit dem Gebäude bereit sein.
- Die Nachhaltigkeit wurde auch bereits erwähnt. Nach Low Tech-Ansatz in der Haustechnik: Es ist sehr erfreulich, dass es auch einmal ohne High Tech geht.
- Lüftung: Es ist keine Komfortlüftung vorgesehen. Die Zuluft wird zentral zugefügt. Das passt uns eigentlich so auch.
- Die PV-Anlage auf dem Dach ist zur heutigen Zeit ein Muss oder ein Soll in der Gebäudeplanung. Schade ist, dass nicht auch noch gleich Elektroladestationen vorgesehen sind. Dies würde auch noch die E-Mobilität fördern. Und vor allem beim Lehrpersonal würde sich so der eine oder andere überlegen, ein Elektroauto anzuschaffen oder man könnte ein Sharing Mietfahrzeug betreiben.

Positiv zu beurteilen ist auch die Risikoanalyse, welche kurzfristig erstellt wurde und das Projektcontrolling unterstützt. Wir lehnen aber eine halbjährliche GPK-Behandlung aus dem Abänderungsantrag 3 ab. Wir haben hier das Vertrauen in den Gemeinderat, dass er dieses Projekt mit bestem Wissen und Gewissen betreuen wird. Wir wollen die GPK nicht noch zusätzlich mit einer Begleitung belasten und sehen hier den Gemeinderat in der Pflicht.

Die Punkte welche als Risiko hoch eingestuft wurden sind sicher nicht zu unterschätzen. Vor allem das Baugesuch, welches das Projekt vom Best Case 2026 auf Worst Case 2029 verzögern könnte, ist nicht unwesentlich. Wir können das aber nicht ändern und wissen den aktuellen Verhandlungs- und Informationsstand mit den betroffenen vier Parteien nicht. Ich bin persönlich eher skeptisch, dass die Inbetriebnahme für den Sommer 2026 klappt, doch ich lasse mich gerne überraschen und hoffe, man kann den Zeitplan einhalten. Wir werden es sehen.

Die SVP-Fraktion stimmt dem Kreditantrag Nr. 1 und der Botschaft 2 einstimmig zu

Zu den Pro-Argumenten:

- Es gibt viel neuen Schulraum fürs Geld. Auf diesen Schulraum sind wir dringend angewiesen.
- Das Gebäude ist modular, erweiterbar und etappierbar.
- Der Bau ist nicht Hightech, sondern Lowtech. Die Gebäudetechnik wird auf das Minimum reduziert.
- Nachhaltige Baustoffe werden mit Holz gefördert.
- Die Lage ist prädestiniert für ein Schulhaus.
- Eine Ablehnung würde hohe Kosten für Provisorien und Mietliegenschaften auslösen.

Das Contra-Argument sind sicherlich:

- Die Kosten, welche nicht unwesentlich sind. Es hat langfristige Auswirkung auf den Könizer Finanzhaushalt und ist von daher nicht zu unterschätzen.

Gemeinderat Thomas Brönnimann: Ich danke allen Votanten für diese sachliche Diskussion. Der GPK-Referent hat eigentlich alles Wesentliche gesagt und dieses komplexe Geschäft hervorragend zusammengefasst. Ich habe eigentlich auch keinerlei Ergänzungen mehr zur Botschaft.

Ich bitte euch jetzt um Zustimmung für diesen Ausführungskredit - und ich habe gut zugehört, ich danke euch darum bereits jetzt für die Zustimmung.

Ich gebe dann am Schluss noch das Wort weiter an Hans-Peter Kohler, welcher noch aus Bildungssicht sagen kann, wie wichtig dieses Projekt vor allem für diesen Ortsteil Wabern ist, welcher in den letzten Jahren so stark gewachsen ist und immer noch wächst - bei den Schülerzahlen sogar überproportional im Verhältnis zur Bevölkerung.

Kurz noch zu den Votanten: Beat Biedermann hat schön zusammengefasst, dass dieses Projekt zwar sehr komplex ist, aber eigentlich eben gut und dass man eben keine besseren Alternativen sieht.

Heidi Eberhard hat auf zwei wesentliche Probleme hingewiesen: Zum Thema Wärmeverbund kann ich sagen, dass es natürlich schon toll wäre, wenn es noch gelingen würde, dass man dieses Projekt dem Wärmeverbund anschliessen könnte. Aber wir dürfen auch nicht vergessen, dass wir diese Chance eigentlich nur haben, weil wir schon viel zu spät dran sind. Es kann sein, dass es auch noch zu Verzögerungen kommt, dessen sind wir uns von der Direktion DSL durchaus bewusst. Man sagt nicht ohne Grund, dass die Einsprache jetzt dann bald einmal zur 5. Landessprache ernannt wird - diese kann es geben, aber ich sage auch hier: Die Hoffnung stirbt zuletzt und wir von unserer Direktion, müssen einfach einen Umgang damit finden. Und es wäre dann halt leider so, dass wir externe Lösungen suchen müssten, allenfalls mit Containern, so wie wir es jetzt dann ja leider während der Sanierung im OZK machen müssen. Doch das sind Premieren. In den letzten zehn Jahren haben wir es in Köniz immer geschafft, ohne diese Provisorien auszukommen. Und wer weiss, Wunder geschehen, ich hoffe da immer noch ein bisschen.

Christine Aebischer hat ziemlich Kritik geübt, doch sie hat auch keine Alternative geboten. Ausser diesen Antrag der Grünen, für eine etwas neue Rolle der GPK. Dieser Antrag wurde vom Gemeinderat nicht besprochen, darum kann ich keine Haltung des Gemeinderates dazu äussern. Wenn wir aber schon beim Prozess sind, dann ist dies ja eines dieser Projekte, bei welchem die GPK bereits vor dem Ausführungskredit involviert war. Danach hat sie zwei Lesungen beim Ausführungskredit durchgeführt. Ich glaube, das hat sich bewährt, das sieht man jetzt auch an diesem doch sehr wohlwollenden GPK-Votum. Ich habe dem vorherigen Geschäft auch zugehört und da sage ich als altgedienter Politiker, da habe ich das Gefühl, da ist uns der Prozess, wie wir mit solchen Geschäften umgehen, etwas aus dem Ruder gelaufen - hier in diesem Geschäft ist der Prozess aus meiner Sicht eigentlich recht gut gelaufen. Man hat von der GPK her noch diskutiert, ob man vielleicht auch den Ausführungskredit in eine zweite Lesung nehmen will. Das könnte man durchaus noch einplanen. Es braucht aber natürlich Zeit und wir wissen, wir sind hier spät dran.

Warum wir spät dran sind, das will ich hier trotzdem nochmals sagen. Dazu sagt vielleicht dann auch Hans-Peter Kohler noch ein Wort dazu, denn die BSS als Besteller steht ja immer am Anfang des Prozesses, welcher ausgelöst wird. Es ist schon Jahre her, dass der Prozess ausgelöst worden ist und die Verzögerung ist wegen unserer Könizer Finanzknappheit eingetreten. Es ist nicht, weil wir spät dran waren, sondern wir haben vom Gemeinderat her die Prioritäten anders gesetzt und so ist das Projekt in der Investitionsplanung nach hinten gewandert. Ob dies rückblickend der Weisheit letzter Schluss war, darüber zu diskutieren ist müssig. Das sind die Ursachen und jetzt müssen wir heute zu Zeiten, wo es Köniz zum Glück finanziell wieder besser geht, das Beste aus der Situation machen.

Ich kann aber Christina Aebischer und Claudia Cepeda noch versichern, dass die Bauabteilung Immobilien Köniz in den letzten Jahren, bei komplexen Bauaufgaben - ich denke da ans Liebefeld, an Wabern Dorf, an den Spiegel, der jetzt dann bald eingeweiht wird - bewiesen, dass sie solche mehrjährigen Bauprojekte sorgfältig gestalten kann. Aber es ist natürlich eine riesige Herausforderung, wenn mehrere Jahre gebaut wird und nebenan muss man Schule halten. Es ist nicht einfach und trotzdem glaube ich, das grösste Risiko für den Betrieb wäre, wenn es zu Verzögerungen kommt. Denn ihr lest es in der Zeitung, wie der Arbeitsmarkt für Lehrpersonen im Moment aussieht. Dieser ist ausgetrockneter als ausgetrocknet. Und ein gutes Argument für die Gemeinde ist doch immer, wenn sie gute Arbeitsplätze für Lehrpersonen bieten kann, für die Lehrpersonen, aber auch für die Schüler.

Ich habe jetzt wirklich nichts Negatives gehört, auch nicht von den Grünen, welche hier die kritischste Fraktion ist, denn alle haben das Projekt gelobt und gesagt, dieses Schulhaus wird wirklich in Sachen Nachhaltigkeit - und ich bin überzeugt, auch in Sachen Städtebau - Massstäbe setzen. Die Jury hatte auf jeden Fall grosse Freude an diesem Projekt und ich habe ebenfalls grosse Freude daran.

Dass wenn man nebenan wohnt und zuvor eine Freifläche hatte und jetzt ein Gebäude kommt, dass man daran nicht Freude hat, das verstehe ich. Ich verstehe sogar, dass man dann auch seine Rechtsmittel wahrnimmt. Das ist Teil unserer Demokratie, von unserem Rechtsstaat, aber das macht das Projekt nicht schlechter. Es ist ein gefreutes Projekt, ich freue mich, dass nach etwa sechs Jahren, seit das Projekt ausgelöst worden ist, das Projekt starten kann.

Wann es dann gebaut sein wird, wissen wir noch nicht. Ich habe es der GPK gesagt und das ist mir wirklich wichtig, ich gebe darum dem Parlament diese Botschaft mit auf den Weg: Es ist eine Tatsache, dass ein grösseres Schulprojekt heute vom Kick-off bis zur Einweihung zehn Jahre braucht. Wir haben es bei einigen Schulhäusern geschafft, dass wir schneller waren, zum Teil durch glückliche Umstände, dass es keine Einsprachen gegeben hat, zum Teil durch umsichtige Planung, durch ein gutes Zusammenspiel zwischen der BSS und den Immobilien, aber man muss mit diesem Zeitrahmen rechnen. Das heisst, ihr müsst in der GPK, so wie wir es im Gemeinderat machen, jetzt mit diesen Schulhäusern beginnen, wenn wir diese in zehn Jahren einweihen wollen. Von uns wird dann kaum mehr jemand dabei sein, aber das sind die Zeiträume, in welchen wir planen und denken. Jetzt gebe ich das Wort zu diesem schönen Projekt, welches noch nie so gross war an Hans-Peter Kohler.

Gemeinderat Hans-Peter Kohler: Ich sage gerne noch etwas, auch wenn bereits viel von Thomas Brönnimann gesagt wurde. Doch als Besteller muss man noch irgendetwas sagen, denn bestellt hat man schnell, aber man ist auf einem langen Weg.

Und ja, das bestätige ich bewusst: Wir haben frühzeitig bestellt, das ist richtig. Und dass der Schulraum in Wabern wichtig ist, das habt ihr jetzt alle x-mal gehört. Wir haben diese Zahlen intern immer sehr gut aufbereitet, da kann man auch nicht daran zweifeln und das macht auch niemand. Die Kurve zeigt einfach nach oben.

Was noch wichtig zu sagen ist, weil wir immer wieder darauf angesprochen werden: Thomas Brönnimann und ich waren bereit mit diesem Geschäft, aber wir hatten die politischen Mehrheiten nicht. Doch dies hatte einen Grund und dieser war den finanziellen Rahmenbedingungen geschuldet. Aber es ist mir wichtig zu sagen, wir haben es nicht in der Schublade vergessen oder haben getrödelt. Doch es hat nun mal halt doch drei Jahre gebraucht, welche wir jetzt eigentlich gerne noch zur Verfügung hätten betr. möglicher Einsprachen, doch dazu komme ich noch.

Was sehr gut am Projekt ist, das ist die mögliche Aufstockung, falls die Zahlen weiter steigen. Und was ein weiterer wichtiger Punkt ist, sind diese multifunktionellen Räume. Man kann nicht mehr einfach nur in Klassen denken - diese Räume, dieser zusätzliche Schulraum, den kann man vielseitig je nach pädagogischem Modell, welches man fährt, nutzen. Oder wenn man innerhalb von Wabern etwas wechselt, dann sind diese Räume multifunktionell. Das ist sehr wichtig für die Planung und sehr wichtig für die Lehrfachpersonen - das gibt auch Sicherheit.

Wir hoffen natürlich immer noch auf die Vernunft, die Vernunft von möglichen Einsprechern. Denn wenn das Ganze jetzt verzögert wird - da wir ja bereits rund drei Jahre verloren haben - dann öffnen wir das Portemonnaie massiv, dann werden Container kommen, ich wüsste sonst nicht, wo wir mit den Schülern hin wollen. Oder wir eröffnen Waldklassen - doch dann trete ich als Gemeinderat zurück. Ich würde eigentlich doch noch gerne in Schulräumen unterrichten, aber es gibt ja bereits vieles - ich bin langsam etwas müde, dann kommt der Humor nach der Spez-Sek-Debatte wieder hervor. Wir hoffen also schon, dass hier noch die Vernunft einkehrt und es zu keinen weiteren Verzögerungen kommt, ansonsten werden diese Provisorien notwendig und das kostet einfach Geld - es gibt keine billigen Provisorien.

Danke für eure Unterstützung.

Beschluss

Beschluss über den GR-Antrag Ziffer 1 (Antrag an die Stimmberechtigten)

Mit 38 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen empfiehlt das Parlament den Stimmberechtigten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Kredit für das Projekt Wabern Morillon Schulraumerweiterung von CHF 36'786'950 (inkl. MwSt. zuzüglich allfälliger Teuerung) zu Lasten Konto 3750.5040.1305, Wabern Morillon Schulraumerweiterung wird bewilligt.

Beschluss über GR-Antrag Ziffer 2 (Botschaft)

Die Botschaft an die Stimmberechtigten und der Wortlaut des Stimmzettels wird genehmigt. (Abstimmungsergebnis: einstimmig)

Beschluss über Antrag zusätzliche Beschlussziffer

Das Parlament lehnt den folgenden Antrag der Grünen/Jungen Grünen für eine zusätzliche Beschlussziffer ab:

1. Das Parlament beauftragt die GPK, dieses Projekt prioritär zu begleiten und sich über den Projektfortschritt und aktualisierte Risikobeurteilung zu informieren. Form und Frequenz ist durch die GPK zu bestimmen.

(Abstimmungsergebnis:17 für den Antrag, 19 dagegen)

PAR 2023/67

Spühli, Zone mit Planungspflicht (ZPP) Nr. 8/6; Änderung der baurechtlichen Grundordnung Beschluss und Botschaft; Direktion Planung und Verkehr

1. Vorbemerkung

Die wesentlichen Inhalte zu dieser Vorlage sind im Entwurf der Botschaft an die Stimmberechtigten erläutert. Nachfolgend werden gewisse Themen vertieft erläutert. Für das bessere Verständnis des Gesamtkontextes enthalten einzelne Abschnitte im Parlamentsantrag dennoch Wiederholungen der Aussagen in der Abstimmungsbotschaft.

Der Wortlaut der besonderen Vorschriften ist der Botschaft des Parlaments an die Stimmberechtigten zu entnehmen. Die detaillierten Planungsinstrumente sind ebenfalls unter www.koeniz.ch/spuehlirain aufgeschaltet. Ebenfalls dort ist der Raumplanungsbericht zu finden, welcher weitere hilfreiche Erläuterungen enthält.

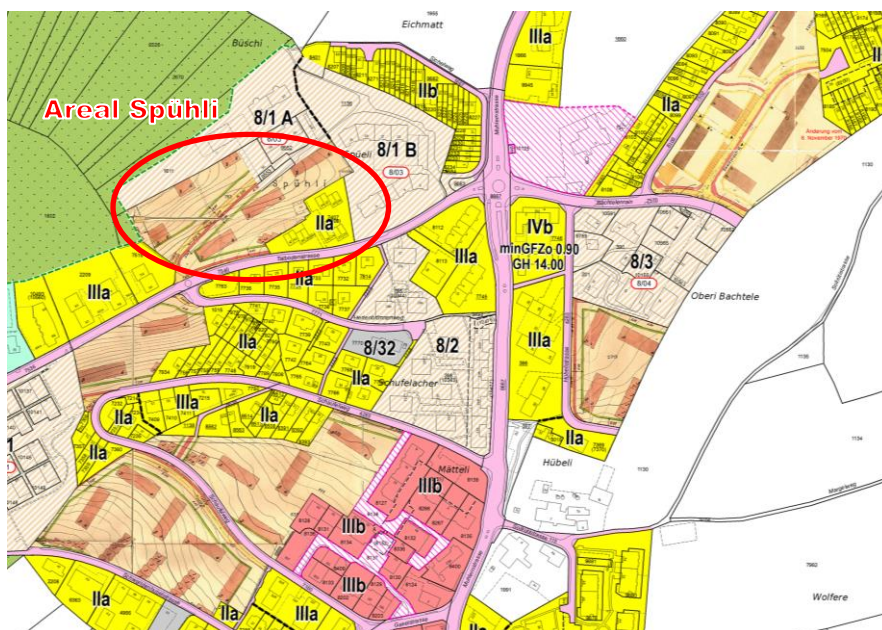
2. Ausgangslage

2.1 Planungsauslöser, Lage und Situation

Die vier- und sechsgeschossigen Bauten entlang des Spühliains im Nordwesten von Schliern wurden in den 1960er Jahren realisiert. Die Gebäude sind inzwischen sanierungsbedürftig. Die Grundeigentümerin hat sich deshalb im zweiten Halbjahr 2017 bei der Gemeinde über die Möglichkeiten für eine Arealentwicklung erkundigt. Aufgrund der mangelhaften Bausubstanz stand für die Grundeigentümerin die Möglichkeit für Ersatzneubauten im Vordergrund.

2.2 Rechtsgültige Planung

Planungsrechtlich ist das Areal heute rechtsgültig dem Baulinienplan «Schliern Nord» mit Sonderbauvorschriften zugewiesen und erfuhr deshalb in der Ortsplanungsrevision keine Änderungen. Dieser Plan gilt auch noch für weitere Teile des nördlichen Schlierns. Für diese Teile bleibt er auch nach Annahme des vorliegenden Planungsgeschäfts gültig.



In den bräunlich dargestellten Gebieten gilt heute der Baulinienplan Schlieren-Nord

2.3 Grundeigentümerin

Grundeigentümerin des Areals (Parzelle Nr. 782) ist die Bernische Pensionskasse. Die Erschliessungsstrasse Spühli rain (Parzelle Nr. 7658) ist im Eigentum der Gemeinde. Für diese Arealentwicklung soll der bestehende Baulinienplan in diesem Bereich durch eine Zone mit Planungspflicht (ZPP) abgelöst werden. Dazu haben die Gemeinde Köniz und die Grundeigentümerin Ende September 2018 eine Planungsvereinbarung unterzeichnet. Diese Vereinbarung regelt das Vorgehen und die Rollenteilung im Planungsprozess. Insbesondere die Ziele und Rahmenbedingungen des Studienauftrags. Ausserdem regelt sie die Kostentragung. Wobei die Kosten für den Studienauftrag sowie die Drittleistungen durch die Grundeigentümerin übernommen wurden.

3. Inhalt

3.1 Studienauftrag, Bebauungs- und Erschliessungskonzept

Die Grundeigentümerin führte darauf, in Zusammenarbeit mit der Gemeinde, Ende 2018 bis Anfang 2019 einen Studienauftrag mit drei Teams durch. Mit diesem Studienauftrag sollten die Rahmenbedingungen zu Städtebau, Freiraum, Ökologie und Erschliessung geklärt werden. Das Projekt des Teams bestehend aus Rykart Architekten AG und DUO Landschaftsarchitekten Sàrl ging aus diesem Studienauftrag als Sieger hervor. Das Siegerteam kommt zum Schluss, dass die heutige Siedlung mit ihren drei Solitären gegen den Wald und den drei Längsbauten im unteren Teil städtebaulich richtig ist. Ihr Projekt sieht deshalb ebenfalls drei Solitäre im oberen Bereich und drei Längsbauten im unteren Bereich vor. Diese werden aber konsequent über den Spühli rain erschlossen. Damit bildet der Spühli rain neu das konzeptionelle Rückgrat der Siedlung. Dieser soll mehr im Sinne eines Quartierplatzes gestaltet werden und den Bewohnenden auch als Freiraum dienen.

Bezüglich Mobilität kommt Artikel 49 des Baureglements über die reduzierte Parkplatzerstellung in Zonen mit Planungspflicht zur Anwendung, d. h. pro Wohnung dürfen maximal 0.5 Parkplätze erstellt werden. Die Grundeigentümerin wurde vertraglich zur Erstellung eines Mobilitätskonzepts verpflichtet

Die zentralen Aussagen zu Nutzungsart, den wichtigsten städtebaulichen Rahmenbedingungen, zum Freiraum sowie zur Erschliessung aus dem Siegerprojekt des Studienauftrags wurden in einem Bebauungs- und Erschliessungskonzept abstrahiert. Im Rahmen der Erarbeitung einer nachgelagerten Überbauungsordnung oder zur Beurteilung eines Baugesuchs für ein Gesamtvorhaben muss das BEK als verwaltungsanweisende Grundlage beigezogen werden.

3.2 Änderung der baurechtlichen Grundordnung Änderung des Baulinienplans Schliern-Nord (Sollrüti – Spühli – Schwandenhubel) mit Sonderbauvorschriften

Mit der Überführung des Projektperimeters in eine ZPP wird der Geltungsbereich des Baulinienplans verkleinert. Auf die Sonderbauvorschriften hat die Änderung keinen Einfluss. Die Änderung des Baulinienplans «Schliern-Nord» erfolgt im geringfügigen Verfahren mit öffentlicher Auflage und Beschluss durch den Gemeinderat.

Änderung Nutzungsplan

Neu wird das Areal, inklusive dem dazugehörigen Abschnitt des Spühlirains, der neuen Zone mit Planungspflicht ZPP Nr. 8/6 «Spühli» zugeordnet.

Ergänzung Baureglement (besondere Vorschriften zum Nutzungsplan)

Das Baureglement der Gemeinde Köniz regelt die Nutzungsordnung in allgemeiner Weise. Im Teil «Besondere Vorschriften zum Nutzungsplan» des Baureglements werden in speziellen Zonen (u.a. in Zonen mit Planungspflicht) die besonderen Verhältnisse näher ausformuliert und spezifische Vorschriften erlassen. Die aus dem Studienauftrag gewonnenen Erkenntnisse bilden die Grundlage für die neuen ZPP-Vorschriften und schreiben Planungszweck, Art und Mass der Nutzung, Gestaltungsgrundsätze sowie weitere Bestimmungen vor.

3.3 Vereinbarung zwischen der Grundeigentümerin und der Gemeinde

Neben der Planungsvereinbarung zu Beginn der Planung, wurden im Verlauf des Planungsprozesses wichtige Themen definiert, welche die Grundeigentümerin bei der Umsetzung der Planung zu berücksichtigen hat. So verpflichtet sich die Grundeigentümerin in einer Vereinbarung alle Kosten im Zusammenhang mit der Neugestaltung des Spühlirains zu übernehmen (vgl. auch Kapitel 5.1 Kosten). Zusätzlich hat sich die Gemeinde in dieser Vereinbarung die Möglichkeit für zusätzlichen Schulraum und allenfalls für eine Quartierheizzentrale im Areal gesichert.

Die Bernische Pensionskasse verpflichtet sich zudem ihrerseits auf freiwilliger Basis einen Anteil der Wohnungen in Kostenmiete zu vermieten sowie die Siedlung als «Plusenergie-Quartier» zu realisieren. Beide Themen wurden von der Bernischen Pensionskasse vorgebracht und in die Vereinbarung aufgenommen.

Die vereinbarten Inhalte in diesen beiden Bereichen gehen dabei über die gesetzlichen Vorgaben hinaus:

Gemäss Verordnung zum preisgünstigen Wohnungsbau gehört Schliern nicht zu den Ortsteilen, welche von besonders hohen Mietzinsen betroffen sind und hat somit nicht weitergehende Massnahmen gemäss dem Artikel 51 Baureglement zu ergreifen. Dennoch erklärt sich die Pensionskasse bereit, freiwillig 30 % des für das Wohnen bestimmten, im Vergleich zum heute möglichen **zusätzlichen** Nutzungsmasses in Kostenmiete gemäss sämtlichen Vorgaben der Verordnung zu vermieten. Durch die Nutzungsplanänderung können neu zusätzlich 14'600 m² Geschossfläche mit Wohnnutzung realisiert werden. Somit müssen 4'380 m² in Kostenmiete vermietet werden. Dies entspricht ungefähr 40 Wohnungen.

Beim Thema Energie gibt die ZPP eine Reduktion der gewichteten Gesamtenergieeffizienz um 15 % gegenüber der kantonalen Energieverordnung vor. Für den «Plusenergie-Quartier»-Standard muss die vor Ort erneuerbar selbsterzeugte Energie grösser sein, als die benötigte Energie für Heizung, Warmwasser, Lüftung und Klimatisierung, Beleuchtung und allgemeine Gebäudetechnik.

Strategische Reserve für Bildungsräume

Die Anzahl Schülerinnen und Schüler in Schliern ist in den letzten Jahren stark gestiegen. An den drei Standorten Blindenmoos, Hertensbrünnen und Fröschiweg betrug der Zuwachs über die letzten 15 Jahre etwa einen Drittel.

In der neuen Siedlung am Spühlirain rechnet die Planungsabteilung bei einem Vollausbau aufgrund der Mehrnutzung mit etwa 30 Kindern mehr als heute. Mittel- bis längerfristig ist ausserdem mit der Siedlungsentwicklung in der Eichmatt zu rechnen. Deshalb hat sich die Gemeinde in der künftigen Siedlung Spühli Raum für Schulnutzung oder Tagesstruktur gesichert. Die Fläche reicht etwa für zwei Klassen.

4. Verfahren und weiteres Vorgehen

4.1 Öffentliche Mitwirkung

Die öffentliche Mitwirkung wurde vom 12. Februar bis 13. März 2020 durchgeführt. Zum Auftakt fand am 11. Februar 2020 eine öffentliche Informationsveranstaltung statt, an der rund 90 Interessierte teilnahmen. In den Mitwirkungseingaben wurde der Sanierungsbedarf der Gebäude anerkannt, die Anpassung an die heutigen Energiestandards sowie die zusätzliche Verdichtung eingehend mit einer guten sozialen Durchmischung wurden begrüsst. Stark kritisiert wurden die Gebäudedimensionen, die Neubauten seien für das Ortsbild zu hoch. Der Gemeinderat ist jedoch überzeugt, dass es sich beim Siegerprojekt um ein gutes und dem Ort angepasstes Projekt handelt, welches die Ziele des Raumplanungsgesetzes und der Könizer Ortsplanung sinngemäss umsetzt. Sämtliche Mitwirkungseingaben wurden in einem separaten Mitwirkungsbericht zusammengefasst und Antworten dazu erläutert. Der Bericht ist ebenfalls auf der oben genannten Website einsehbar.

4.2 Kantonale Vorprüfung

Das Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) prüfte von Ende September 2020 bis Mitte Januar 2021 die Planungsunterlagen unter Einbezug weiterer Fachstellen auf ihre Recht- und Zweckmässigkeit. Die Kritikpunkte betrafen primär Messweisen die nicht kompatibel zur Verordnung über die Begriffe und Messweisen im Bauwesen (BMBV) waren sowie die Änderung des heute für dieses Gebiet gültigen Baulinienplans «Schliern-Nord». Die Genehmigungsvorbehalte wurden durch die Planungsabteilung aufgenommen und bereinigt. Es handelt sich dabei um untergeordnete Anpassungen, welche keine materiellen Änderungen zur Folge hatten. Da die Harmonisierung der Messweisen ein relativ neues Thema ist und immer wieder zu Unklarheiten führt, wurden die geänderten Vorschriften beim AGR zu einer ergänzenden Vorprüfung eingereicht. Diese ergänzende Vorprüfung durch das AGR im Sommer 2022 ergab, dass die Vorbehalte genügend bereinigt werden konnten.

4.3 Öffentliche Auflage

Die öffentliche Auflage erfolgte vom 24. Februar bis 27. März 2023. Innert der Auflagefrist wurden elf Einsprachen eingereicht. Davon waren zehn Einsprachen gleichlautend. Sämtliche Einsprachen wurden von Privatpersonen aus der Nachbarschaft verfasst. Darin wurden primär die Gebäudedimensionen gerügt. Der Kanton (AGR) wird im Rahmen der abschliessenden Genehmigung der Planungsinstrumente erstinstanzlich über allfällige unerledigte Einsprachen entscheiden.

4.4 Weiteres Vorgehen

Nach einer Annahme der Vorlage durch die Stimmberechtigten kann die Änderung der baurechtlichen Grundordnung dem AGR zur Genehmigung eingereicht werden.

Über die Form der Folgeplanung resp. Realisierung entscheiden die private Grundeigentümerin und die Gemeinde zu einem späteren Zeitpunkt. Wahrscheinlich ist der Erlass einer Überbauungsordnung. Diese liegt in der Kompetenz des Gemeinderats. Baustart für die neue Siedlung ist nicht vor Anfang 2026.

5. Zuständigkeiten

Die Änderung der baurechtlichen Grundordnung mit der neuen Zone mit Planungspflicht ZPP Nr. 8/6 «Spühli» liegt in der Kompetenz der Stimmberechtigten.

6. Finanzen

6.1 Kosten

Die Arbeiten für das laufende Planerlassverfahren werden durch die Planungsabteilung abgedeckt. Der durchgeführte Studienauftrag sowie weitere Arbeiten von externen Fachleuten wurde durch die Grundeigentümerin finanziert.

Weitere Planungskosten können bei Erlass der Überbauungsordnung anfallen. Ausserdem wird die Gemeinde im Zusammenhang mit der Neugestaltung der Strasse die Wasserleitung im Spühlirain sanieren. Sämtliche weitere Kosten, inklusive der Neugestaltung des Spühlirains, obliegen entsprechend der Vereinbarung der Bernischen Pensionskasse.

6.2 Mehrwertausgleich

Infolge der erhöhten Nutzungsmöglichkeiten wurde ein unabhängiges Fachgutachten zur Mehrwertermittlung erstellt. Der Mehrwert wird auf 2.67 Mio. Franken geschätzt. Womit die maximale Mehrwertabgabe zu Gunsten der Gemeinde gemäss Verfügungsentwurf rund eine Million Franken beträgt. Der effektive Mehrwertausgleich wird nach Inkraftsetzung der vorliegenden Änderung der baurechtlichen Grundordnung durch die Gemeinde definitiv verfügt und bei Baustart fällig.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Mit x zu y Stimmen bei z Enthaltungen beantragt das Parlament den Stimmberechtigten, folgende Beschlüsse zu fassen:
 1. Der Änderung der baurechtlichen Grundordnung, neue Zone mit Planungspflicht ZPP Nr. 8/6 «Spühli» wird zugestimmt.
 2. Der Gemeinderat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Änderung.
2. Die Botschaft an die Stimmberechtigten und der Wortlaut der Abstimmungsfrage werden genehmigt.

Köniz, 28.6 2023

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Entwurf Abstimmungsbotschaft

Diskussion

Parlamentspräsidentin Tatjana Rothenbühler: Zu den Sitzungsakten: Wir haben einen Bericht und einen Antrag des Gemeinderates, wir haben eine Abstimmungsbotschaft und wir haben eine Tischvorlage mit Anträgen zur Botschaft. Folgendes Vorgehen ist geplant: Zuerst hat die GPK-Referentin das Wort, dann kommen die allgemeinen Voten zur Vorlage, die Voten der Fraktionen, die Einzelvoten der Parlamentsmitglieder, der Gemeinderat. Dann gehen wir in die Detailberatung zur Änderung der baurechtlichen Grundordnung.

Mit Mail vom 14. August 2023 an das Parlament, habe ich euch darauf hingewiesen, dass Anträge zur Änderung der baurechtlichen Grundordnung und zur Botschaft schriftlich vorliegen müssen. Die Redaktionskommission wird die Botschaftsseite mit den Pro- und Contra-Argumenten verfassen. Sie hält sich dabei an das Wortprotokoll. Wir haben euch mit Mail vom 14. August 2023 gebeten, die Argumente für und gegen die Vorlage in den Fraktionsvoten separat zu erwähnen. Das erleichtert der Redaktionskommission ihre Arbeit.

GPK-Referentin, Isabelle Steiner: Die vorliegende Änderung der baurechtlichen Grundordnung soll der Grundeigentümerin, der Bernischen Pensionskasse, eine Siedlungsentwicklung am Spühlirain in Schliern ermöglichen.

Heute stehen dort sechs Wohngebäude aus den 1960er-Jahren, welche gemäss Vorabklärungen von der Grundeigentümerin, in einem schlechten baulichen Zustand sind.

Eine Variantenprüfung der Bernischen Pensionskasse hat ergeben, dass sich eine Sanierung nicht mehr lohne – sie strebt deshalb einen Neubau an. Die neue Zone mit Planungspflicht ZPP Nr. 8/6 Spühli soll dazu den Rahmen bieten.

Das aktuell vorliegende Projekt wurde im Rahmen eines Studienauftrags entworfen. Die Ausschreibung des Studienauftrags hat auf den Resultaten aus den Vorabklärungen basiert. Am Studienauftrag, welcher vollumfänglich durch die Grundeigentümerin finanziert wurde, waren drei Planungsteams beteiligt, welche je eine Variante ausgearbeitet haben. Durch die Zurverfügungstellung des Strassenraums hat die Gemeinde gestalterische Handlungsspielräume eröffnet, welche eine ganzheitlichere Gestaltung des Freiraums ermöglicht hat. Auf der Grundlage des Siegerprojekts erarbeitete die Gemeinde ein Bebauungs- und Erschliessungskonzept. Die vorgesehene Überbauung steht in Einklang mit den Zielen der Ortsplanungsrevision, die auf eine qualitativ hochwertige, ökologisch sinnvolle Siedlungsentwicklung nach innen ausgerichtet ist. Die wichtigsten Eckpunkte des Projektes sind folgende:

- Die sechs bestehenden Gebäude werden abgerissen und mit erneut sechs Gebäuden ersetzt.
- Die neuen Gebäude sind neu 10 statt 6 Geschosse bei den drei Punktbauten bzw. 5 bis 6 statt 4 bis 5 Geschosse bei den drei Längsbauten.
- Die neue Siedlung umfasst bis zu 230 statt bisher 126 Wohnungen.
- Neu werden nicht mehr 268 sondern rund 480 Personen in der Überbauung leben.
- Die Grundeigentümerin strebt mit verschiedenen Wohnungsgrössen eine Durchmischung der Siedlung an.
- Zudem hat sich die Bernische Pensionskasse dazu verpflichtet, 30% der zusätzlichen Wohnungen in Kostenmiete anzubieten. Dies entspricht ca. 17% der Wohnungen in der Siedlung, bzw. rund 40 von 230 Wohnungen.
- Die Nachbarschaft soll von gemeinschaftlich nutzbaren Grünflächen und Aufenthaltsorten profitieren.
- Der Motorisierte Individualverkehr gelangt über eine Zufahrt am Anfang des Spühlirains in unterirdische Parkplätze. Maximal sind 0.5 Abstellplätze pro Wohnung erlaubt. Der Spühlirain selbst wird zur Begegnungszone.
- Energetisch ist die Siedlung als «Plusenergie-Quartier» zu realisieren.

Die wichtigsten Rahmenbedingungen sind grundeigentümergebunden gesichert. Aus dieser ergibt sich keine Bauverpflichtung. Wenn aber ein entsprechendes Baugesuch vorliegt, wird die Erfüllung geprüft. Es handelt sich dabei um eine vertragliche Vereinbarung und ist mit entsprechenden Konsequenzen verbunden, wenn sie von den Vertragsparteien nicht eingehalten wird. Die Erfahrung zeigt aber, dass dies üblicherweise der Fall ist. Bei einem Eigentümerwechsel wird eine solche Vereinbarung übertragen und behält damit ihre Gültigkeit.

Zusätzlich zu diesen Eckwerten hat sich die Gemeinde innerhalb der Überbauung einen Standort für eine mögliche Quartierheizzentrale und strategische Reserve für eine Schulnutzung oder Tagesstrukturen gesichert. Erwartet werden maximal 30 zusätzliche Schulkinder. Die Umsetzung des Schulraums erfolgt analog Thomasweg resp. Baufeld F im Ried. Das heisst: Es soll bei Bedarf Raum gemietet werden - über die Planung werden jetzt die Voraussetzungen dafür geschaffen.

Die Grundeigentümerin übernimmt die grosse Mehrheit der Kosten, welche durch die Planung anfallen. Für die Gemeinde entstehen neben den allgemeinen Verwaltungskosten im Zusammenhang mit der Betreuung der Planung in Zukunft Kosten bei der Verlegung der Wasserleitungen und allenfalls für die Schulnutzung. Die Kalkulierung dieser Kosten ist aber nicht Bestandteil dieses Geschäfts. Die Kosten für die Wasserleitungen werden über die entsprechende Spezialfinanzierung gedeckt. Auf der anderen Seite kann die Gemeinde mit einer Mehrwertabgabe in der Grössenordnung von rund einer Million Franken rechnen.

In der öffentlichen Mitwirkung gab vor allem die Höhe der Gebäude Anlass für Kritik. Diese ist auch Gegenstand von hängigen Einsprachen, die grösstenteils aus der direkten Nachbarschaft stammen. Da die Vorgaben eingehalten sind, geht man seitens Gemeinde von einer Abweisung von den noch hängigen Einsprachen aus.

Die Unterlagen des Parlamentsgeschäfts sind von der Direktion sehr gut aufbereitet worden und auch die Auskünfte, welche die GPK bei der zusätzlichen Fragerunde erhalten hat, waren zufriedenstellend. Vielen Dank dafür.

Ich komme zu den Beschlüssen:

- Die GPK stellt fest, dass die für den Entscheid notwendigen Informationen und Unterlagen vorliegen. Das Abstimmungsergebnis war hier einstimmig.
- Die GPK empfiehlt dem Parlament einstimmig, der Ziffer 1 des Gemeinderatsantrags zuzustimmen (Antrag an die Stimmberechtigten).

- Zur Ziffer 2 (Genehmigung Botschaft und Abstimmungsfrage) stellt die GPK einen Änderungsantrag. Es betrifft den Abschnitt "Folgen bei Ablehnung der Vorlage". Dort steht aktuell der Satz: "Da der Sanierungsbedarf gross und unbestritten ist, muss die Bernische Pensionskasse umgehend eine neue Strategie für die Siedlung Spühlirain erarbeiten." Das Areal befindet sich in Privatbesitz. Dies wird auch so bleiben. Das heisst, es liegt komplett im Ermessen der Grundeigentümerin, was sie bei einer Ablehnung der Vorlage unternehmen wird. Es bestehen keinerlei Grundlagen, die sie zu einer umgehenden Erarbeitung einer neuen Strategie verpflichten würde. Die GPK beantragt deshalb eine Abänderung des Kapitels "Folgen bei Ablehnung der Vorlage" in: "Die Eigentümerin (Bernische Pensionskasse) entscheidet über das weitere Vorgehen." Der Antrag erfolgt einstimmig.
- Und schliesslich empfiehlt die GPK dem Parlament einstimmig, der Botschaft mit der Abänderung zuzustimmen.

Sie bedankt sich bei Gemeinderat und Verwaltung für die gute Zusammenarbeit und für die aufschlussreichen Informationen.

Allgemeiner Teil

Fraktionssprecher FDP, Beat Haari: Ich hoffe, ich kann es noch lesen, die Augen sind schon etwas müde, aber ich glaube, es sollte noch gehen. Ich komme zur Sache: Die FDP-Fraktion wird im vorliegenden Geschäft dem Antrag des Gemeinderates einstimmig zustimmen. Wir danken der DPV für die guten und verständlichen Unterlagen inkl. Botschaft an die Stimmbevölkerung. Wir stellen fest, dass die DPV auch wirklich gute Arbeit geleistet hat inklusive umsichtige Verhandlungen mit dem Bauherren, auch im Zusammenhang mit den Optionen Schulraum und Quartierheizzentrale.

Die vorliegende baurechtliche Grundordnung überzeugt uns aus verschiedenen Gründen und das sind auch gleichzeitig unsere Pro-Argumente:

- Das Ziel der Verdichtung nach Innen wird berücksichtigt. Es entsteht mehr Wohnraum auf der gleichen Fläche.
- Durch die vorgesehene Tiefgarage bleibt mehr nutzbarer Freiraum.
- Die Anbindung an die bestehende Umgebung ist gewährleistet.
- Die Bauherrschaft ist freiwillig - das will ich unterstreichen - bereit, Wohnungen zur Kostenmiete anzubieten und sorgt damit für eine gute soziale Durchmischung.
- Ebenfalls auf freiwilliger Basis der Bauherrschaft entsteht ein Plusenergie-Quartier.

Die Freiwilligkeit in den beiden letzten Punkten will ich explizit unterstreichen. Sie zeigt doch beispielhaft, dass es eben nicht immer ein Korsett braucht, sondern vielmehr gute Rahmenbedingungen, damit wichtige Ziele der Gemeinde, der Bevölkerung oder auch für die Umwelt erreicht werden können. Abschliessend will ich noch kurz erwähnen, dass wir die Ansicht des Gemeinderates im Zusammenhang mit der Kritik an den Gebäudedimensionen teilen und hoffen, dass diese Einsprachen einvernehmlich zu Gunsten des Projekts abgewiesen werden können.

Die vorliegenden Parlamentsanträge haben wir in der Fraktion noch nicht abschliessend diskutiert, dazu sind wir noch nicht gekommen. Aber wir sind gespannt, was dazu gesagt wird und werden aufgrund dessen entscheiden, wie wir uns abstimmungsmässig verhalten. Ich stelle persönlich fest, dass es wieder solche Gelüste-Anträge hat, wie Zwänge oder das Korsett noch etwas enger schnallen etc. Ich glaube, in diesen Punkten, ihr kennt uns, werden wir vermutlich auch heute Abend nicht helfen können.

Fraktionssprecher SVP, Adrian Burren: Ich will meine mögliche Interessenbindung hier noch offenlegen, ich bin bei der Bernischen Pensionskasse versichert.

Die Gemeinde Köniz verfügt über grosse Teile über eine Teilkraftsetzung ihrer Ortsplanungsrevision. Vielleicht zur Erinnerung: Der Kern dieser Revision war die Verdichtung nach innen. Das heisst, auf gleichem Raum, mehr Leute unterbringen und das möglicherweise auch bei mehr Lebensqualität. Der Erhalt der Siedlungsränder und der Bauzone Netto-Null, waren ebenfalls Kernelemente in der Ortsplanungsrevision. Das wurde hier im Plenum im Jahr 2019 in der Schlussabstimmung so angenommen. Was hat dies nun mit dem vorliegenden Geschäft zu tun? Eigentlich ganz viel, denn Beat Haari hat es zuvor schön erläutert: Es beinhaltet nämlich genau denselben Kern: Verdichtung nach innen, bei mehr Qualität. Und dabei gibt es eigentlich praktisch nur Sieger.

Das vorliegende Projekt ist planerisch gut gewählt, ist qualitativ, setzt auch auf ein gutes Segment und hat auch kleinere Wohnungen, was sehr gesucht ist.

Das Quartier übertrifft energetisch das formulierte Ziel der ZPP und freiwillig – ich betone es auch – werden sogar 30% der Wohnungen in Kostenmieten entstehen. Ich persönlich hätte lieber diese Rendite in der Pensionskasse gehabt, wenn ich ehrlich bin, aber es ist jetzt nun mal so.

Die Pensionskasse des Kantons haushaltet nachhaltig und auch weitsichtig. Sie will auch in den nächsten Jahrzehnten eine Rendite erwirtschaften und legt dazu jetzt diesen Grundstein. So wie wir vernommen haben, ist dies auch für die Pensionskasse ein wichtiges und auch ein grosses Projekt.

Wir von der SVP begrüessen, dass an bestens erschlossener und auch bereits verbauter Lage für die nächsten 70 Jahre wieder guter Wohnraum entstehen soll. Und wir sind ehrlich gesagt auch froh, dass die Pensionskasse diese Bauten aus der Hochkonjunktur der 60er Jahre ersetzen will und wir hoffen, dass sich dies auch positiv auf eine gute Mieterzusammensetzung auswirkt. Wir stimmen diesem Geschäft einstimmig zu.

Fraktionssprecherin EVP-GLP-Mitte-Fraktion, Sandra Röthlisberger, GLP: Bauen ist politisch. Im Spühligeschäft zeigt sich dies exemplarisch. Diese Planung ist hochpolitisch, weil es diverse Widersprüchlichkeiten gibt:

- Wir wollen eine Siedlungsentwicklung nach innen, eine Verdichtung, stören uns aber an dieser immensen Höhe und dem Massstabsprung dieses Vorhabens.
- Wir wollen echt günstige Mieten erhalten, aber in der herrschenden Wohnungsnot auch neue Wohnungen schaffen.
- Wir wollen graue Energien nicht vernichten, finden aber die neuen Plusenergiehäuser toll.

Diese Dilemmata widerspiegeln sich dann auch in unserem Abstimmungsverhalten, doch dazu später mehr.

Es gibt auch Themen, da sind wir kompromisslos, nämlich beim Aussenraum. Diese platzähnliche Gestaltung gefällt uns, die Bodenversiegelung muss aber auf ein funktionales Minimum reduziert werden- einzelne Pflanzinseln genügen nicht. Da kann der Gemeinderat beim Erlass der Überbauungsordnung einwirken, denn da diese Strassenparzelle im Gemeindeeigentum ist, kann er auch auf die Ausführung Einfluss nehmen. Wir möchten, dass die Entsiegelung und die Begrünung mit Vehemenz auf allen Stufen vertreten wird. Wir beantragen darum eine zusätzliche Beschlussziffer, welche ihr auf der Tischvorlage findet: "Der Gemeinderat wird angehalten, in den weiteren Planungsschritten mit geeigneten Massnahmen, insbesondere mit einer geeigneten Bestimmung in einer allfälligen UeO, die Versiegelung auf dem gemeindeeigenen Land auf ein funktionales Minimum zu beschränken." Ich gebe zu, es ist etwas sperrig geworden, aber wir müssen alle Eventualitäten drin haben. Uns ist es sehr wichtig, dass man hier hinschaut, dass man keine Betonwüste mehr in unseren Aussenräumen schafft. Das im Wissen, dass es eine Richtlinie und somit politisch nicht verbindlich ist.

Noch ein Blick auf Schliern: Dieser Ortsteil mit rund 4'500 Einwohnenden hat offensichtliche planerische Mängel. Ein angemessenes Ortszentrum ist nicht vorhanden, das sanierungsbedürftige Schulhaus Blindenmoos hat keine freien Kapazitäten, die vorgeschlagenen Satellitenstandorte sind aber eben keine gute Lösung, weil Schule so mehr Personal und mehr Raum benötigt und es entstehen Wegverbindungen, wenn beispielsweise die Tagesschule oder die Sporthalle anderswo liegt. Wir fordern darum: Wenn der Gemeinderat für Schliern diese Wachstumsstrategie hat, dann muss die öffentliche Infrastruktur zwingend nachziehen.

Ich komme zu den Pro- und Contra-Argumenten. Wir haben von beiden Seiten einige:

Pro:

- Dieses Bauvorhaben generiert gegenüber heute rund 100 zusätzliche Wohnungen. Das Vorhaben wirkt der anhaltenden Wohnungsnot entgegen.
- Die vorgesehene Überbauung hat einen guten Wohnungsmix.
- Die Wohnungen sind relativ günstig.
- Schliern ist relativ gut an den ÖV angebunden, eine Siedlungsentwicklung erscheint in diesem Ortsteil richtig.
- Die bestehenden ungedämmten Bauten weisen einen extrem hohen Wärmeenergiebedarf auf, die neuen Gebäude sind Plusenergie-Bauten.
- Die Erschliessung ist gut gelöst, der Strassenraum wird zum öffentlichen Siedlungsplatz umgestaltet und die öffentliche Durchwegung ist gesichert. Das ist eine Aufwertung des ganzen Quartiers.

Contra:

- Mit insgesamt 11 Geschossen sind die neuen Punktbauten fast doppelt so hoch, wie die bestehenden mit 6 Geschossen und damit deutlich höher als das Umfeld. Die neue Siedlung passt nicht in das Ortsbild.

- Eine Sanierung wäre längst bereits fällig gewesen. Die Tabula rasa-Strategie, bei welcher man die Bauten ausbluten lässt und am Schluss eben neu bauen muss, ist weder sozial noch ökologisch.
- Die neuen Wohnungen sind deutlich teurer, zudem ist keine Etappierung vorgesehen, bei welcher man den Bewohnern allenfalls eine neue Wohnung hätte anbieten können.
- Das Bauvolumen nimmt deutlich zu, nämlich um Faktor 2.3. Der Zuwachs an der Anzahl Bewohnenden ist im Verhältnis deutlich geringer, nämlich Faktor 1.7. Man kann sagen, das Bauvorhaben begünstigt einen hohen Flächenkonsum. Das ist aber leider ein gesellschaftliches Phänomen.
- Schlierns öffentliche Infrastrukturen sind mangelhaft: Das Schulhaus Schliern hat keine freie Raumkapazität und es fehlt an einem Ortszentrum. Die planerischen Aufgaben für einen solchen Wachstumsschub wurden nicht gemacht.
- Dann noch ein Eventual-Contra: Die Abbildungen sind irreführend. Dieses Contra würde stehen bleiben, wenn die Anträge nicht durchkommen.

Die EVP-GLP-Mitte-Fraktion stellt vier kleine Anträge zur Botschaft. Wir möchten damit eine ausgewogene Meinungsbildung ermöglichen und in diesem Sinne auch dort korrigieren, wo es so einfach nicht stimmt. Und es ist keine Zwängerei und es ist keine neue Forderung enthalten, sondern lediglich ein Richtigstellen.

- Antrag 1 resp. Antrag 2 auf der Tischvorlage, ist eine Präzisierung, dass es sich hier um die Bernische Pensionskasse handelt, bei welcher auch die Mitarbeitenden der Kantonsverwaltung versichert sind. Dies soll noch so aufgeführt werden.
- Antrag 3 fordert ein anderes Modellfoto. Das Modellfoto soll aus einer anderen Perspektive aufgenommen werden, wo man den Kontext der Nachbarschaft besser sieht resp. die Höhe und das Volumen dieser Gebäude erkennt. Das Modell ist heute im Gemeindehaus ausgestellt und kann in diesem Sinne einfach neu fotografiert werden.
- Antrag 4: Da geht es um die Visualisierung. Die Visualisierung auf Seite 6 soll gestrichen werden. Wir finden diese irreführend. Sie stammt aus dem Ideenwettbewerb, aus einer Zeit wo diese Fassadengestaltung sicherlich noch nicht abschliessend war. Diese Visualisierung zeigt auch wiederum den Kontext nicht, man sieht nicht, dass man hier in Schliern ist und wenn euch dieser Typ mit dem Velo gefällt, dieser wird sicherlich so nie dort stehen. Darum möchten wir einen QR-Code mit dem Link auf ein 3D-Modell. Dieses 3D-Modell der Gemeinde zeigt diese Siedlung in der ganzen Grösse. Man kann dort die Perspektiven selber wählen und man muss hier vielleicht nochmals einen Schritt zurück machen: In der UeO, in welcher wir jetzt sind, legen wir das Mass der Nutzung fest. Wir sagen also, wie viel kann hier gebaut werden, in welcher Höhe, in welchem Volumen und das ist jetzt die Fragestellung und nicht die Fassadengestaltung, welche hier in dieser Visualisierung suggeriert wird. Darum, wir haben ja Mittel, wir haben eine neue Form der Kommunikation mit diesem 3D-Modell und ich finde es angebracht, dieses hier zu nutzen.
- Antrag 5 ist eine Korrektur, es ist nicht eine zusätzliche Forderung, wie es Beat Haari vielleicht verstanden hat. Im Portfolio Fact-Sheet ist aufgeführt, dass der Wohnungsspiegel vielfältig ist, dass es nebst diesen 3- und 4.5-Zimmerwohnungen auch 2.5- und 5-Zimmerwohnungen gibt. Wir möchten dies hier in der Botschaft einfach ergänzen. Dieser Wohnungsmix ist wegen der Durchmischung wichtig und wird auch von der Grundeigentümerschaft als Argument angeführt.

Ich komme zum Schluss: Bauen ist politisch. Wir von der EVP-GLP-Mitte-Fraktion haben abgewogen und halten diese Widersprüche aus. Die Mehrheit befürwortet diese Planung. Wir bitten euch aber einstimmig und einhellig, unsere Anträge zur Botschaft und die ergänzende Beschlussziffer anzunehmen.

Fraktionssprecherin SP/JUSO, Isabelle Steiner, SP Frauen: Die SP/JUSO-Fraktion dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für dieses sorgfältig vorbereitete Geschäft. Wir lesen daraus, dass hier viel Vorarbeit drinsteckt. In dieser hat die Grundeigentümerschaft viele von unseren Interessen aufgenommen. Gleichzeitig hat sich die Gemeinde einige wichtige Reserven sichern können, wo über die Siedlung hinaus bedeutungsvoll sind – wir denken hier an einen möglichen Standort für eine Quartierheizzentrale oder den gesicherten Schulraum innerhalb der Überbauung. Insgesamt haben wir den Eindruck, dass hier eine durchdachte, moderne und umsichtige Siedlungsentwicklung angestrebt wird. Unsere detaillierte politische Würdigung lässt sich gut anhand der drei Nachhaltigkeitsdimensionen durchspielen – also wirtschaftlich, ökologisch und sozial. Wirtschaftlich ist dieses Projekt fraglos eine Win-Win-Situation. Anstelle einer sanierungsbedürftigen Überbauung entsteht hochwertiger Wohnraum. Die Gemeinde kann mit höheren Steuereinnahmen und einer namhaften Mehrwertabgabe rechnen. Dem stehen relativ geringe Investitionen entgegen – die Infrastruktur ist entweder bereits ausreichend oder muss sowieso erneuert werden wie im Falle der Wasserleitungen.

Einzig der Schulraum bereitet der SP/JUSO-Fraktion hier etwas Sorgen. Es ist aber lobenswert, dass diese Frage bei der aktuellen Planung bereits mitgedacht worden ist.

Für die Grundeigentümerin rechnet sich dieses Projekt aktuell sowieso – in Zeiten von akuter Wohnungsnot werden diese Wohnungen an attraktiver Lage direkt am Waldrand sehr gefragt sein.

Ökologisch scheint uns das Projekt ebenfalls sinnvoll. Die Konzeption als "Plusenergie-Quartier" ist ambitioniert. Die Anzahl Auto-Abstellplätze von 0.5 Fahrzeugen pro Haushalt ist für die gut erschlossene Lage angebracht und führt dazu, dass die Verkehrsinfrastruktur ausreicht. Und auch die Verdichtung ist an dieser Stelle sinnvoll. Es liegt wohl in der Natur der Sache, dass die direkten Nachbarn wenig Freude haben an 30 Meter grossen Gebäuden. Doch es muss hier nochmal gesagt werden: In der Agglomeration Bern herrscht Wohnungsnot – wir brauchen zusätzliche Wohnungen. Und diese Wohnungen bauen wir besser dort, wo die Infrastruktur steht, der ÖV in Gehdistanz ist, keine grüne Wiese verbaut wird und die Menschen ohne Auto auskommen. Auch aus dieser Sicht ist die Überbauung ökologisch sinnvoll.

Last but not least – aber das ist für uns eben der entscheidende Punkt - kommen wir nun aber noch zur sozialen Dimension der Nachhaltigkeit. Unsere Fraktion hat vor allem diese sehr intensiv diskutiert. Positiv hervorheben können wir, dass die Grundeigentümerin hier aus eigenem Antrieb rund 40 Wohnungen in Kostenmiete anbieten will und gemeinschaftliche nutzbare Räume vorsieht. Aber es schleckt keine Geiss weg: Hier wird ein Quartier mit günstigen Wohnungen abgerissen, der vor allem für Familien mit kleinem Budget wichtig ist. Und ebenfalls klar ist: Die neuen Wohnungen werden um einiges teurer sein, als die jetzt. Die jetzigen Anwohner:innen werden verdrängt, neue zahlungskräftigere Menschen werden einziehen.

In dieser Siedlung leben heute viele Menschen, welche auf diesen Wohnraum angewiesen sind und welche dort vor vielen Jahren ein Zuhause gefunden haben. Für alle, die keine Wohnung in der Nähe finden, bedeutet dies eine Entwurzelung. Die Kinder müssen in andere Schulen, Familien verlieren ihr Netzwerk und für alte Menschen stellt sich nicht selten die Frage, ob sie die Wohnungssuche überhaupt bestreiten können und ob sie noch eine Wohnung finden, welche ihren spezifischen Bedürfnissen und ihrem Budget entspricht.

Hier erachten wir es als dringend notwendig, dass die Gemeinde sich für diese Könizer:innen einsetzt und bei der Eigentümerin auf Nachfolgelösungen und auf tiefe Mietzinse hinwirkt.

Die Rechnung ist aus sozialdemokratischer Sicht also ambivalent. Dieses Planungsgeschäft löst viele Aspekte vorbildlich – der für uns zentrale Aspekt ist mit dem Abriss von günstigem Wohnraum und der Verdrängung der Quartierbevölkerung aber unbefriedigend gelöst.

Die SP/JUSO-Fraktion wird dem Geschäft trotzdem mehrheitlich zustimmen, weil zusätzliche Wohnungen dringend benötigt werden. Geschlossen ist die Fraktion in ihrer Forderung, die aktuelle Wohnbevölkerung in künftigen Projekten stärker mitzudenken und wenn immer möglich auf Abriss-Projekte und Leersanierungen zu verzichten.

Zu den Anträgen: Der zusätzlichen Beschlussziffer werden wir zustimmen. Wir erachten es selbstverständlich als sinnvoll, wenn die Versiegelung soweit wie möglich reduziert wird – auch wenn wir es der Verwaltung und dem Gemeinderat durchaus zugemutet hätten, dass er dies aus eigenem Antrieb gemacht hätte. Die Anträge zur Botschaft lehnen wir ab, weil wir die Botschaft so bereits als ausreichend verständlich halten, als ausgewogen. Zudem ist es uns wichtig, dass die Botschaft auch ohne technische Hilfsmittel lesbar bleibt - QR-Codes würden wir daher gerne vermeiden. Dem Antrag der GPK werden wir zustimmen.

Fürs Protokoll fasse ich nochmals kurz unsere Argumente zusammen:

Pro

- Verdichtung gegen Innen findet am richtigen Ort statt.
- Die Grundeigentümerin verpflichtet sich dazu, 30% der zusätzlichen Wohnungen in Kostenmieten anzubieten.
- Die Auswirkungen auf den Schulraum werden antizipiert.
- Gemeinschaftlich nutzbarer Aussenraum ermöglicht sozialen Austausch und eine aktive Nachbarschaft.
- Verschiedene Wohnungsgrössen sorgen für soziale Durchmischung.
- Kleine Wohnungen ermöglichen suffizientes Wohnen.
- Plusenergie-Quartier ist ökologisch vorbildlich.

Contra

- Der Abriss der bestehenden Siedlung führt zu einem Verlust an günstigem Wohnraum.
- Aktuelle Bewohner:innen, darunter viele einkommensschwache Menschen und insbesondere Familien verlieren ihr Zuhause.

- Neue Wohnungen werden teurer sein. Durch den Neubau wird ein Beitrag an die Gentrifizierung geleistet.

Fraktionsprecher Grüne/Junge Grüne, Lukas Erni, Grüne: Die Grüne/Junge Grüne Fraktion dankt der Direktion Planung und Verkehr für die ausführlichen Unterlagen zum Geschäft ZPP Spühli. Wir finden die geplante Überbauung durchaus gelungen und freuen uns insbesondere über ein weiteres Plusenergie-Quartier in Köniz. Auch der freiwillige Anteil an Wohnungen in Kostenmiete finden wir super. Dort vielleicht noch eine Anmerkung an die SVP: Es sind nicht 30% der Wohnungen, sondern es sind nur 30% des zusätzlichen Nutzungsmasses.

Jetzt ist es aber noch wichtig, dass genügend Veloabstellplätze vorhanden sind. Für uns gerne mehr als ein Platz pro Zimmer, denn es gibt nämlich mittlerweile auch Cargo-Velos. Und dass das Gebäude technisch so gebaut ist, dass es dann irgendwann einmal wieder sauber zurückgebaut werden kann, wäre uns wichtig. Ausserdem finden wir, dass auch an die Fassaden PV gehören.

Durch den Neubau gehen leider aber auch – und das hat meine Vorrednerin bereits gesagt – einiges an günstigem Wohnraum verloren. Wir Grüne/Junge Grünen appellieren daher an die Grundeigentümer, diesem Umstand genügend Rechnung zu tragen und sich dafür einzusetzen, dass Anwohnende mit einem tieferen Einkommen auch weiterhin ein Dach über dem Kopf haben können. Das Projekt zeigt aber auch, dass man als Pensionskasse nachhaltig investieren kann. Ein echtes Vorbild - vielleicht auch für die Könizer Pensionskasse.

Zum Schluss noch eine Anmerkung zur strategischen Reserve für Bildungsräume im Spühli: Dort ist unsere Frage, ob man jetzt in jede Überbauung ein Schulzimmer integriert? Es kann doch nicht sein, dass man die Schulklassen so dezentral auf dem Gemeindegebiet in irgendwelchen privaten Bauprojekten verstreut. Aus unserer Sicht braucht es dort eine bessere Schulraumplanung.

Wir Grüne/Junge Grüne werden dieser Vorlage aber zustimmen und auch den Anträgen 1, 2, 5 und 6 zustimmen. Den Anträgen 3 und 4 werden wir teilweise zustimmen.

Ich erwähne noch kurz die Argumente für die Redaktionskommission:

Pro:

- Wir finden, dass das Projekt energetisch vorbildlich ist.
- Es schafft zusätzlichen Wohnraum in unterschiedlichen Preissegmenten und auch in unterschiedlichen Wohnungsgrössen.
- Es wird nach innen verdichtet und der Aussenraum wird aufgewertet. Damit wird auch kein zusätzliches Kulturland verbraucht.

Gemeinderat Christian Burren: Vorweg besten Dank für die gute Aufnahme dieses Planungsgeschäfts. Dir Isabelle Steiner besten Dank für die gute, korrekte Widergabe.

Ich will kurz auf einige Aussagen eingehen: Wir haben von Sandra Röthlisberger gehört, im Aussenraum sei die Versiegelung auf ein Minimum zu reduzieren. Der Gemeinderat hat sich hier bereits etwas gedacht, als er den Strassenraum ins qualitätssichernde Verfahren in den Studienauftrag integriert hat. Das Ziel ist ja, dass der heutige Verkehr auch bei den bestehenden Liegenschaften, also den vier obliegenden Liegenschaften, in Zukunft durch die Tiefgarage geht. So, dass man eigentlich nur noch das Entsorgungsfahrzeug hat. So kann man den Strassenraum auf ein Minimum reduzieren und diesen in Form von Grünflächen anbieten. Wenn wir dies nicht gemacht hätten, dann hätten wir gesagt, die 6m der Gemeindestrasse sind gegeben, das bleibt als trennendes Element drin und das bleibt asphaltiert. Dem sind wir uns also sehr wohl bewusst und haben dem bereits Rechnung getragen.

Dass dies nicht ins Ortsbild passt und dass dies massiv höher ist, das kann man sagen. Aber es passt in die Ziele der Ortsplanungsrevision. Es ist einfach so: Alle rufen nach Verdichtung, aber nicht hier und nicht bei mir. Doch irgendwo findet sie nun mal statt. Der Gemeinderat hat sich hier ganz klar an die Vorgaben der Ortsplanung gehalten.

Die Etappierung wurde ebenfalls moniert. Man hat dies am Thomasweg gemacht und wir mussten dort feststellen, dass es kaum jemanden gibt, welcher den Wohnungswechsel vollzogen hat. Und zwar aus folgenden Gründen: A, der Wohnraum wird teurer und B, diejenigen, welche den Wechsel vollziehen, diese wohnen vielleicht über vier, fünf, sechs Jahre am Thomasweg in oder an der Baustelle. Und das wollen nicht viele. Ausserdem hat man es von der Grundeigentümerschaft bereits gehört, dass vermutlich nicht alle sechs Gebäude gleichzeitig gebaut werden. Möglicherweise wird es also etappiert. Was von der Grundeigentümerschaft aber mündlich zugesichert wurde, ist, dass sie die heutigen Mieter bei der Wohnungssuche unterstützen werden. Wenn sie also Angebote in ihrem riesigen Portfolio von Wohnungen haben, werden sie diese den Mietern unterbreiten. Das ist noch wichtig zu wissen.

Zum Schulraum noch etwas: Es ist nicht ein Muss, dass wir dort den Schulraum einplanen, sondern es ist lediglich eine Möglichkeit. Und diese Möglichkeit funktioniert im Flo&Fleur übrigens ausgezeichnet. Wir haben dort einfach keine Elterntaxis, da die Basisstufe im Prinzip dort die Bildungsstätte besuchen kann, wo sie auch wohnt – das ist durchaus ein Vorteil. Es ist also nicht nur negativ. Und hier in der ZPP wird die Art und das Mass der Nutzung festgelegt - wir schaffen hier Möglichkeiten, aber es gibt keine zwingenden Verbindlichkeiten. Das will ich noch festhalten.

Zu den Anträgen: Dass der Gemeinderat dazu angehalten wird, in den weiteren Planungsschritten mit geeigneten Massnahmen sicherzustellen, dass möglichst wenig versiegelt wird, das ist eine Richtlinie. Die UeO liegt in der Kompetenz des Gemeinderates und ich bin der Meinung, wir sind uns dessen bewusst. Ich finde es nicht unbedingt notwendig, dass ihr uns diesen Auftrag noch erteilt. Darum empfehle ich euch, dass ihr hier den Anträgen des Gemeinderates folgt und diesen nicht übernehmt.

Die Bernische Pensionskasse in der Botschaft. Ja, wenn man dort noch sagen will, dass die Bernische Pensionskasse die Mitarbeitenden der Kantonsverwaltung beinhaltet - und vielleicht daneben noch 140 andere – dann weiss ich nicht, ob dies ein Mehrwert und für die Entscheidung des Stimmbürgers relevant ist.

Dann diese Abbildungen, welche ersetzt werden sollen: Selbstverständlich, man kann immer noch andere Perspektiven wählen, um unser Modell zu fotografieren. Ich bin der Meinung, es bildet es ab, doch es ist für mich auch nicht zwingend notwendig - wir sind hier jetzt wirklich in den Details drin.

Aber zum gewünschten QR-Code, da habe ich eine ganz klare Haltung: Eine Botschaft muss für alle lesbar sein, auch für jene, welche keinen Zugang über einen QR-Code haben. Man kann sich streiten, ob das Volumen hier sichtbar ist – da gebe ich recht. Man kann sagen, es ist nur die Fassade, welche man zeigt. Wir haben es aber versucht und ich finde, es kommt ziemlich mächtig daher. Und zum Velofahrer, da gebe ich dir Recht, dass dieser so vielleicht nie dort stehen wird, aber man sieht auch, wie klein er ist. Doch ich finde es nicht zielführend, wenn man mit QR-Codes zu arbeiten beginnt, denn da grenzen wir gewisse Bürgerinnen und Bürger von unseren Informationen aus.

Und dann noch zum Antrag Nr. 5 zur sozialen Durchmischung: Ja, diese 5-Zimmerwohnungen, diese sind im Portfolio tatsächlich so enthalten, das könnte man als Ergänzung aufnehmen. Doch ich will hier klar festhalten, dass wir keine schriftliche Zusicherung haben, dass dies alles so gemacht wird. Das ist lediglich eine Absichtserklärung – nicht mehr und nicht weniger. Aber hier könnte ich mir vorstellen, dass man dies noch aufnehmen könnte.

Und zuletzt: Dass die Grundeigentümerin entscheidet, ist völlig klar. Wir wollten damit eigentlich nur sagen, dass eine neue Strategie erarbeitet werden muss – denn auch nichts zu machen, ist eine Strategie. Jetzt haben sie sich die Strategie der Totalsanierung, also Abbruch-Neubau erarbeitet. Doch wenn dazu "nein" gesagt wird, dann ist völlig klar, dass eine neue Strategie notwendig wird. Für mich ist die Aussage, welche die GPK machen will, dieselbe. Ich könnte darauf verzichten, aber wenn ihr diesen Antrag der GPK überweisen wollt, dann sträube ich mich auch nicht dagegen.

Detailberatung

Casimir von Arx, GLP: Wir würden den Antrag mit dem QR-Code wie folgt ersetzen: "Die Abbildung ist mit einem Link zum 3D-Modell zu ergänzen."

Gemeinderat Christian Burren: Man kann diesen Link anstelle des QR-Codes integrieren, aber man muss sich bewusst sein, dass man dort wiederum eine Information gibt, welche nicht für alle zugänglich ist. Wir machen also dort eine Art Diskriminierung von Einwohnenden und damit tue ich mich etwas schwer.

Beschluss zu Antrag an die Stimmberechtigten

1. Mit 32 zu 3 Stimmen und 3 Enthaltungen beantragt das Parlament den Stimmberechtigten, folgende Beschlüsse zu fassen:
 1. Der Änderung der baurechtlichen Grundordnung, neue Zone mit Planungspflicht ZPP Nr. 8/6 «Spühli» wird zugestimmt.
 2. Der Gemeinderat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Änderung.

Beschlüsse zur Abstimmungsbotschaft, Abänderungsanträge

Antrag EVP-GLP-Mitte-Fraktion, Seite 3

Das Parlament lehnt folgenden Abänderungsantrag ab:

Die Bernische Pensionskasse, **die u.a. die Mitarbeitenden der Kantonsverwaltung versichert**, als Grundeigentümerin ist nach Vorabklärungen....

(Abstimmungsergebnis: 15 Stimmen für den Antrag, 20 dagegen)

Antrag EVP-GLP-Mitte-Fraktion, Seite 6, Abbildung 2

Das Parlament lehnt folgenden Abänderungsantrag ab:

Die Abbildung ist zu ersetzen.

(Abstimmungsergebnis: Mehrheit offensichtlich)

Antrag EVP-GLP-Mitte-Fraktion, Seite 6, Abbildung 3

Das Parlament lehnt folgenden Abänderungsantrag ab:

Die Abbildung ist mit einem Link zum 3D-Modell zu ergänzen.

(Abstimmungsergebnis: 15 Stimmen für den Antrag, 18 dagegen)

Antrag EVP-GLP-Mitte-Fraktion, Seite 7

Das Parlament stimmt folgendem Abänderungsantrag zu:

Während es heute lediglich 3- bis 4 ½ Zimmer Wohnungen gibt, ~~soll es künftig auch Studios und 2 ½ Zimmer-Wohnungen geben~~ **hat die Bauherrin zugesichert, dass es künftig auch Studiowohnungen sowie 2 ½ und 5-Zimmer-Wohnungen geben wird.**

(Abstimmungsergebnis: 20 Stimmen für den Antrag, 13 dagegen)

Antrag GPK, S. 13

Das Parlament stimmt folgendem Abänderungsantrag zu:

~~Da der Sanierungsbedarf der heutigen Bauten gross und unbestritten ist, muss die Bernische Pensionskasse umgehend eine neue Strategie für die Siedlung am Spühlirain erarbeiten.~~ Die Grundeigentümerin (Bernische Pensionskasse) entscheidet über das weitere Vorgehen.

(Abstimmungsergebnis: einstimmig)

Schlussabstimmung zur Botschaft

Die Botschaft an die Stimmberechtigten wird gegenüber dem Entwurf mit den beschlossenen Änderungen auf den Seiten 5 und 6 und der Wortlaut der Abstimmungsfrage werden genehmigt.

(Abstimmungsergebnis:

Beschluss zusätzliche Beschlussziffer

Das Parlament stimmt folgendem Antrag der EVP-GLP-Mitte-Fraktion für eine zusätzliche Beschlussziffer zu:

Der Gemeinderat wird angehalten, in den weiteren Planungsschritten mit geeigneten Massnahmen, insbesondere mit einer geeigneten Bestimmung in einer allfälligen UeO, die Versiegelung auf dem gemeindeeigenen Land auf ein funktionales Minimum zu beschränken.

(Abstimmungsergebnis: 26 gegen 12 Stimmen)

PAR 2023/68

Verschiedenes

Folgender Vorstoss wird eingereicht:

2314 Interpellation (EVP-GLP-Mitte-Fraktion): "Grünabfallverwertung im Gummersloch".

Diskussion

Parlamentspräsidentin, Tatjana Rothenbühler: Nachdem das Wort nicht mehr gewünscht wird, wünsche ich allen einen schönen Abend, einen guten Schlaf und wir sehen uns in einer Woche wieder – gleicher Ort, gleiche Zeit. Vielen Dank.

Im Namen des Parlaments

Tatjana Rothenbühler
Parlamentspräsidentin

Verena Remund
Leiterin Fachstelle Parlament